



*Die Kommunistische
Internationale*

1925 / HEFT 4

1,50 MARK

AUS DEM INHALT

Manuilski: Die Ergebnisse der Erweiterten Exekutivkommission
Piatnitzki: Die Ergebnisse der Organisations-Konferenz
Varga: Der Dawesplan und die Stabilisierung / Martynow
Ferdinand Lassalle / Clara Zetkin: Julian Marchlewski
Bibliographie.

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von G. SINOWJEW
Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PETER GOTTLIER, HAMBURG. Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VI. Jahrgang 1925
Heft 4 April
(Erscheint verspätet Mitte Mai)

I N H A L T

	Seite
D. Manuilski: Die Ergebnisse der Erweiterten Exekutive	385
O. Piatnitzki: Die Ergebnisse der Organisations-Konferenz	400
. . . Die Krisis in der tschecho-slowakischen Partei	410
B. Boschkowsch: Die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens	425
Woitinski: Die Kolonialfrage in der Erweiterten Exekutive	433
E. Varga: Der Dawesplan und die Stabilisierung des Kapitalismus	440
J. Lovestone: Die Klassenschichtung in den Vereinigten Staaten	447
Martynow: Ferdinand Lassalle und die deutsche Sozialdemokratie	452
Sirola: Zum Tode des Revisionisten Branting	461
Clara Zetkin: Zum Tode von Julian Marchlewski	464
G. K-r: Über den Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation	469
Kriwzow: Der III. Lenin-Almanach	473
L. B.: Lewinsohn, Die Umschichtung der europäischen Vermögen	476

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 1,50
Quartal	„ 4,50
Halbjahr und Register	„ 9,—

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36, Stadthausbrücke 13, oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW 7, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Partei-Kolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Hamburg 24227 oder auf unser Postscheck-Konto Berlin 45547

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

D. MANUILSKI:
DIE ERGEBNISSE
DER ERWEITERTEN EXEKUTIVE

Die Stabilisierung des Kapitalismus und die politische Flaute

Die wichtigste Frage, um die sich alle politischen Debatten in den Sitzungen des Erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale drehten, war die Frage der Stabilisierung des Kapitalismus. Es muß gleich vorausgeschickt werden, daß dieses Problem von den einzelnen Sektionen der Komintern nicht durchgearbeitet und für die Diskussion nicht vorbereitet war. Wir alle leiden immer noch, wie früher, an einem Mangel an Aufmerksamkeit für die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen, wir beschäftigen uns viel zu wenig mit den ökonomischen Prozessen, die in der Weltwirtschaft vor sich gehen, wir sind zu sehr geneigt, die verwickeltesten Probleme des Klassenkampfes auf Grund unserer politischen Intuition zu lösen. Für sehr viele von uns war die Frage der Stabilisierung des Kapitalismus hauptsächlich die empirische Folge der politischen Flaute, die in der Arbeiterbewegung Westeuropas eingetreten ist. Aber das Problem der Stabilisierung des Kapitalismus läßt sich absolut nicht in den Rahmen der durch die Periode der politischen Flaute hervorgerufenen Werturteile einzwängen. Die Stabilisierung des Kapitalismus setzt zweifellos eine politische Flaute voraus, aber die politische Flaute an und für sich kann die Frage der Dauer und der Tiefe der wirtschaftlichen Stabilisierung nicht lösen. Aus der Logik der tschechischen Genossen z. B. ergab sich, daß man jetzt in Deutschland, da es dort keine revolutionäre Lage gibt wie im Jahre 1923, mit der Periode der „revolutionären Romantik“ ein Ende machen und den Beginn der Epoche des „Über-Imperialismus“ in der Weltwirtschaft anerkennen müsse. Ist eine solche Fragestellung richtig?

Wohl kaum! Wir wissen z. B., daß der Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft langsam vor sich gehen kann, in der Form eines langwierigen Prozesses, in dem vorübergehende Besserungen und Verschlechterungen der wirtschaftlichen Konjunktur sich gegenseitig ablösen. In diesem Prozeß kann es vorübergehende Zusammenbrüche und Stillstandsperioden geben, die ihrerseits dies gegenseitige Verhältnis der Klassenkräfte beeinflussen und die Entwicklung der revolutionären Ereignisse aufhalten. Die 7 Jahre, die seit Beendigung des europäischen Krieges verflossen sind, haben uns in dieser Beziehung viele überzeugende Beispiele geliefert. Eine ganze Reihe von europäischen Ländern waren nach dem Kriege wirtschaftlich bis auf den Grund zerrüttet, und trotzdem haben wir nur in Mitteleuropa eine unmittelbar revolutionäre Situation gesehen. Betrachtet man ferner die Erfahrung der Revolutionen 1830—1848, so muß anerkannt werden, daß das Parallellaufen der Revolutionen und der wirtschaftlichen Katastrophen absolut nicht den

Charakter eines unabwendbaren mathematischen Gesetzes trägt. Es handelt sich hier nicht darum, die „Politik“ von der „Ökonomik“ zu lösen, sondern es kommt darauf an, daß der Marxismus nicht vulgarisiert wird und daß komplizierte politische Erscheinungen nicht mechanisch in ein Schema gebracht werden. Wenn es auch eine absolute Wahrheit ist, daß die Ökonomik letzten Endes die Entwicklung der politischen Ereignisse bestimmt, so lehrt uns doch zugleich die Erfahrung der Geschichte, daß die Klassengegensätze sich auch verschärfen können — in Abhängigkeit von einer ganzen Reihe anderer Ursachen —, etwas vor oder nach dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Krise.

Bürgerkrieg und Klassenkampf

Wenn wir uns in die heutige Lage hineindenken, so können wir mit absoluter Sicherheit nur die unbestreitbare Tatsache feststellen, daß der Klassenkampf augenblicklich nicht die offene Form des Bürgerkrieges annimmt, wie es 1917 in Rußland und 1918—1919 in Deutschland der Fall war. Der Bürgerkrieg setzt eine unmittelbar revolutionäre Situation voraus, die jetzt in Westeuropa nicht vorhanden ist. Sie ist vor allem in jenem Lande nicht vorhanden, das noch vor kurzem im Mittelpunkt der revolutionären Bewegung Westeuropas stand — in Deutschland. Hier ist jetzt eine politische Flaute eingetreten. Aber es wäre absolut falsch und verfrüht, wollte man diese Lage international verallgemeinern und sie einfach auf andere Länder übertragen. Man kann nicht auf Grund der Erfahrungen eines Landes — wenn es auch eine noch so große internationale Bedeutung hat, und wenn es auch sozusagen den Knotenpunkt der Gegensätze in der Weltwirtschaft und Weltpolitik darstellt —, den Schluß ziehen, daß nun im internationalen Maßstab eine Periode beginnen müsse, wie in Europa nach der Revolution 1848 oder nach der Pariser Kommune von 1871. Hinter diesen Versuchen, Deutschland zum Ausgangspunkt für die Charakteristik der gesamten internationalen Lage zu machen, verbirgt sich die „kontinentale“ Beschränktheit unserer politischen Erfahrung, die nicht genügende Aufmerksamkeit für die Lage außerhalb des europäischen Festlandes. Um die richtige Perspektive nicht zu verlieren, dürfen solche Erscheinungen nicht außer acht gelassen werden, wie z. B. die Kolonialbewegung, die in der imperialistischen Epoche von erstwichtiger Bedeutung ist. Lenin hat z. B. schon in seiner Polemik mit der Spartakusgruppe, besonders mit Rosa Luxemburg, im Jahre 1916 vorausgesehen, daß — unter bestimmten Umständen — nationale Kriege selbst in Europa möglich seien, ganz abgesehen von den Kolonien. Er schrieb damals:

„Die nationalen Kriege der Kolonien und Halbkolonien sind in der Epoche des Imperialismus nicht nur wahrscheinlich, sondern unvermeidlich. In den Kolonien und Halbkolonien (China, Türkei, Persien) leben fast tausend Millionen Menschen, d. h. mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Erde. Die nationalen Emanzipationsbewegungen sind dort entweder schon sehr stark, oder sie sind im Wachsen und Erstarken begriffen . . . Ein nationaler Freiheitskrieg z. B. einer persisch-indisch-chinesischen Union gegen diese oder jene imperialistischen Mächte ist sehr möglich und wahrscheinlich, denn er wäre die Folge der nationalen Emanzipations-

bewegung dieser Länder, und die Umwandlung eines solchen Krieges in einen imperialistischen Krieg zwischen den jetzigen imperialistischen Mächten wird von sehr vielen konkreten Umständen abhängen.“

Und weiter:

„Solche Kriege sind fortschrittlich und revolutionär, obgleich es natürlich für ihren Erfolg notwendig ist, daß entweder eine ungeheuer große Zahl von Völkern der unterdrückten Länder ihre Anstrengungen miteinander vereinigen, oder daß besonders günstige Verhältnisse in der internationalen Lage eintreten, oder daß gleichzeitig das Proletariat einer der Großmächte sich gegen seine Bourgeoisie erhebt.“

Die Erhebung des Proletariats einer der Großmächte, der koloniale Krieg gegen die Versklavung, schließlich ein neuer bewaffneter Konflikt zwischen den imperialistischen Räubern — diese drei Möglichkeiten bildeten bei Lenin die Bestandteile für sein Voraussagen der zukünftigen Schicksale der Weltrevolution.

Man kann ferner die richtige Perspektive nicht haben, wenn man die Widersprüche nicht berücksichtigt, die die kapitalistische Welt in Stücke reißen. Die Grundlinie dieser Widersprüche, der der kommende Weltkonflikt folgen wird, ist die Rivalität zwischen Amerika und England. Wie der Krieg 1914—1918, trotzdem in ihn die Interessen verschiedener Staaten mit eingeflochten waren, im Grunde genommen der Kampf zwischen England und Deutschland um die wirtschaftliche Hegemonie war, so wird auch im zukünftigen Krieg die englisch-amerikanische Rivalität ein Faktor von entscheidender internationaler Bedeutung sein. In der Bahn dieser beiden Kolosse werden sich ihre „kleinen“ Trabanten mitbewegen, um schließlich in den Abgrund zu stürzen. Der Kampf um das Naphtha, der Kampf um die Erhaltung des mächtigen Großbritischen Reiches, seiner Kolonien und Dominions, der Kampf um den Weltmarkt, um Eisenbahn- und Wasserwege — das ist die Idylle der politischen Stabilisierung, die das „wirtschaftlich stabilisierte“ Europa verspricht.

Im Wirbelstrom dieser Gegensätze wird Deutschland eine der entscheidenden Rollen spielen — in der Vorbereitung, der Entwicklung und wohl auch der Beschleunigung dieses Konfliktes —, und zwar als Objekt des Kolonialraubes in Mitteleuropa. Hier an dieser Stelle treten die inneren Widersprüche zwischen den Interessen Amerikas, Englands und Frankreichs am krassesten hervor.

Amerika ist an der „Normalisierung“ Deutschlands interessiert, denn nur unter dieser Bedingung kann die Anlage freier amerikanischer Kapitalien vor dem Risiko des Verlustes gesichert werden. Freie Barsummen in einen rauchenden Vesuv legen — das tut kein vernünftiger Yankee. Der Yankee braucht ein dawesiertes, d. h. nichtrevolutionäres Deutschland, ein Deutschland mit stabiler Valuta und mit gesicherten Dividenden. Frankreich andererseits — um die Inflation zu vermeiden, um mehr oder weniger normale Verhältnisse für die Entwicklung des französischen Kapitalismus zu schaffen — betrachtet das ganze Problem der Stabilisierung Europas vom Standpunkte des Menschenschinders, der den deutschen Arbeitern bei lebendigem Leibe das Fell abzieht. Um die Dawesverpflichtungen einzuhalten, muß Deutschland neue Haufen billiger Waren auf den Weltmarkt werfen und

Schritt um Schritt die englische Industrie überall verdrängen. Darum befinden sich die Interessen des englischen Kapitals in offensichtlichem Widerspruch zu den Reparationsplänen und den Gelüsten der französischen Imperialisten. Der Dawesplan ist in seinem jetzigen Stadium nichts anderes als der aussichtslose Versuch, die sich widersprechenden Tendenzen der Weltpolitik provisorisch miteinander in Einklang zu bringen. Diese Widersprüche treten überall hervor, auf allen kolonialen Gebieten, auf denen die Einflußsphäre der Großmächte aneinanderstoßen.

Kann man unter diesen Bedingungen behaupten, daß die Niederlage der Arbeiterklasse von langer Dauer sein wird, daß man sie nach Jahrzehnten berechnen muß, daß die Epoche des „Über-Imperialismus“ begonnen hat, in der das Proletariat auf der ganzen Linie dazu verurteilt ist, sich ohne Murren mit der Herrschaft der Imperialisten abzufinden?

Wir glauben, daß man das nicht sagen kann, daß das bedeuten würde, bei der Festlegung der Perspektiven der Bewegung aus den politischen Erwägungen das wegzustreichen, was die „Seele“ dieser Bewegung ausmacht, d. h. den Klassenkampf des Proletariats, der jetzt für jede richtige Perspektive ein Moment von entscheidender Bedeutung ist. Die Perspektive der Entwicklung, ohne das Moment des Klassenkampfes, ist nicht die Perspektive der revolutionären Partei des Proletariats. Der Bolschewismus hat mit historischem Fatalismus nichts zu tun.

1907—1925

Wir vergleichen oft die heutige Lage Westeuropas mit dem Abebben der Revolution, das bei uns in Rußland nach 1907 eingetreten ist. Dieser Vergleich hat zweifellos eine gewisse Berechtigung, kann aber, wie jeder historische Vergleich, nur mit Vorbehalt aufgenommen werden.

Es ist bekannt, daß nach 1907, zur Zeit Stolypins, die revolutionäre Perspektive in Rußland abhing von der Unfähigkeit des alten Regimes, die Agrarfrage gründlich zu lösen. In der russischen Revolution 1905-06 und nachher im Jahre 1907 war die Bauernfrage die Kardinalfrage der revolutionären Bewegung. Anders ist jetzt die Lage in Europa. In der komplizierten Verflechtung der kapitalistischen Widersprüche nimmt der Dawesplan die Zentralstelle ein, er spielt im Jahre 1925 bei der Beurteilung der Schicksale und der Perspektiven der europäischen Revolution die gleiche Rolle, die das Bauernproblem bei uns nach der Revolution 1905-06 gespielt hat. Und schon der Umstand, daß die revolutionäre Perspektive in Europa im Zusammenhang steht mit dem Erfolg und dem Mißerfolg des Dawesplanes, gibt ihr einen stark ausgeprägten internationalen Charakter. Vom Ausgang des Dawesplanes hängt das nächste Schicksal nicht nur der deutschen Revolution, sondern der gesamten internationalen revolutionären Bewegung ab. Darum ist der Dawesplan kein innerdeutsches Problem. Die Niederlage, die wir in Mitteleuropa und besonders in Deutschland im Jahre 1923 erlitten haben, hat viel schwerere internationale Folgen als der Mißerfolg der russischen Revolution von 1905. Demgegenüber darf man die Augen nicht verschließen. Gleichzeitig dürfen auch die eigenartigen, charakteristischen Merkmale der jetzigen Lage in Deutschland nicht außer acht gelassen werden,

die sie von unserem Jahr 1907 unterscheiden (eine Massenpartei in Deutschland, die Widerstandskraft des deutschen Proletariats gegen die Reaktion usw.). Aber trotz dieser Unterschiede muß anerkannt werden, daß Deutschland gerade das Land ist, dessen Lage mehr als die aller übrigen Länder an unser Jahr 1907 erinnert. Bedeutet das, daß der Mittelpunkt der revolutionären Bewegung in andere Länder verlegt werden muß? Es wäre natürlich eine schematische Denkmethode, wollte man annehmen, daß die revolutionäre Bewegung sich auf den Kontinent und speziell in Deutschland konzentrieren muß. Es ist möglich, daß die Bewegung außerhalb Deutschlands beginnt, z. B. in England. Aber die ganze Frage ist die, was schneller vor sich gehen wird: der Zerfall des Britischen Reiches oder der Zerfall des Dawesplanes. Wir nehmen an, daß der Dawesplan einen rascheren Zusammenbruch erleiden wird. Ferner werden die Schwierigkeiten in England oder Frankreich die europäischen Verhältnisse revolutionieren, und das wiederum wird die Lage in Deutschland und das Schicksal des Dawesplanes beeinflussen. Man darf nicht vergessen, daß das deutsche Proletariat zwar eine Niederlage erlitten hat, daß es aber nicht endgültig geschlagen ist. Das deutsche Proletariat, das die große Erfahrung seiner fünfjährigen Revolution 1918—1924 besitzt, das unter das Joch einer doppelten Ausbeutung — der allgemeinen kapitalistischen einerseits und der Ausbeutung kolonialen Charakters andererseits — gestellt ist, wird sich unvermeidlich beim ersten Riß im Dawesplan sehr viel rascher revolutionieren als die Arbeiter der übrigen Länder. Der Schlüssel zur Revolution in Europa wird, unserer Ansicht nach, trotzdem in Deutschland liegen. Das kann paradox erscheinen, zieht man unsere vorübergehenden Verluste in Deutschland und die Erfolge der kommunistischen Bewegungen in anderen Ländern, z. B. in Frankreich, in Betracht. Aber gerade eine solche Perspektive erscheint uns am wahrscheinlichsten. Die deutsche Bourgeoisie lebt jetzt auf Kosten der ihr gewährten Kredite, sie erlebt den „Frühling“ des Dawesplanes, sein Herbst wird etwas später kommen, wenn die deutschen werktätigen Massen gezwungen sein werden, die Spesen der Stabilisierung des Weltkapitalismus auf Kosten der eigenen Produktion und auf Kosten der deutschen aktiven Bilanz zu decken. Das, was jetzt in Österreich als „Sanierung“ geschieht, kann dem deutschen Proletariat als Beispiel dienen. In mehr oder weniger naher Zukunft wird es in Deutschland schwere Klassenkonflikte geben, denn die Arbeiterklasse wird sich wehren müssen gegen die Folgen des Dawesplanes, der für sie Zuchthausarbeit bedeutet. Aus diesem Grund denken wir, daß es zu früh wäre, wollte man die deutsche Revolution jetzt schon begraben, trotz des vorübergehenden Stillstands in der revolutionären Bewegung Deutschlands.

Die revolutionäre Bewegung der übrigen Länder unterscheidet sich noch viel mehr als die Deutschlands von der Lage in Rußland im Jahre 1907. Hier sehen wir Anzeichen einer anderen Art, die eher für einen Aufschwung als für einen Niedergang der Arbeiterbewegung sprechen. Vor allem zeugen hierfür die Fortschritte, die in der englischen Arbeiterbewegung gemacht worden sind. Äußerlich hält sich der englische Imperialismus immer noch gut auf den Beinen, er träumt, wie früher, von seiner Weltherrschaft, aber im Innern wird er bereits von versteckten Übeln zernagt und zerfressen. Großbritannien stellt in der Epoche des Imperialismus ebenso ein Völker-

konglomerat dar wie Österreich-Ungarn im System der europäischen Staaten vor 1914. Aber die Lage in England wird dadurch noch komplizierter, daß Großbritannien es nicht mit einer Rasse zu tun hat, sondern mit einer großen Anzahl von Völkern verschiedener Rassen, die alle danach streben, sich von der englischen Herrschaft zu befreien. Der englische Imperialismus wird in Stücke gerissen, erstens durch die koloniale Bewegung, zweitens durch die zentrifugalen Tendenzen der großbritischen Dominions. Der historische Umschwung, der jetzt in der englischen Arbeiterbewegung heranreift und der eine wirklich neue Seite in ihrer Geschichte darstellt, steht in engstem Zusammenhang mit der Tatsache, daß England seine monopole Lage auf dem Weltmarkt verliert.

Ferner entziehen sich dem Vergleich mit dem Jahre 1907 die Erscheinungen der Finanzkrise, die in letzter Zeit in Frankreich auftreten. Frankreich steht jetzt vor der Gefahr einer neuen Inflation. Die französische Bourgeoisie beabsichtigt, dem Beispiel der deutschen zu folgen und mit Hilfe der Geldentwertung ihre werktätigen Massen und Mittelschichten auszuplündern, um so alle Lasten, die durch den Krieg entstanden sind, auf sie abzuwälzen. Zum erstenmal ist es der französischen Kleinbourgeoisie und dem Bauertum klar zu Bewußtsein gekommen, daß sie den Krieg verloren haben. Die Quecksilbersäule der Stimmung dieser Schichten steigt, und eine solche erregte Atmosphäre kann nicht ohne Einfluß sein auf das Tempo der Arbeiterbewegung in Frankreich. Unter dem Dawesplan beabsichtigten die selig verbliebenen Regierungen Macdonald und Herriot den Sarg der deutschen Revolution zu verbergen — in Wirklichkeit aber haben sie bei sich im Lande Kräfte in Bewegung gebracht, mit denen die Weltrevolution ernstlich zu rechnen haben wird.

Und gerade weil wir — trotz der ungeheuren internationalen Bedeutung Deutschlands — bei unserem Urteil über die allgemeine europäische Lage mit einer ganzen Reihe von Ländern operieren müssen, können wir eine Analogie zwischen 1907 und 1925 nicht ohne Vorbehalt annehmen. Die revolutionäre Taktik kann kein abstraktes Schema sein. Sie ist begründet durch das Kräfteverhältnis in jedem einzelnen Land. In bezug auf das Niveau des Klassenbewußtseins und auf die Stufe der Organisation und der Widerstandskraft gegen den Druck des Kapitals stellt die moderne internationale Arbeiterbewegung ein sehr buntes Bild dar. Diese Buntheit tritt noch stärker hervor dank dem verschiedenen Grad der ökonomischen Reife und der Vorbereitung der einzelnen Länder zur Verwirklichung des Sozialismus. Hier wäre es am gefährlichsten, wollte man die internationale Bewegung überall mit dem gleichen Maß messen. Darum darf auch unsere Einschätzung der Lage nicht nach einer allgemeinen Schablone geschehen. Schematisch könnte die internationale Bewegung nach mehreren Typen eingeteilt werden: a) vor allem ein Land, wie Amerika, das zweifellos alle Aussichten hat, die Hegemonie auf dem Weltmarkt zu erobern, in dem der Kapitalismus noch fest im Sattel sitzt und wo die Arbeitermassen, im Vergleich zum europäischen Proletariat, eine Art von Arbeiteraristokratie darstellen, die von den Überschüssen der ungeheuren Profite der amerikanischen Bourgeoisie lebt. Hier befindet sich die kommunistische Bewegung nicht nur nicht auf dem Niveau des Jahres 1907, sondern nicht einmal auf dem Niveau unserer vorrevolutionären Jahre am Beginn dieses Jahrhunderts. Zweifellos wird in solchen Ländern des

hochentwickelten Kapitalismus bei Vorhandensein einer objektiv revolutionären Lage die Revolutionierung des Proletariats mit katastrophaler Geschwindigkeit vor sich gehen; aber vorläufig besteht die unbestreitbare Tatsache, daß wir es in Amerika noch nicht mit dem Jahre 1907 zu tun haben, daß die Erfahrung einer verlorenen Revolution in der Vergangenheit fehlt; b) weiter gibt es Länder mit zerrüttetem kapitalistischen Produktionsapparat, die aber das äußere Wohlbefinden noch wahren — wie England und Frankreich. Die kommunistische und die Arbeiterbewegung in diesen Ländern stellt einen ganz eigenartigen Typus dar, der auch nicht unter die Schablone des Jahres 1907 paßt. Es genügt, an das Beispiel Macdonalds in England zu erinnern, wo die Arbeiterpartei 1924 auf parlamentarischem Wege zur Herrschaft gelangte, um zu sehen, daß wir es hier mit einer ganz merkwürdigen Zickzacklinie in der Bewegung zu tun haben, die mit keiner Periode der russischen Bewegung verglichen werden kann. Unsere Arbeitermassen befreien sich von ihren Illusionen im Blute des Jahres 1905, das englische Proletariat geht seinen besonderen Weg, der oft dem russischen revolutionären Proletarier unverständlich bleibt.

Das französische Proletariat hat vor über fünfzig Jahren die erste sozialistische Revolution der Welt durchgemacht, und zwar die Pariser Kommune, die unserer Oktoberrevolution um ein halbes Jahrhundert vorausgegangen ist. Darum ist es kaum zweckmäßig, diese besonderen Zickzacklinien der Arbeiterbewegung in eine Analogie mit der Entwicklung der revolutionären Ereignisse in Rußland zu bringen; c) Länder, für die unsere russischen Vergleiche eher angebracht sind, sind zweifellos Deutschland und derjenige Teil Europas, der im Weltkrieg eine Niederlage erlitten hat. Hier können unsere europäischen Genossen mit größerem Recht unsere reiche Erfahrung von 1907—1914 für die Bewegung in ihren Ländern ausnutzen; d) schließlich der östliche Teil Europas mit den „Puffer“-Staaten und der Balkan. Diese Länder erinnern ihrer sozialen Struktur, der Schärfe ihrer nationalen Kämpfe, dem Tempo ihrer Bewegung nach an die vorrevolutionären Jahre und an den Vorabend des Weltkrieges in Rußland. Wer darüber unterrichtet ist, welche scharfen Formen hier die nationale Frage und die Agrarfrage annehmen, wie stürmisch sich der Kampf zwischen den Regierungsquellen und den werktätigen Massen äußert, der wird kaum behaupten wollen, daß in diesem Teil Europas das Jahr 1907 begonnen hat.*

Ist ein partieller revolutionärer Durchbruch der imperialistischen Front möglich?

Diese Charakteristik des Niveaus der Bewegung in den verschiedenen Ländern wirft eine Frage von großer praktischer Bedeutung auf, die Frage der Möglichkeit des partiellen Durchbruchs der imperialistischen Front. Ist die Arbeiterrevolution denkbar in einem einzelnen Lande unter den heutigen Bedingungen kapitalistischer Einkreisung, oder würde eine solche Revolution ein revolutionäres Abenteuer darstellen? Viele unserer europäischen Ge-

* Als diese Zeilen bereits geschrieben waren, kam die Nachricht von den Ereignissen in Sofia. Diese in der Geschichte der terroristischen Akte einzig dastehende Episode kann kaum als Argument zugunsten der Stabilisierung dienen.

nossen sind — unter dem Einfluß der letzten Mißerfolge in Estland und Bulgarien — geneigt, die Möglichkeit einer revolutionären Bewegung in den einzelnen Ländern abhängig zu machen vom allgemeinen Zusammenbruch des kapitalistischen Regimes. Diesen Zusammenbruch aber soll ein neuer europäischer Krieg herbeiführen. Zweifellos widmen wir in unserer täglichen Arbeit dem Gespenst des kommenden Krieges zu wenig Aufmerksamkeit. Wir erzeugen in der Arbeiterklasse keine Panikstimmung, die dazu beitragen würde, sie in ständiger Wachsamkeit gegenüber den Fragen der imperialistischen Konflikte zu halten. Mit diesem Problem wird sich wohl die Kommunistische Internationale sehr bald befassen müssen. Zweifellos wird man auch mit größter Sicherheit auf einen neuen Ausbruch der Revolution in Europa rechnen können, wenn wieder ein Krieg angezettelt wird. Seit der Pariser Kommune steht jede große revolutionäre Bewegung stets in Verbindung mit einem Krieg. So war es 1871, 1905 und 1917. Unter den jetzigen historischen Bedingungen hängt der Erfolg der revolutionären Bewegung mit der internationalen Lage enger zusammen als während der Revolutionen 1830 oder 1848.

Aber doch sind wir der Ansicht, daß es sehr gefährlich wäre, wollte man auf Grund dieses internationalen Zusammenhanges behaupten, daß eine Revolution in einem einzelnen Land ohne Weltkrieg unmöglich sei. Glaubte Lenin, daß solche Teilrevolutionen in der imperialistischen Epoche möglich sind? Zweifellos ja. Wir haben oben schon seine Ansicht über Kolonialkriege zitiert, die er in Zusammenhang brachte mit dem „Sieg des Proletariats in einem der größten Länder“. Allerdings machte er eine solche Aktion der Arbeiterklasse in einem einzelnen Teil der imperialistischen Front abhängig von einer günstigen internationalen Lage (Ausnutzung der Gegensätze zwischen den einzelnen imperialistischen Räubern oder ihren Koalitionen, die schwierige Lage der herrschenden Klassen, ökonomische Erschütterungen, Verschärfung des nationalen Kampfes in Staaten mit verschiedenen Völkerschaften usw.). Lenin wußte, daß solche partiellen revolutionären Aufstände die Einleitung sein können zu Ereignissen größeren internationalen Maßstabes. Wir denken, daß ebenso, wie in der jetzigen Epoche die Möglichkeit von Teilkriegen nicht ausgeschlossen ist, auch Teilrevolutionen möglich sind.

Der „Über-Imperialismus“ und der revolutionäre Abstentionismus

Der Standpunkt, der jede Möglichkeit revolutionärer Bewegungen in der beginnenden Epoche ausschließt, fällt zusammen mit der Beurteilung der internationalen Lage, die die Vertreter des rechten Flügels der Komintern sich zu eigen gemacht haben. Sie glauben, die Arbeiterbewegung in Europa müsse sich entwickeln in der Richtung ihrer vollständigen Unterdrückung durch das amerikanische Kapital. Die ganze Welt stehe vor der Unvermeidlichkeit der amerikanischen Diktatur. Der Dawesplan sei nur der Beginn der Ausdehnung der amerikanischen Herrschaft auf ganz Europa. Wenn man diese Perspektive der amerikanischen Diktatur in ein System bringt mit der Ablehnung der partiellen Revolutionen in der jetzigen Periode der europäischen Arbeiterbewegung, so muß die Arbeiterbewegung auf Grund einer

solchen Perspektive um Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Es beginnt die neue Epoche des „Über-Imperialismus“, die von deutschen Sozial-Imperialisten in der Art Heinrich Cunows prophezeit worden ist.

Worin besteht das Fehlerhafte einer solchen Perspektive?

Ihre Anhänger gehen aus von der abstrakten Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse, ohne den Widersprüchen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft oder der aktiven Intervention der Arbeiterklasse Rechnung zu tragen. Die Welt steuert mit vollen Segeln auf die amerikanische Diktatur zu, ohne gebremst oder behindert zu werden. Kann man die Frage so einseitig stellen? Kann man z. B. bei der Analyse der Tendenzen der Entwicklung des englischen Imperialismus eine solche Kraft außer acht lassen, wie sie 5 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter darstellen? Die Vertreter dieser Ansicht stellen sich die weitere Entwicklung als ideale Gerade vor, auf deren Richtung keine anderen Faktoren wirken. Das Moment des Klassenkampfes verschwindet vollkommen. Die Arbeiterparteien, die Gewerkschaftsorganisationen, der Widerstand des Proletariats gegen die imperialistischen Raubgelüste — all das versinkt in einen Abgrund. Sie nehmen einen Pol der Entwicklung der kapitalistischen Beziehungen, trennen ihn künstlich von der Gesamtheit der übrigen hinzukommenden Momente (der Klassenkampf, der nationale Kampf, die Bewegung in den Kolonien, die Gegensätze zwischen den imperialistischen Räubern, der Widerstand des zur Kolonie werdenden Europas) und auf diesem abstrakten, leblosen Schema bauen sie ihre hoffnungslose, defaitistische Perspektive auf. Sie überschätzen die Zielsicherheit der Tendenzen des Kapitalismus und unterschätzen die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse. Darum stützt sich diese Theorie mit ihrer rechten Schulter auf das „Kautskyanertum“. Es genügt, sich diese ideale Diktatur des amerikanischen Trusts über ganz Europa zu vergegenwärtigen, die Diktatur, die alle Länder in Knechtschaft bringt, die alle Völker in den Kreislauf ihrer Politik hineinzieht, um einzusehen, daß diese Theorie des Über-Imperialismus sich dem „Wilsonismus“ Kautskys nähert, den dieser noch im Jahre 1915 in einer Reihe von Artikeln auf den Seiten der „Neuen Zeit“ entwickelte. Kautsky prophezeite in diesen Artikeln die Phase der Übertragung der Kartellpolitik auf die Außenpolitik. Diese Perspektive ergab sich bei Kautsky aus der Möglichkeit des Zusammenschlusses des Finanzkapitals zu einer machtvollen internationalen Organisation, die ohne Kriege und sonstige Erschütterungen die Welt ausbeutet. In Wirklichkeit war es eine süßliche, heuchlerische Predigt des imperialistischen Pazifismus, die den Boden für den Völkerbund vorbereitet hat, den unter den gegebenen historisch-konkreten Bedingungen die Diktatur des amerikanischen Kapitals ablösen wird.

Wenn wir bei den Fragen der Stabilisierung des Kapitalismus und den Fragen der Perspektiven etwas länger verweilen, so nur, weil in den Sitzungen der Erweiterten Exekutive der Versuch gemacht worden ist, die Tatsache des Nichtvorhandenseins einer revolutionären Lage in Mitteleuropa zu sehr verallgemeinernd auszulegen. Einige jugoslawische Genossen verlangten, daß wir diese Beurteilung der Lage auch auf den Balkan ausdehnen, und daß wir das Ende der revolutionären Ausbrüche in ganz Europa offen zugeben. Andererseits versuchten die tschechischen Genossen, die Parteikrise, die die tschechoslowakische Partei jetzt durchmacht, aus dieser ihrer pessimistischen

Beurteilung der Lage heraus zu erklären. Ihrer Ansicht nach erfordert der Beginn „des Jahres 1907“ für ganz Europa die Revision der Taktik der Komintern. Die Krise in der tschechoslowakischen Partei entstand, weil die Partei in objektiv nichtrevolutionären Verhältnissen die taktischen Mittel anwandte, die sie aus der Periode der „revolutionären Stürme“ 1918—1919 ererbt hatte. Hieraus folge, daß die Komintern die Ursachen der Krise in den unzeitgemäßen Massenaktionen suchen muß, die vor kurzem in der Tschechoslowakei im Zusammenhang mit dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die Teuerung stattgefunden haben.

Die Taktik der kommunistischen Parteien

Aber eben unsere Beurteilung des gegenwärtigen Momentes darf absolut nicht so ausgelegt werden, als müßten wir die Augen schließen gegenüber den Veränderungen, die in der internationalen Lage und im Kräfteverhältnis der Arbeiterklasse in den letzten Jahren vor sich gegangen sind. In den Jahren 1918/19 und 1923 in Deutschland haben wir eine Attacke gegen den Kapitalismus geritten, in offenen Kämpfen sind wir zum Sturmangriff übergegangen, aber es wäre lächerlich, die Tatsache zu leugnen, daß dieser Angriff vorläufig vom Kapital zurückgeschlagen worden ist. Jetzt sind wir gezwungen, uns ohne Panikstimmung, in vollster Ordnung zurückzuziehen. In Deutschland, bald vielleicht auch in einigen anderen Ländern, werden wir, dem neuen Kräfteverhältnis entsprechend, unsere Reihen neu formieren müssen, um diese Übergangszeit mit den geringsten Verlusten zu überwinden. Diese Elastizität der Taktik war immer die Seele des revolutionären Marxismus und Leninismus. Die Linie der Revolution verlief nie in einer Geraden. In allen Ländern beschreibt die Arbeiterbewegung in ihren verschiedenen Perioden eine Kurve, bald befindet sie sich in aufsteigender, bald in absteigender Linie. Wehe der Partei, die den Veränderungen im Kräfteverhältnis und in der Stimmung der proletarischen Massen nicht Rechnung trägt, die ihre Taktik nach einer einfachen Schablone aufbaut. Eine solche Partei könnte nur eine Eintagsfliege sein, nicht aber die Partei der breiten Arbeitermassen, die in allen Momenten ihres Kampfes bei ihnen bleibt. Einer solchen Partei würde Dogmatismus drohen, sie müßte entweder zu einer revolutionären oder zu einer opportunistischen Sekte ausarten. Leute wie Bordiga wollen die Taktik der Kommunistischen Partei aufbauen nur auf der Perspektive der kommenden revolutionären Kämpfe. Daraus ergibt sich, daß diese Leute in der jetzigen Zeit, in der die Entwicklung der revolutionären Bewegung eine Verzögerung erfährt, abseits von der Führung ihrer Partei und abseits von den Arbeitermassen stehen. In ihrer Vorstellung ist die taktische Linie der Partei stets eine Gerade. Sie tangiert mit der Arbeiterklasse nur im Moment des Hochstandes der revolutionären Flut. In der übrigen Zeit ist sie die Linie der „prinzipiellen Reinheit“ des Propheten, den die Massen noch nicht verstehen, der darauf wartet, daß die Geschichte seine Linie rechtfertigt. Hieraus entsteht der eigenartige prinzipielle Abstentionismus des „Bordigianertums“, der diejenigen Stimmungen zum Ausdruck bringt, die für die linksstehenden sektierischen Gruppen der II. Internationale charakteristisch waren. Die Revolution war für diese Gruppen ein entferntes „soziales

Mythos“ und nicht die blutige Wirklichkeit des heutigen Tages. Im täglichen Klassenkampf zogen sie die Stellung der zu nichts verpflichtenden „äußersten Opposition“ vor, die sie — dank ihrer praktischen Fruchtlosigkeit — den Ansichten der rechten Elemente der Arbeiterbewegung nahebrachte. Es ist kein Zufall, daß Genosse Bordiga, der noch vor kurzem auf dem ultralinken Flügel der Komintern stand, in letzter Zeit immer mehr dazu neigt, die Politik Brandlers in Deutschland, Rosmers und Monattes in Frankreich und der Opposition in Rußland zu unterstützen.

Aber wenn die ultralinke Abweichung den Fehler aufweist, daß ihre Anhänger bestrebt sind, die taktische Linie ausschließlich auf dem Hochgang der revolutionären Welle aufzubauen, so neigen die rechten opportunistischen Elemente dazu, die Taktik der Kommunistischen Internationale stets auf den Momenten des Niedergangs der revolutionären Bewegung aufzubauen. Darum ist ihre Taktik stets der Reflex des politischen „Defaitismus“ der Arbeiterklasse. Mathematisch könnte man diese beiden Abweichungen als zwei parallele Linien darstellen, zwischen denen der wirkliche aktive revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse vor sich geht.

Die Hauptgefahr kommt von rechts

Daß wir es in den nächsten Jahren in der kommunistischen Bewegung mit Versuchen des Wiederauflebens dieser beiden Abweichungen zu tun haben werden, unterliegt keinem Zweifel. Aber wir müssen uns jetzt klar darüber Rechenschaft geben, welche von den beiden Gefahren für uns ernster und gefährlicher ist. Vor sechs Jahren, als in den Stürmen der revolutionären Kämpfe in Rußland und Deutschland die Kommunistische Internationale gegründet wurde, neigten unsere jungen kommunistischen Gruppen dazu, voranzustürmen, sich von den hinter der Front stehenden Arbeitermassen loszureißen, die nüchterne Strategie des revolutionären Kampfes durch die revolutionäre Phrase zu ersetzen. In jenem Moment mußte Lenin mit aller Entschiedenheit gegen die „Kinderkrankheiten des Radikalismus“ auftreten, denn diese Gefahr drohte der Sache der Kommunistischen Internationale verhängnisvoll zu werden. Jetzt im Moment des verzögerten Tempos der Entwicklung der revolutionären Ereignisse kommt die Gefahr von rechts. Hierfür spricht erstens die ganze Geschichte unserer jungen Bewegung wie auch die Erfahrung der russischen Revolution 1905-06. Wer die Geschichte unserer Partei verfolgt hat, der weiß, daß das Liquidatorentum in den Jahren 1907—1910, nach dem Abflauen der revolutionären Bewegung, in Erscheinung getreten ist. Auf die ersten Anzeichen solcher liquidatorischen Stimmungen sind wir bei der Tagung der Erweiterten Exekutive in unserer Diskussion mit den Brüner Genossen, der führenden Gruppe in der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, gestoßen. In einem der Erweiterten Exekutive vorgelegten Memorandum offenbart diese Gruppe, daß sie in den wichtigsten Fragen von der Linie der kommunistischen Internationale abweicht. Ihre politische Perspektive lief auf die Negierung der Revolution überhaupt hinaus. Die Rolle der Partei in den revolutionären Ereignissen setzte sie zu rein menschewistischen Vorstellungen herab, sie bestritt die Möglichkeit irgendwelcher Massenaktionen, solange diese nicht die Sympathie der Massen

besitzen, wobei sie die ganze Erfahrung des proletarischen Kampfes und der europäischen Revolutionen, besonders die Erfahrung der russischen Revolution, vollkommen außer acht lassen.

Ein anderes charakteristisches Symptom für diese Gefahr war in der letzten Zeit die Epidemie der Überläufe vom linken Flügel auf den rechten, deren Zeugen wir in letzter Zeit waren. Solche Leute, wie Rosmer, Monatte, Kreibich, d. h. Genossen, die früher der revolutionären Bewegung in ihren Ländern große Dienste erwiesen haben, die im Verlaufe mehrerer Jahre der Komintern geholfen haben, gegen opportunistische Abweichungen zu kämpfen, sind jetzt plötzlich ganz nach rechts geworfen worden. Und diese „Evolution“ ist absolut nicht persönlicher Ordnung, sondern sie ist von symptomatischer Bedeutung. Ein richtiges Barometer dieser Stimmungen war die tschechische Frage. Der Konflikt in der tschechischen Partei hat so scharf umrissene Grenzen zwischen den verschiedenen Richtungen innerhalb der Komintern gezogen, er hat mit so großer Klarheit die Natur der verschiedenen Gruppierungen aufgedeckt, daß selbst Blinde die politische Bedeutung und das Wesen der Diskussion erkennen mußten, die innerhalb der russischen Partei und auf dem 5. Kongreß der Komintern stattgefunden hat. Die europäischen Parteien bolschewisieren — das bedeutet, ihre grundlegenden Arbeiterkader zum entschlossenen, rücksichtslosen Kampf gegen das Eindringen sozialdemokratischer Ansichten in unsere Bewegung erziehen.

Die Sozialdemokraten und die Massen

Als eines der Merkmale der politischen Stabilisierung gilt die Festigung der Sozialdemokratie. In erster Linie haben wir Deutschland im Auge. Die deutsche Sozialdemokratie, die durch ihr Verhalten während des Krieges bis auf den Grund kompromittiert ist, die befleckt ist durch den Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse während der deutschen Revolution, bleibt trotzdem die Partei, die in ihren Reihen große Arbeitermassen aufzuweisen hat. Das ist traurig, aber es ist vorläufig eine Tatsache, mit der wir zu rechnen haben. Ein leichtfertiges Verhalten gegenüber dieser Tatsache wäre jetzt sehr gefährlich. Man muß offen und ehrlich bekennen, daß die russischen Menschewisten nie in der Arbeiterklasse einen so großen Einfluß hatten, wie ihn jetzt die deutschen Sozialdemokraten haben. Die Kräfte der Inneren Verkettung halten die alten Arbeitergenerationen noch außerordentlich fest in den Reihen dieser Partei. Wir haben zweifellos die Bedeutung der letzten Skandale überschätzt, als wir glaubten, daß es uns nach der Barmataffäre und nach dem Magdeburger Ebertprozeß verhältnismäßig leicht gelingen würde, ein Element der Zersetzung in die deutsche Sozialdemokratie hineinzutragen. Wenn der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für viele deutsche Arbeiter kein genügend überzeugendes Argument für den Zerfall und die Fäulnis der deutschen Sozialdemokratie gewesen ist, so ist es klar, daß auch die letzten Ereignisse keinen Umschwung in der Stimmung dieser Schichten herbeiführen konnten, die die Kraft der Trägheit an die Sozialdemokratie bindet. Dieser Umstand ist es, der unsere kommunistische Partei in Deutschland zu einer genauen Überlegung ihrer Taktik zwingt. Heute in Deutschland gegen den Kapitalismus kämpfen, das heißt: die

deutsche Sozialdemokratie, die zu einem Bestandteil der kapitalistischen Ordnung geworden ist, rücksichtslos entlarven. Gleichzeitig aber müssen wir dieser Partei die Waffe entreißen, mit deren Hilfe es ihr gelingt, die Massen zu betrügen und sie in den Klammern ihres Einflusses zu halten. Was haben die letzten Präsidentenwahlen gezeigt? Ein Teil des deutschen Proletariats hat — in Anbetracht der monarchistischen und faschistischen Gefahr — instinktiv die deutsche Sozialdemokratie unterstützt, d. h. die Partei, die seiner Ansicht den Schutz der Republik erstrebt. Es ist eine andere Frage, ob diese Partei jetzt tatsächlich eine republikanische ist, ob sie nicht durch die ganze Geschichte ihres Verrats ihre Bereitschaft zur Kapitulation vor dem Druck der monarchistischen Restauration bewiesen hat. Diese Rolle gerade ist scheinbar einem großen Teil der deutschen Arbeiter und denjenigen Schichten des Kleinbürgertums, die bei den Präsidentenwahlen für die Sozialdemokratie gestimmt haben, unklar geblieben. Der Hauptunterschied zwischen den Jahren 1925 und 1923 in Deutschland besteht darin, daß unsere Partei jetzt in neuen Verhältnissen gegen die monarchistische Gefahr kämpfen muß. Nach der Niederlage der russischen Revolution von 1905-06, als es in der russischen Partei zu heftigen Differenzen kam in der Frage, ob man an den Wahlen zur Staatsduma teilnehmen müsse oder nicht, da sagte Lenin:

„Wenn die Geschichte uns in einen Viehstall hineingejagt hat (und die Stolypinsche Duma war ein solcher Viehstall), so wollen wir auch hier für die Revolution und ihre weitere Entwicklung arbeiten.“

Unsere kommunistische Bruderpartei Deutschlands steht jetzt vor einem ähnlichen taktischen Wendepunkt. Sie hat die Aufgabe, ihren Kampf gegen die monarchistische Gefahr zu verbinden mit der Losung der proletarischen Diktatur. Und wir zweifeln nicht, daß die deutschen Genossen es verstehen werden, diese Wendung zu machen. Sie haben sie zum Teil schon im Januar gemacht, als sie auf ihrer Parteikonferenz die Frage des Kampfes für die Teilforderungen des Proletariats auf die Tagesordnung setzten. Die Teilforderungen zum Ausgangspunkt unseres Kampfes für die proletarische Diktatur machen, das revolutionäre Bewußtsein der Massen hierzu erziehen — ebenso wie wir es im allgemein-europäischen Maßstab zum Verständnis der revolutionären Aufstände in einzelnen Ländern erziehen —, darin besteht die Kunst der Leninschen Strategie und Taktik. Unsere deutschen Genossen haben nicht zu fürchten, daß man sie beschuldigen wird, ihr Verhalten geändert zu haben, schon weil sich die objektive Lage geändert hat. Der Fehler Brandlers und seiner Richtung bestand darin, daß er in objektiv-revolutionären Verhältnissen auf das Sinken der revolutionären Welle seinen Kurs hielt. Natürlich wird es jetzt keinen Mangel an Leuten geben, die, nachdem sie die Revolution verspielt haben, hinterher sagen werden, daß der jetzige Umschwung in der Taktik der KPD mit der taktischen Linie zusammenfällt, die sie immer für richtig hielten. Aber die Komintern und die KPD werden es verstehen, diesen Leuten die richtige Antwort zu geben und nachzuweisen, daß ihre Politik in den konkret-historischen Verhältnissen des Jahres 1923 unvermeidlich zur Niederlage der Revolution führen mußte, während die Politik der deutschen Partei in den ungeheuer schwierigen Verhältnissen des Jahres 1925 den Boden für ihren künftigen Erfolg vorbereitet.

Und wie sehr die deutschen Rechten unsere deutsche Bruderpartei auch

angreifen mögen, die Komintern wird mit vollem Recht nachweisen können, daß ihre Mißerfolge und Niederlagen das Resultat der mißlungenen Revolution sind, für deren Niederlage der rechte Flügel die volle Verantwortung trägt. Diese Verantwortung auf die jetzige Parteileitung zu übertragen, wäre irrig; es würde bedeuten, den Kommandeur der Armee zu verurteilen, der im Moment der Niederlage die Führung übernimmt. Der Kampf um die Massen muß jetzt die wichtigste Aufgabe der KPD sein. Sie muß überall sein, wo Arbeiter vereinigt sind, um sie dem Einfluß der SPD zu entreißen. In erster Linie muß sie ihre Aufmerksamkeit auf die Eroberung der Gewerkschaften lenken. Hier ist es gerade angebracht, auf die Erfahrung der russischen Bolschewisten in den Jahren der Reaktion nach 1907 hinzuweisen. Der Gedanke der Einheit der Gewerkschaftsbewegung dringt immer tiefer in die Kreise der sozialdemokratischen Arbeiter hinein und erobert sich immer neue Anhänger. Für die sozialdemokratischen Spitzen bedeutet diese Kampagne eine tödliche Gefahr, denn in ihrem Prozeß werden den Massen immer mehr die Augen aufgehen über die wirkliche Rolle der Sozialdemokratie.

Die Amsterdamer Internationale macht den krampfhaften Versuch, die Resultate unserer Kampagne zugunsten der gewerkschaftlichen Einheitsfront zu paralysieren. Sie sieht, daß innerhalb der Arbeiterbewegung im internationalen Maßstab eine gewisse innere „Revolution“ vor sich geht, die mit einer Änderung nicht nur im Kräfteverhältnis in der Arbeiterbewegung, sondern auch im Verhältnis der kämpfenden Klassen droht. Sie wird sich in der jetzt beginnenden Epoche an die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung klammern, denn nur diese Spaltung sichert der Bourgeoisie ihre Herrschaft im internationalen Maßstab. Gerade darum müssen unsere kommunistischen Parteien den Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in den Mittelpunkt ihrer Propaganda und ihrer Politik stellen. Der Kampf um den Bolschewismus bedeutet heute den Kampf um die Eroberung der Massen, um ihren Zusammenschluß unter dem Banner des Klassenkampfes. Das müssen sich unsere kommunistischen Parteien zu eigen machen. Die Annäherung zwischen den englischen und russischen Gewerkschaften ist von unermeßlicher historischer Bedeutung. Einst hatte der deutsche Demokrat Jacoby geäußert, daß die Organisation der ersten Gewerkschaft in Deutschland von größerer historischer Bedeutung war als die Schlacht bei Sadowa. Diese Worte können mit noch größerer Berechtigung auf die jetzigen Verhältnisse angewandt werden. Was jetzt in der englischen Arbeiterbewegung vor sich geht, wird für die Schicksale der internationalen revolutionären Bewegung eine nicht geringere Bedeutung haben als alle Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung zur Errichtung der amerikanischen Diktatur. Mag die Bourgeoisie jetzt ihre Pyrrhus-Siege feiern und sich noch so sehr über den vorübergehenden Rückzug des Proletariats freuen. Wir wissen, daß der Maulwurf der Geschichte für uns arbeitet. Er gräbt das Grab der gesellschaftlichen Ordnung, deren ewiger Dauer die bürgerlichen Nationalökonomien und alle jene in unseren kommunistischen Reihen, die den politischen Instinkt verloren haben, ihr „Hosianna“ singen.

Schlußfolgerungen

Nach der Tagung der Erweiterten Exekutive stehen vor unseren kommunistischen Sektionen folgende Aufgaben: 1. Die Frage der ökonomischen Stabilisierung des Kapitalismus ist noch nicht durchgearbeitet, unsere Sektionen haben daher die Pflicht, die Ökonomik ihrer Länder, die Prozesse, die sich in ihr vollziehen, systematisch und gründlich zu studieren, damit wir auf dem nächsten Kongreß mit genügendem Material versehen sind, um über die Perspektiven der weiteren Entwicklung richtig urteilen zu können. Die ökonomische Literatur unserer Gegner studieren, den Puls des wirtschaftlichen Lebens verfolgen, alle Momente, die den Prozeß der Gesundung des Kapitalismus komplizieren und aufhalten, aufmerksam feststellen — das ist die nächste Aufgabe der Theoretiker und Nationalökonomien in unseren kommunistischen Bruderparteien. Die Periode der reinen „Politikmacherei“ muß aufhören, man muß lernen, leninistisch an die wichtigen Probleme heranzugehen, d. h. die revolutionäre Strategie auf Grund der Analyse des Kräfteverhältnisses und der Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung zu erlernen. 2. Die Grundlinien der Taktik und der Strategie, die der 5. Weltkongreß festgelegt hat, müssen mit sicherer bolschewistischer Hand durchgeführt werden, wobei den konkreten Verhältnissen eines jeden einzelnen Landes und dem allgemeinen Niveau der Arbeiterbewegung Rechnung zu tragen ist. 3. Überall müssen die Teilforderungen der Arbeiterklasse aufgestellt werden, und zwar in Verbindung mit den Endzielen unserer Bewegung, mit dem Kampf um die Errichtung der proletarischen Diktatur. 4. Man muß um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung im internationalen Maßstab kämpfen und jede einzelne Gelegenheit ausnutzen, die ihre praktische Verwirklichung im eigenen Lande gestattet. Diese Kampagne muß weit energischer und machtvoller als bisher durchgeführt werden. 5. Die Arbeitermassen müssen erzogen, d. h. bolschewisiert werden auf dem Boden der Entlarvung der rechten Abweichungen, die gegenwärtig die größte Gefahr in der Komintern darstellen.

OSSIP PIATNITZKI:

DIE ERGEBNISSE DER ORG. - KONFERENZ

Zur Organisationsberatung waren Vertreter der Zentrale, der Berliner und der Hamburger Organisation der KPD, der Zentrale des Pariser und des Nordbezirks der KP Frankreichs, der Zentrale und der Turiner Organisation der KP Italiens, der Zentrale und der Prager Organisation der KP der Tschechoslowakei, der Zentrale der KP Englands, der Zentrale der KP Polens und des Zentralkomitees des KP Schwedens und Norwegens eingeladen. Tatsächlich aber nahmen an der Organisationsberatung Vertreter aller Parteien teil, die zur Erweiterten Exekutive der KI gekommen waren. Noch mehr: Aus Deutschland und besonders aus der Tschechoslowakei waren Vertreter der bedeutendsten örtlichen Organisationen anwesend, und das gab der Organisationsberatung die Möglichkeit, sich mit dem Zustand der Parteiorganisationen nicht nur an Hand der Berichte der Zentralkomitees, sondern auch auf Grund von Berichten örtlicher Vertreter bekannt zu machen.

Die Organisationsberatung rief bei den Delegierten zur Erweiterten Exekutive ein großes Interesse hervor. Es wurden lebhafte Diskussionen über die Referate geführt. In diesem Artikel will ich nur einige Fragen behandeln, die mir für die Sektionen der KI am wichtigsten scheinen.

Auf dem 5. Kongreß der Komintern spielte die Frage der Organisation eine bedeutende Rolle. In der Organisationskommission des Kongresses wurde über die Frage debattiert, ob es möglich sei, die ausländischen kommunistischen Parteien auf der Grundlage von Betriebszellen zu organisieren. Betriebszellen gab es noch in keiner Partei außer in einigen Städten Deutschlands und Frankreichs und einer Stadt in Italien (Turin), wo die bestehenden Zellen aber nicht rechtmäßige Organe der Parteiorganisationen mit bestimmten Parteifunktionen waren. Sie führten eine elende Existenz.

Jetzt konnte die Organisationsberatung etwas anderes feststellen. Niemand stritt mehr darüber, ob die kommunistischen Parteien und die kommunistischen Jugendverbände große Erfolge bei der Organisation von Betriebszellen erzielten: Nach unvollständigen Mitteilungen bestanden in 22 kommunistischen Parteien im März bereits 8822 Betriebszellen und in 18 kommunistischen Jugendverbänden (ebenfalls nach unvollständigen Mitteilungen) 2255 Betriebszellen. Auf der Organisationsberatung wurde nunmehr darüber debattiert, wie die Zellen besser zu organisieren und lebendiger zu gestalten sind, wie alle Zellenmitglieder zur Parteiarbeit herangezogen werden können, und welchen Platz die Betriebszellen im Aufbau der Partei einzunehmen haben. Da die Debatten und Meinungsverschiedenheiten sich hauptsächlich auf diese Fragen konzentrierten, so will ich sie eingehender behandeln.

*Die Formen der Parteiorganisation bis zum 5. Kongreß der K1
und die Passivität der Parteimitglieder*

In den legalen Parteien wurden am Wohnort der Parteimitglieder einmal monatlich und manchmal auch nur einmal in drei Monaten allgemeine Ortsversammlungen und in großen Städten auch Rayonsmitgliederversammlungen einberufen, in denen die Berichte der betreffenden Parteileitungen entgegengenommen und die Fragen der Partei erörtert wurden. Die erwähnten Parteimitgliederversammlungen und noch dazu die Parteikassierer, die die Mitgliederbeiträge in den Wohnungen der Mitglieder einkassierten, dienten als Verbindung zwischen den Parteileitungen und den Parteimitgliedern.

In den illegalen und halblegalen Parteien wurden die Parteimitglieder nach ihrem Wohnort in Zehnergruppen eingeteilt, an deren Spitze ein ernannter Zehnerführer (Funktionär) stand. Die betreffende Parteileitung stand in unmittelbarer Verbindung mit dem Zehnerführer. Die Wohnorganisationen und Zehnergruppen leisteten nur bei Kampagnen Parteiarbeit, so zur Zeit von Wahlen, Demonstrationen usw. Gewöhnlich waren im besten Falle die Zehnerführer tätig. Diese Form der Parteiorganisation hat eine Masse passiver Parteimitglieder geschaffen, denn die Parteiarbeit wurde ohne sie besorgt, und niemand zog sie zur Arbeit heran.

Im Kreis Berlin-Brandenburg, wo es bereits zum Teil Parteizellen gibt, leisten nur 10 000 bis 12 000 Parteimitglieder, bei einer Gesamtzahl von 20 000, irgendeine Parteiarbeit (nach offiziellen Angaben des Organisationsbureaus der Berlin-Brandenburger Parteileitung). In der Tschechoslowakei sind kaum 25—30% der Parteimitglieder zur Parteiarbeit herangezogen.

Die Parteimitglieder, die ein und derselben Zehnergruppe oder Wohnorganisation angehören, arbeiten größtenteils in verschiedenen Betrieben; deshalb haben die Kommunisten, die in demselben Betriebe arbeiten, einander bis zur Schaffung der Betriebszellen nicht gekannt. Die Parteimitglieder traten beim alten Organisationssystem vor den parteilosen Arbeitern in den Betrieben auf eigene Verantwortung ohne Führung, ohne System und ohne Plan auf. Es gab Fälle, wo Kommunisten, ohne es zu wollen, gegen ihre eigenen Parteigenossen auftraten, da sie einander nicht kannten. Noch mehr. Die Bezirks- und Ortsleitungen wußten nicht, in welchen Betrieben Kommunisten vorhanden sind und wieviel Kommunisten dort arbeiten, da die Registrierung der Parteimitglieder auf der Grundlage ihrer Wohnungen erfolgte. Mit der Schaffung von Betriebszellen hat die Parteiarbeit sich in den legalen und illegalen Parteien belebt, wie es viele Teilnehmer der Organisationsberatung bezeugen, sogar jene, die zur Zeit des 5. Kongresses Gegner der Reorganisation der Partei auf der Grundlage von Betriebszellen gewesen sind. Neue Mitglieder, Arbeiter aus den Betrieben, sind zur Partei gekommen. Unter den Arbeitern sind neue Abonnenten der Parteipresse gewonnen worden, die Kommunisten arbeiten in den Betrieben nach einem bestimmten Plan, der von den Zellen ausgearbeitet wird. Die letzten großen Arbeiterdemonstrationen in Berlin, Paris, Prag und Kladno haben gezeigt, daß die kommunistischen Parteien mit Hilfe der Betriebszellen eine enge Verbindung mit den Arbeitern und Arbeiterinnen in den Betrieben gewonnen haben. Jedoch arbeiten die Zellen, wo sie bestehen, nicht überall gut. Aus

den Berichten der Vertreter des Zentralkomitees der kommunistischen Parteien und der örtlichen Organisationen ist ersichtlich, daß der Prozentsatz schlecht arbeitender Zellen sehr groß ist. In der KP Frankreichs arbeiten von 2500 Zellen 1000 mangelhaft, 750 schlecht, nur 750 arbeiten gut. Im Bezirk Berlin-Brandenburg funktionierten von 1800 Zellen 540 einigermaßen, die übrigen 1260 Zellen sind nicht zur Parteiarbeit herangezogen (diese Ziffern sind einem Rundschreiben des Organisationsbureaus der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg entnommen). In Chemnitz funktionieren nur 50% der bestehenden Zellen. Nicht besser liegen die Dinge auch in der Tschechoslowakei. Von 942 Betriebszellen funktionieren kaum 45—50% erträglich. Dasselbe kann man von den Zellen der Jugend sagen.

Der große Prozentsatz nichtarbeitender und schlecht funktionierender Zellen stellt eine Gefahr für die weitere Entwicklung ihrer Organisation in den Betrieben dar. Noch mehr. Es wird sehr schwer sein, die Parteimitglieder, die nichtarbeitenden oder schlecht funktionierenden Zellen angehören, von der Notwendigkeit der weiteren Existenz der Zellen zu überzeugen.

Deshalb will ich hier die Gründe behandeln, die einen solchen Prozentsatz nichtarbeitender Zellen hervorgerufen haben:

Erstens haben die betreffenden Parteileitungen den Zellen nach ihrer Schaffung sehr wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Sie haben sie nicht instruiert, sie haben ihre Arbeit nicht verfolgt, sie haben die Fragen und Losungen der Partei in den Zellen nicht erörtert und erläutert, sie haben kein politisches Leben in die Zellen hineingetragen.

Zweitens: In einigen Ländern, wo große Arbeitslosigkeit besteht, und die Kommunisten dem Unternehmerterror ausgesetzt sind, helfen die sozialdemokratische und die Gewerkschaftsbureaukratie den Unternehmern, die Kommunisten ausfindig zu machen. Deshalb fürchten die Kommunisten in diesen Ländern, die Arbeit in den Betrieben zu entfalten.

Drittens: In großen Städten, wie Berlin, Paris, London, New York usw., wohnen die Arbeiter sehr weit von ihrer Arbeitsstelle entfernt. Die Abfahrtszeiten der Züge sind dem Schluß der Arbeitszeit angepaßt. Wenn der Kommunist sich nach der Arbeit aufhält, um einer Zellsitzung beizuwohnen oder irgendwelche Parteiarbeit zu erfüllen, so muß er seinen gewohnten Zug verpassen und lange auf den folgenden warten.

Und endlich viertens: In Deutschland und in der Tschechoslowakei bestehen neben den Betriebszellen die früheren Wohnorganisationen und Zehnergruppen weiter.

Die langjährigen sozialdemokratischen Gewohnheiten, der Unternehmerterror, die unbequemen Verkehrsmittel, die Passivität der Betriebszellen und endlich das Weiterbestehen der früheren Wohnorganisationen, wo die Genossen sich wie früher versammeln, einander treffen und die Parteifragen erörtern, geben keine Möglichkeit, die Aktivität der mit solcher Mühe geschaffenen Betriebszellen zu verstärken und zu entfalten. Deshalb hat die Organisationsberatung in ihrer Resolution, die von der KI bestätigt worden ist, den kommunistischen Parteien vorgeschlagen, ihre äußerste Aufmerksamkeit auf die Instruktion der schon bestehenden Zellen und die Übertragung des Schwergewichts der Parteiarbeit auf die Betriebszellen zu lenken, und die

Notwendigkeit festgestellt, eine engere Verbindung zwischen den bestehenden Parteizellen und den betreffenden Parteileitungen herzustellen. In den Bezirken aber, wo die Mehrheit der Parteimitglieder bereits in Betriebszellen organisiert ist, sollen die Zehnergruppen und Wohnorganisationen aufgelöst werden. Ohne Auflösung der letzteren wird es schwer sein, die Parteimitglieder zu veranlassen, die Zellenversammlungen zu besuchen und in den Zellen zu arbeiten.*

Die Institution der Funktionäre und der „Vertrauensleute“

Die Passivität der Mitglieder, von der ich gesprochen habe, hat dazu beigetragen, daß die Institution der Funktionäre und Vertrauensleute geschaffen worden ist und sich in der Parteiorganisation festgesetzt hat. Diese erörterten und entschieden alle politischen und Parteifragen, ohne von den Parteimitgliedern dazu bevollmächtigt zu sein. Das hat wiederum die Passivität der Parteimitglieder verstärkt, denn diese wurden zur Erörterung oder Entscheidung der wirtschaftlichen, politischen und Parteifragen nicht herangezogen. Die Versammlungen der Funktionäre und Vertrauensleute ersetzen tatsächlich Rayon- und Orts-Parteikonferenzen, und es gab Fälle, wo sie Beschlüsse faßten, die den Beschlüssen der entsprechenden Parteikonferenz direkt widersprachen. Das System der Funktionäre ist in jenen Ländern verbreitet, wo feste sozialdemokratische Organisationen bestanden haben, in Deutschland, Tschechoslowakei, Österreich usw., von denen unsere kommunistischen Parteien dieses System übernommen haben. Die Parteileitungen stellen den aktiven Arbeitern in der Partei, den Gewerkschaften und Genossenschaften usw. jährlich einen Ausweis zur Teilnahme an den Funktionärversammlungen des Rayons oder der Stadt aus. Im Laufe dieses Jahres konnten sie sogar die Arbeit wechseln, die ihnen das Recht gab, an den Funktionärversammlungen teilzunehmen, sie betrachteten sich aber auch weiterhin als Funktionäre und nahmen auch weiterhin an den Funktionärversammlungen teil. Aus dem Protokoll des Organisationsbureaus der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg vom 5. April 1925 ist ersichtlich, daß von 48 kontrollierten Funktionärkarten nur eine einem Genossen gehörte, der Mitglied einer Betriebszelle war. Von 50 Funktionärkarten des 15. Verwaltungsbezirkes in Berlin gehörten nur zwei Karten Genossen, die in Betriebszellen arbeiteten. Auf diese Weise sind die verantwortlichen Parteiarbeiter der Zellen (Sekretäre und Vorsitzende) in Berlin auf den Berliner Funktionärversammlungen nur in äußerst geringer Anzahl vertreten und können keinen Einfluß auf die Beschlüsse der Funktionäre ausüben. In seinem Bericht über die Parteiorganisation in Kladno (Tschechoslowakei) hat der Genosse Kreitschi erklärt, daß die Funktionärversammlungen alle wichtigen Fragen erledigen, während

* Die Instruktion über die Organisation der Parteizellen, die vom 5. Kongreß bestätigt worden ist, läßt eine Zusammenfassung der Parteimitglieder, die nicht in Betriebszellen arbeiten, nach Straßenzellen zu. Die Kommunisten, die Mitglieder von Betriebszellen sind, deren Arbeitsstelle aber von ihrem Wohnort weit entfernt ist, müssen überdies noch im Parteikomitee des Rayons registriert werden, in dem sie wohnen. Nach der Arbeit oder an Feiertagen können solche Parteimitglieder vom erwähnten Komitee ihre Aufträge erhalten.

die Parteikonferenzen, die selten einberufen werden, sich mit unwichtigen Dingen beschäftigen.

Die Frage der Institution der Funktionäre hat auf der Organisationsberatung und in der Kommission, die über den Aufbau der führenden Parteiorgane und des Parteiapparates beriet, und die aus je einigen Vertretern der neun größten kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Jugendinternationale bestand, große Debatten hervorgerufen. Die Frage der Schädlichkeit des Weiterbestehens der Institution der Funktionäre in der heutigen Form wurde mit allen Stimmen, außer den Vertretern der KPD, entschieden; diese schlugen vor, den Funktionärversammlungen das Recht der Entscheidung über Parteifragen zu geben.

Die Organisationsberatung spricht sich in ihrer Resolution, die vom Erweiterten EK der KI bestätigt worden ist, nicht aus gegen Beratungen der Sekretäre oder der Zellenleitungen, der Sekretäre oder der Leitungen der Fraktionen in breiten Massenorganisationen von Arbeitern und Bauern oder von Genossen, die die eine oder die andere Parteiarbeit leisten, zur Erörterung irgendwelcher Partei, Gewerkschafts- oder Genossenschaftsfragen oder Kampagnen; sie empfiehlt sogar den lokalen Parteileitungen, solche Beratungen einzuberufen, sie spricht sich jedoch gegen die Institution der Funktionäre, in der Form, wie sie bis heute bestanden hat, aus und nimmt entschieden gegen die Ersetzung von Rayon- und Ortskonferenzen durch die Institution der Funktionäre Stellung. Die Resolution empfiehlt die periodische Einberufung von Rayon- und Orts-Parteikonferenzen, wobei ihre Tagesordnung vorher in den Zellen erörtert werden soll, bevor diese ihre Delegierten zu diesen Parteikonferenzen wählen.

Die Betriebszeitungen

Die Betriebszeitungen haben in Westeuropa schnell Verbreitung gefunden. In Deutschland bestehen über 1000, in Frankreich über 500 Betriebszeitungen. Sie werden auch in der Tschechoslowakei, Österreich, England und in andern Ländern herausgegeben. Sie unterscheiden sich von den russischen Betriebszeitungen dadurch, daß diese in der USSR Wandzeitungen sind, während es im Westen nicht möglich ist, sie ungehindert in den Betrieben an den Wänden zu plakatieren. Deshalb werden sie illegal auf verschiedene Weise vervielfältigt (hektographiert, photographiert oder auf der Schreibmaschine) und in Hunderten und manchmal auch in Tausenden von Exemplaren unter den Arbeitern des betreffenden Betriebes verbreitet.

Zum größten Teile werden diese Zeitungen ausschließlich von den Zellenmitgliedern hergestellt. In einigen Zeitungen finden wir sehr interessante Zeichnungen und Karikaturen. Die Zellenzeitungen sind zum unlöslichen Bestandteil der Arbeit der Zellen geworden.

Mit Hilfe dieser Zeitungen üben die Mitglieder der Zelle in den Betrieben, wo die Zellen nicht offen auftreten können, ihren Einfluß auf die Arbeiter aus. In Italien werden statt der Zellenzeitungen von den Parteikomitees kleine Flugblätter über aktuelle Fragen herausgegeben, die einen großen Einfluß auf die Arbeiter ausüben. Die Betriebszellenzeitungen haben noch oft viele Mängel. Die einen beschäftigen sich ausschließlich mit Politik und wiederholen das, was schon die Tageszeitungen der Partei gesagt haben, die

ändern beschäftigen sich ausschließlich mit den Angelegenheiten des Betriebes, ohne sie mit den Losungen der Partei zu verbinden. Die Organisationsberatung hat in der von ihr angenommenen Resolution über die Zellenzeitungen den kommunistischen Parteien empfohlen, die Herausgabe der Zellenzeitungen fortzusetzen und die Sekretäre der Parteileitungen in den Rayons oder die Agitationspropagandaabteilungen der Parteileitungen zu verpflichten, diesen Zeitungen ihre äußerste Aufmerksamkeit zu widmen, sie anzuleiten und zu instruieren. Die Resolution weist auf die guten und schlechten Seiten der bereits erscheinenden Zellenzeitungen hin.

Die Schwäche des Apparates der lokalen Parteiorgane

Auf der Organisationsberatung wurde bestätigt, daß in einer ganzen Reihe von Städten in der Tschechoslowakei, Frankreich und England kein einziger ständiger Parteiarbeiter vorhanden ist, der sich den ganzen Tag mit Parteiangelegenheiten beschäftigt. Der Parteiapparat ist hauptsächlich in den Bezirken konzentriert. In den 29 Rayons des Pariser Bezirkes beginnen die Rayonleitungen und ihre Vorstände ihre Arbeit täglich erst nach der Arbeitszeit, da sogar der Sekretär des Komitees im Betriebe arbeitet oder irgendwo angestellt ist. In vielen Städten Englands haben die Stadtkomitees keinen ständigen Parteiarbeiter, von den Rayonleitungen erst gar nicht zu reden.

In Amerika gibt es in den Riesenstädten Chikago oder Boston überhaupt keine Rayonleitungen, sondern nur Stadtleitungen für Boston oder Chikago.

Mit einem solchen Organisationschema bei einer solchen Lage kann man keine fest disziplinierte, zentralisierte, elastische Parteiorganisation schaffen.

Wie kann die Bezirksleitung oder die Ortsleitung einer großen Stadt schnell auf die Ereignisse reagieren und sich in die Arbeitskonflikte einmischen, wenn in den Rayonleitungen kein ständig arbeitender Apparat vorhanden ist, wenn nicht einmal ein Sekretär da ist, der die ganze Zeit in der Rayonleitung arbeitet. Wie kann eine Orts- oder Bezirksleitung schnell Direktiven weitergeben, wenn in den Orten keine Organe da sind, die diese Direktiven durchgeben können. Mit einer solchen Lage konnte man sich beim früheren Organisationssystem zufrieden geben, wo die Parteimitglieder einmal monatlich oder einmal in drei Monaten zusammenberufen wurden, und wo die Funktionäre und Vertrauensleute alle Fragen an Stelle der Organisation, an Stelle der Parteimitglieder, erörterten und entschieden. Aber damit darf man sich nicht zufrieden geben, wenn die Partei auf der Grundlage von Betriebszellen organisiert ist, denn wir werden nur dann unsere Stellung in den Betrieben befestigen, wenn unsere Zellen aktiv sein werden, wenn sie sich in alle Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern einmischen werden, wenn sie die Unzufriedenheit der Arbeiter in den richtigen Strom des Klassenkampfes lenken werden. Und das ist nur möglich, wenn das Rayon- oder Unterbezirkskomitee die Zellen richtig instruieren und ihre Arbeit verfolgen wird. Das erfordert seinerseits, daß wenigstens ein Genosse, sagen wir ein Sekretär, sich ständig mit der Parteiarbeit befaßt.

Die Organisationsberatung hat die kommunistischen Parteien darauf aufmerksam gemacht, daß es notwendig ist, die Arbeit der Unterbezirks- und Rayonkomitees zu verstärken und einen Genossen heranzuziehen, der sich ständig mit der Parteiarbeit befaßt.

Die Mängel der Arbeit der kommunistischen Fraktionen in den nicht-parteilichen breiten Massenorganisationen der Arbeiter und Bauern

Auf der Organisationsberatung hat es sich gezeigt, daß die kommunistischen Fraktionen dort, wo sie bestehen, sehr mangelhaft arbeiten. Ihr Verhältnis zu den Parteiorganisationen ist nicht normal, die Parteiorganisationen haben weder der Organisation der kommunistischen Fraktionen noch ihrer Arbeit die nötige Aufmerksamkeit gewidmet.

Mehr oder weniger erträglich steht es mit den Parlamentsfraktionen. Sie befinden sich unter der ständigen Kontrolle und Anleitung der Zentralkomitees der Partei; aber auch hier finden wir sozialdemokratische Überbleibsel: wenn z. B. eine Parlamentsfraktion versucht, vollkommen selbständig, von der Parteizentrale unabhängig zu werden (Tschechoslowakei).

Als mehr oder weniger erträglich kann man das Verhältnis zwischen den kommunistischen Parteiorganisationen und den Fraktionen der lokalen Landtage ansehen, obgleich die kommunistischen Fraktionen der Landtage, die weit vom Zentrum entfernt sind, noch unabhängig von der Partei arbeiten.

In vielen Bauernparteien und -organisationen in Rumänien, Jugoslawien, Frankreich, Deutschland und Amerika gibt es überhaupt keine Fraktionen, und die Kommunisten sind dort nicht zusammengefaßt.

Auch in den Sportorganisationen vieler Länder bestehen keine Fraktionen, und dort, wo sie bestehen, arbeiten sie zersplittert, ohne Leitung und sind weder im Bezirks- noch im Landesmaßstabe zusammengefaßt.

Nicht besser steht es um die kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften.

Die Kommunisten halten es für unter ihrer Würde, in die christlichen, nationalsozialistischen, liberalen und sonstigen Gewerkschaften einzutreten, obgleich in Deutschland und in der Tschechoslowakei noch eine bedeutende Zahl von Arbeitern diesen Organisationen angehört. Bei der Organisation von Gewerkschaften, die der RGI angeschlossen sind, sind die Kommunisten in Frankreich, der Tschechoslowakei und teilweise in Deutschland aus den Gewerkschaften der Amsterdamer Richtung ausgetreten und in die Roten Gewerkschaften übergetreten. Auf diese Weise sind die Amsterdamer Gewerkschaften von den Kommunisten und deren Tätigkeit befreit worden; in den Roten Gewerkschaften aber haben die Kommunisten, die in der Hauptsache diese Gewerkschaften leiten, es für überflüssig gehalten, Fraktionen zu organisieren, die nach den Direktiven der Parteiorganisation arbeiten. Eine Folge davon war der Umstand, daß in der Tschechoslowakei die Kommunisten in den Gewerkschaften, die der RGI angeschlossen sind, die Tendenz haben, sich überhaupt vom Einfluß der Parteiorganisation zu befreien und selbständig aufzutreten.

In Frankreich und der Tschechoslowakei hat die Kommunistische Partei durch die Mitglieder der Gewerkschaften, die der RGI angeschlossen sind, Verbindungen mit den Betrieben gewonnen, aber infolge des Umstandes, daß es dort keine Parteizellen gegeben hat, hatten die Mitglieder der Roten Gewerkschaften keine Möglichkeit, eine systematische Arbeit zu leisten (Frankreich); in der Tschechoslowakei hat die Arbeit der Kommunisten, die Mitglieder der Roten Gewerkschaften sind, zur Aufstellung selbständiger Kandi-

datoren bei den Wahlen der Betriebsräte und anderer Organe geführt, ohne daß diese Kandidaturen im Einverständnis mit den Parteiorganisationen erfolgten.

Die Sozialdemokratie in Deutschland, Österreich und in der Tschechoslowakei besitzt keine Betriebszellen, sie ist aber mit den Gewerkschaften Amsterdamer Richtung so eng verbunden, daß sie ihren Einfluß auf die Arbeiter in den Betrieben mit deren Hilfe ausüben kann und auch wirklich ausübt.

Dasselbe müssen auch die kommunistischen Parteien mit Hilfe der Fraktionen in den Gewerkschaften tun. Sie müssen die Träger ihrer Einflusses sein. Aber dazu müssen diese Fraktionen unbedingt unter der Leitung und der Kontrolle der Parteiorganisationen arbeiten.

In England hat unsere Partei, trotzdem sie einen großen Einfluß auf die Minderheitsbewegung in den Gewerkschaften besitzt, diesen Einfluß nicht organisationsweise befestigt und keine festen Fraktionen organisiert.

In Deutschland sind die Mitglieder unserer Partei in den Amsterdamer Gewerkschaften geblieben oder kehren in diese zurück.

An vielen Orten sind die Kommunisten in die Ortsleitungen einzelner Gewerkschaften gewählt worden, an manchen Orten haben sie darin die Mehrheit, aber die Gewerkschaftsfraktionen sind bis heute weder in den einzelnen Städten noch in den Bezirken noch im Reiche zusammengefaßt.

Die Arbeit der Fraktionen wird in Deutschland nicht systematisch geführt, und den Fraktionen wird nicht die Aufmerksamkeit gewidmet, die sie ihrer Bedeutung nach verdienen.

Die Organisationsberatung hat der Arbeit der Fraktionen ihre besondere Aufmerksamkeit gewidmet, sie hat eine Instruktion über diese Arbeit ausgearbeitet und es allen Sektionen zur Pflicht gemacht, energisch an die Organisation von Fraktionen in allen außerparteilichen breiten Massenorganisationen heranzugehen.

Die Organisationsformen der amerikanischen Workers Party

Es ist nicht überflüssig, einige Worte über die amerikanische Workers Party zu sagen, denn das wird anschaulich jenes Chaos im Parteaufbau zeigen, das in einigen Sektionen der KI geherrscht hat.

In Amerika sind die Mitglieder der Workers Party nicht nach Betriebszellen zusammengefaßt, sondern nach einzelnen Nationalitäten; alle litauischen, lettischen, finnischen, schwedischen, jugoslawischen usw. Kommunisten werden im Stadtdistrikt, in der Stadt und im ganzen Lande in selbständige Organisationen zusammengefaßt. Es bestehen 17 solcher Organisationen, alle zusammen bilden die Workers Party. Sie haben ihre Stadtdistrikt-, Stadt- und Zentralleitungen (Bureaus), die ihre Tätigkeit im ganzen Lande entfalten. Sie kassieren die Mitgliedsbeiträge ein, sie haben ihre Tages- und Wochenzeitungen, ihre Druckereien, Klubs und Volkshäuser.

Faktisch ist die allgemeine Landeszentrale — das ZK der Workers Party und die Orts- und Bezirksleitungen der Partei — von jenen einzelnen 17 Organisationen abhängig: wenn diese es wollen, so führen sie die Beschlüsse der Zentrale durch, wenn sie es nicht wollen, tun sie es nicht.

Zu den Stadt- und Bezirkskonferenzen der Partei schicken diese 17 Organisationen der einzelnen Nationalitäten im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl ihre Vertreter, die die Stadt- und Bezirksleitungen wählen. Die Bezirkskonferenzen wählen die Delegierten zum Parteitag.

Sowohl die Bezirksleitungen als auch das ZK sind nur scheinbar die Parteileitungen der Bezirke und des ganzen Landes. Faktisch führen die einzelnen nationalen Organisationen ihre Beschlüsse nicht durch, wenn sie es nicht wollen, und die Parteileitungen haben keine Möglichkeit, ihre Beschlüsse anders als mit Hilfe dieser Organisationen durchzuführen.

Kann eine solche Parteiorganisation eine zentralisierte, disziplinierte Partei schaffen, kann eine solche Partei erfolgreich unter der fast 30 Millionen zählenden Arbeiterklasse Amerikas arbeiten?

Natürlich ist es in einem vielsprachigen Lande, wie Amerika, sehr schwer, eine zentralisierte Partei zu schaffen, sehr schwer, unter den verschiedenartigen Elementen, die nach Amerika aus verschiedenen Ländern mit verschiedenen Sitten und Gewohnheiten gekommen sind, und die auf verschiedenen Entwicklungsstufen stehen, zu arbeiten. Aber damit die Workers Party wirklich fähig wird, die Arbeiterklasse zu organisieren und sie in den Kampf zu führen, ist es notwendig, sie so zu organisieren, daß die Mitglieder der Workers Party in den Betrieben alle derselben Zelle angehören*, daß die Rayonleitungen auf Konferenzen gewählt werden, die von den Betriebs- und Straßenzellen gewählt werden, daß die Rayonkonferenzen zu den Stadtkonferenzen wählen, die Stadtkonferenzen zu den Bezirkskonferenzen, und daß die Zellen-, die Stadtdistrikts-, Stadt- und Bezirksleitungen Organe aller Parteimitglieder sind.

Die Zellen müssen unter sich die Arbeit so einteilen, daß sie unter den Arbeitern aller Nationalitäten und Sprachen in den Betrieben geführt wird. Bei den Stadtdistriktsleitungen ist es notwendig, Agitpropabteilungen zu schaffen, die die Arbeit unter den Arbeitern aller Nationalitäten organisieren und dazu die aktiven Arbeiter heranziehen, die in den früheren nationalen Organisationen gearbeitet haben. Die Stadt- und Bezirkskomitees und das ZK der Workers Party müssen ebensolche Agitpropabteilungen schaffen, um die Arbeit unter den Arbeitern aller Nationalitäten zu führen und zu leiten. Zu dieser Arbeit müssen die Genossen herangezogen werden, die in den einzelnen Sprachorganisationen gearbeitet haben. Zu gleicher Zeit müssen die Litauer, Letten, Finnen, Russen, Schweden usw., die Mitglieder der Workers Party sind, in allen parteilosen litauischen, lettischen usw. Organen und Organisationen Fraktionen im Stadt- und Landesmaßstab bilden. Diese Fraktionen müssen unter der Leitung der Stadtdistrikts-, Stadt- und Bezirksleitungen und des Zentralkomitees der Workers Party arbeiten. Nur bei einem solchen Organisationssystem kann die Partei zu einer kampffähigen Massenpartei werden.

* Aus dem Zentralorgan der Workers Party, dem „Daily Worker“ vom 6. April 1925 ist ersichtlich, daß die wenigen Betriebszellen, die schon bestehen, gut arbeiten, und daß es ihnen bereits gelungen ist, zu beweisen, daß ihre Existenz nicht nur möglich ist, sondern absolut notwendig, denn einigen Zellen ist es gelungen, große Versammlungen einzuberufen, eine Kampagne gegen die Kinderarbeit durchzuführen und ihre Mitglieder in einigen Ortsleitungen des Bergarbeiterverbandes durchzubringen. O. P.

Das wird nicht ohne Mühe durchzuführen sein, aber wenn die Notwendigkeit dieser Reorganisation eingesehen wird, und wenn der gute Wille vorhanden ist, ist eine allmähliche Reorganisierung der Partei auf der erwähnten Grundlage vollkommen möglich.

Früher waren auch einige Gewerkschaften in nationale und Sprachsektionen eingeteilt (Bergarbeiter). Aber allmählich wurden sie liquidiert, die Gewerkschaften sind dadurch nicht schwächer geworden und haben jetzt eine zentralisierte Leitung. Wenn das in den Gewerkschaften gelungen ist (und das ist teilweise auch mit Hilfe der Workers Party gelungen), so kann man das auch in der Workers Party durchführen.

Die Orgabteilung des EKKI wird ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Reorganisierung der Workers Party lenken.

Schlußfolgerungen

Auf der Orgberatung erhielt man zum ersten Male ein klares Bild des Parteaufbaues in den bedeutendsten Sektionen der KI, man sah die guten und schlechten Seiten der Parteiorganisationen, und es gelang, die strittigen Fragen und die Schädlichkeit der Existenz mancher Organisationsformen vollständig aufzuklären. (Institution der Funktionäre, das Nebeneinanderbestehen von Zehnergruppen und Wohnorganisationen und Betriebszellen, die irrtümliche Meinung, daß es nicht notwendig sei, in den opportunistischen Gewerkschaften Fraktionen zu organisieren.)

Die Methoden und Formen der Organisation der kommunistischen Fraktionen sind festgestellt worden. Eine Resolution über die Arbeit der Zellen, über die Verteilung der Arbeit innerhalb der Zellen, über die Heranziehung aller Zellenmitglieder zur Parteiarbeit ist angenommen worden.

Es wurde eine Resolution über die Zellenzeitungen, über ihre guten und schlechten Seiten und über die Art und Weise ihrer künftigen Herausgabe angenommen.

Die Teilnehmer der Orgberatung haben ihre Meinungen über die Art und Weise ausgetauscht, wie Parteikampagnen organisiert werden sollen, und haben festgestellt, daß es nützlich ist, eine Verbindung zwischen den Zellen ein und derselben Industrie in verschiedenen Ländern zu schaffen. Außerdem hat die Orgberatung ein Musterstatut für die einzelnen Sektionen angenommen, das bereits die neue Form der Parteiorganisation enthält, und endlich eine instruktive Resolution über die Form der Organisation des Parteiapparates von der Zelle bis zum Zentralkomitee. Alles das können die Sektionen der KI und ihre örtlichen Organisationen mit Nutzen je nach ihren besonderen lokalen Bedingungen anwenden.

Die Instruktionen und Resolutionen und jene Teile der Thesen des Genossen Sinowjew über die Bolschewisierung, die die Organisationsfrage behandeln, geben die Möglichkeit zur Einführung einer einheitlichen Form der Parteiorganisation in allen Sektionen der KI. Die Verwirklichung der Beschlüsse des Erweiterten EK der KI und der Orgberatung wird dazu beitragen, daß die kommunistischen Parteien zu wirklichen bolschewistischen Massenparteien werden.

15. April 1925

DIE KRISE IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN PARTEI

Neben den allgemeinen großen Problemen der weltpolitischen Perspektive und der Bolschewisierung war zweifellos die tschechische Frage das wichtigste Einzelproblem in den Verhandlungen der Erweiterten Exekutive. Die tschechische Kommission, in der die wichtigsten Parteien mit ihren bedeutendsten Führern vertreten waren, hat sich mit allen Problemen der tschechischen Bruderpartei ausführlich in tagelangen Debatten beschäftigt. Aus den Verhandlungen der tschechischen Kommission bringen wir einige Auszüge, einige charakteristische Stellen der Reden der Genossen Smeral, Kreibich, Cachin und Sinowjew.

SMERAL: Wir durchleben bei uns eine Krise von einer solchen Tiefe und von so besonderer Art, daß, wie ich glaube, die Mehrzahl der Genossen sich über sie noch nicht genügend klar ist. Es ist keine Krise, die durch den Kampf von zwei Fraktionen hervorgerufen wurde. Wenn wir eine solche Krise hätten, so würde es genügen, daß die Vertreter der beiden Fraktionen sich hier am grünen Tische zu irgendeiner Lösung vereinigen, und wir könnten mit der Hoffnung nach Hause fahren, daß die Krise überwunden ist. Meiner Ansicht nach trägt die jetzige Krise einen ganz anderen Charakter. Ich werde sie später charakterisieren. Jetzt zuerst einige Bemerkungen zu den vom Genossen Bucharin aufgezählten politischen Fragen. Genosse Bucharin hat gesagt, daß es notwendig sei, sich auszusprechen über die Frage der Gewerkschaften, über das Verhältnis des Klubs zur Zentrale, über Massenaaktionen, über das Verhältnis der Partei zur Internationale und über den Fall Bubnik. Wenn ich irgendeinen Arbeiter bei uns frage, ob diese Unruhe, die durch die Partei geht, mit einer dieser erwähnten Fragen zusammenhängt, so wird er sagen: nein, weder die Gewerkschaftsfrage noch andere der von Bucharin aufgezählten Fragen haben diese Krise verursacht; die Krise hat Ursachen anderer Art.

Die Krise ist tiefer, als Sie denken, weil sie eine andere Qualität hat als die gewöhnlichen, durch Fraktionskämpfe oder durch Meinungsverschiedenheiten in einzelnen politischen Fragen hervorgerufenen Krisen. Um die Größe dieser Krise zu kennzeichnen, will ich aussprechen, daß ich sie als eine Warnung für die ganze Kommunistische Internationale betrachte. Wir kommen jetzt in eine sehr komplizierte Zeit, und aus dieser neuen Situation entstehen neue Fragen und neue Probleme. Wenn wir nicht imstande sein werden, diese Fragen sehr bald zu lösen, befürchte ich, daß solche Krisen wie bei uns auch in anderen Parteien entstehen können. Die Ursachen unserer Parteikrise sind meiner Ansicht nach zweifacher Natur. Erstens ist diese Krise ein Resultat der Schwierigkeiten, die der Übergang in eine Periode mit sich bringt, die nicht als unmittelbar zum revolutionären Angriff reif bezeichnet werden kann. In unserer Krise sind ähnliche Symptome und Erscheinungen, wie wir sie in Rußland im Jahre 1907—1910 hatten: Von der Gefahr des rechten Opportunismus, des Liquidatorentums, bis zu der im Innern ehrlich

gemeinten Überzeugung, daß in einer Zeit, wo die Massen nicht mehr so leicht in den Kampf gehen, die heroische persönliche Aufopferungswilligkeit von kleinen Gruppen oder Minoritäten die Situation retten könne, ja, bis zu den Erscheinungen des Ssaninismus. Alle diese Symptome sind bei uns im Keim vorhanden. Wenn ich manche Fälle betrachte, die bei uns schon fast Massenerscheinungen zu werden beginnen, auch die Fälle des übertriebenen sexuellen Lebens, der Verbindung mit der Polizei, der Verderbung von jungen Leuten usw., wenn ich das alles betrachte, so fällt mir gar nicht ein, die einzelnen Personen zu beschuldigen. Es ist das eben das Unglück der Generation, die mit großen Hoffnungen großen Entscheidungen sich sehr nahe fühlte und jetzt auf einmal zurückgeworfen und innerlich erschüttert ist. Als ich vor den Prager Vertrauensleuten über Nerven sprach, hat Genosse Haken das als unmarxistisch bezeichnet. Ich glaube aber damit auf ein Symptom hingewiesen zu haben, das in der jetzigen Periode eine charakteristische Rolle spielt. Ich bin der Meinung, daß in der jetzigen Situation eine besonders delikate Taktik zur Erhaltung der bolschewistischen Massenpartei und zu ihrer weiteren Bolschewisierung notwendig ist.

Welche? Man kann sagen, wir haben schon die Analogie in der russischen Partei in den Jahren 1907—1909. Aber ich glaube, diese Analogie genügt nicht, sie genügt für keine unserer heutigen Parteien. Dazu haben wir es in der Tschechoslowakei noch mit einer Partei von ganz besonderem Typus zu tun. Es ist die Partei, die wir auf dem ganz besonderen Wege aus der Sozialdemokratie herausbrachten, indem wir die wirkliche Mehrheit der sozialdemokratischen Massen übernommen haben. Als wir im Jahre 1921 uns als die Kommunistische Partei konstituierten, zählten wir 300 000 Mitglieder. Heute haben wir nur noch 100 000. Aber trotz dieser Reinigung haben wir, wie durch persönliche Registrierung eines jeden Mitgliedes festgestellt wurde, noch 73 000 ehemalige Sozialdemokraten in den Reihen unserer Partei. Es sind nicht nur gewesene Sozialdemokraten, sondern in der Regel auch ältere Leute.

Die Jugendbewegung ist sehr schwach. Wollen wir die Bolschewisierung mit Rücksicht auf diese Massen durchführen oder nicht? Ich glaube ja. In der besonders heiklen Situation und bei dem spezifischen Charakter der tschechoslowakischen Partei muß man vorsichtig vorgehen. Und dabei spielt die Frage der Personen eine große Rolle. Der Genosse Sinowjew hat einen ehrlichen Drang, uns jedes Jahr so zu massieren, daß es den Muskeln zwar wehe tut, dafür aber auch das höchste Maß der Kräfte rücksichtslos aus der Bewegung herausgeholt wird. Wenn ich das weiß, so begreifen Sie doch, daß ich nicht voreingenommen bin und die Dinge, die vorgehen, nicht kleinlich betrachte. Aber der Genosse Sinowjew hat eine so väterliche Liebe für unsere Partei, daß er ihr viel bessere Führer geben konnte, als wir es waren. Ob aber die Methode, wie er diese Führer heraussucht, richtig ist oder nicht, wie kann man das beurteilen? Nur nach ihren Resultaten. Und wenn wir durch einen großen Druck des Vertreters der Exekutive auf dem Kongreß eine neue Führung bekamen, und wenn nach diesem halben Jahre eine schwere Krise in der Partei ist, so muß man selbstverständlich untersuchen. Man muß untersuchen, ob da nicht Verräter sind, ob sie nicht die Spaltung schon organisatorisch vorbereitet haben, und ob sie nicht Freude an der Zersetzung haben. Aber man muß auch untersuchen, ob eventuell die Schuld für die Krise nicht

auf den Schultern der neugegründeten Führung liegt. Die Genossen sollen hier nicht richterliches Tribunal gegen eine Seite sein, sondern ein Kollegium von Ärzten, das diese unsere Parteikrankheit wirklich ernst und objektiv untersucht. Ich sage, daß die Methode, die zu unserer Stärkung im letzten Jahre benutzt wurde, nicht gut war. Viele Genossen, darunter auch russische, sagten: „Eure Schuld, euer Unglück ist, daß ihr in der Internationale eine ‚schlechte Presse‘ habt. Wenn wir zu euch nach der Tschechoslowakei kommen und euch bei der Arbeit sehen, haben wir einen ganz anderen, besseren Eindruck, als wenn wir in den Zeitungen über eure Arbeit lesen.“

Ich halte für unzulässig die Methode, bei der man in der Internationale die Wirklichkeit entweder entstellt oder totschweigt, die Leute nach rechts auf einen Platz drängt, wo sie nicht hingehören. Damit schädigen wir uns, und das ist eine Methode, die wir nicht weitermachen dürfen.

Die zweite Frage ist, inwieweit die Exekutive in die inneren Parteiverhältnisse der Parteien eingreifen kann. Daß wir einen Zentralismus, daß wir eine einheitliche Führung haben müssen, nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch, ist selbstverständlich. Ich rechne damit, daß sogar die Komintern Fraktionen gegen die Führung einer Partei unterstützen kann. Ich gebe zu, daß das möglich ist; nur muß man bei der Wahl der Fraktionen vorsichtig sein. Das Resultat entscheidet dann, ob der in jedem Falle verantwortungsvolle Schritt zur Fraktionsarbeit gut war oder nicht. Aber so weit kann man doch nicht gehen, wie es bei uns geschehen ist. Wenn nach drei Monaten der heftigsten Diskussionen, der heftigsten Fraktionsarbeit, die von der Kommunistischen Internationale unterstützt wurde, und die hinsichtlich der Heftigkeit ihrer Angriffe vielleicht noch über die Grenzen hinausging, die Genosse Sinowjew im Kopfe hatte, wenn nach drei Monaten die von der Exekutive unterstützte leidenschaftliche Fraktionsarbeit, zu der die Führung der Partei fast schwieg — mir wurde vorgeworfen, daß ich nur mit einer Rede in die Diskussion eingegriffen hätte —, wenn dann ein Parteitag zusammentritt und man feststellen muß, daß trotz dieser Stimmungsmache eine Mehrheit für die bisherige Führung der Partei vorhanden ist, dann sollte man nicht so kategorisch eingreifen, wie es bei uns geschehen ist. Der Genosse Manuilski hat, nachdem er gesehen hatte, daß trotz aller Vorbereitung die Mehrheit für die frühere Parteileitung war, auf unserem Parteitag erklärt, daß, falls die Wahl der Parteileitung nicht eine Majorität von Linken ergäbe, weitere drei Monate Fraktionsarbeit mit Unterstützung der Exekutive durchgeführt, ein außerordentlicher Parteitag auf Befehl der Exekutive einberufen werden würde. Selbstverständlich kann niemand die Partei gegen die Exekutive führen. Wir selbst mußten, um der Partei die Erschütterung zu ersparen, die aufgezwungenen Kandidaturen befürworten. Mit Tränen sind manche Parteigenossen vom Parteitag gegangen, weil sie fürchteten, daß diese Lösung für die Partei nicht gut sein würde. Trotz unserer Fürsprache wäre die Kandidatenliste der jetzigen Zentrale nicht durchgegangen, und man mußte deswegen nicht nach Listen, sondern en bloc abstimmen. Ich glaube, diese Form des Eingriffs in unsere Partei war doch zu weitgehend. Nach dem Kongreß hat sich unsere Führung nach unten unsicher gefühlt, und sie hat sich um so mehr auf die Exekutive stützen wollen. Weil Moskau zu weit und Berlin näher war, und weil unsere Genossen damals vielfach in Prag in Verbindung mit deutschen Genossen standen, so hat sich, meiner Meinung

nach in gutem Glauben, bei ihnen die Ansicht gebildet, daß die privaten Ratsschläge mancher deutscher Genossen den Standpunkt der Exekutive ausprechen. Es wurde bei uns nach dem Kongreß nach deutschem Muster gearbeitet, d. h. mechanisch, in der Überzeugung, daß man mit kleinlichen Maßnahmen, persönlichen Änderungen im Apparat sofort die Stimmung der ganzen Partei ändern könne und in der Richtung der Reinigung der Partei im großen Maßstabe. Wer die Rede des Genossen Haken zum Gedenktage Lenins liest, wird sofort begreifen, wie der Gedanke einer noch viel kleineren Partei, als wir jetzt schon mit 100 000 Mitgliedern haben, aber einer reineren Partei, sich hier erkennen läßt. Aus diesen Maßregeln ist bei uns eine Atmosphäre der Panik entstanden. Es entsteht die Befürchtung eines großen Teiles der Partei, daß sie ausgeschlossen werden sollen. Wenn Sie überlegen, daß diese Panik mit den krankhaften Erscheinungen der jetzigen Zeit zusammenhängt, glaube ich, begreifen Sie, daß hier ein krankhafter Zustand der Partei entsteht, der dem Anfange der Zersetzung, der „Österreichisierung“ der Partei in mancher Hinsicht ähnlich ist. Wir haben die Bolschewisierung gewollt und haben einige Schritte in der Richtung der „Österreichisierung“ der Partei gemacht.

PEPPER (Zwischenruf): Höglund hat zum erstenmal das Wort „Österreichisierung“ gebraucht.

SMERAL: Ich spreche hier in dem Bewußtsein meiner vollen Verantwortlichkeit. Glauben Sie mir, es ist nicht leicht, über diese Dinge zu sprechen. Ich spreche auch mit Zurückhaltung. Darum habe ich auch bis zu Ihrem Zwischenruf nicht auf die Erfahrungen der ungarischen Emigration hingewiesen. Was ich sage, sind keine Kombinationen, keine Hirngespinnste. Nach dem Parteitag hat die deutsche Zentrale ein Zirkular an ihre Bezirke geschickt, in dem gesagt wurde, auf dem tschechischen Parteitag mußte man künstlich eine Scheidung zwischen Rechte und Zentrum machen, um im Vorgehen gegen beide etappenweise zu verfahren. Aus demselben Gedankengange entstand bei uns das Schlagwort, das durch die Presse ging: Man muß das Standrecht gegen die Rechten einführen. Genossen, ich werde über persönliche Fragen nicht viel sprechen. Es sind Zersetzungserscheinungen, Erscheinungen der moralischen Zersetzung in der Partei in größtem Umfange zum Ausdruck gekommen; moralisch zersetzte Elemente haben sich in die Partei, bis in die höchsten Organe eingeschlichen. Wir haben in der Partei ernste Symptome der Dekadenz, wobei ich nicht diese Sachen fraktionell färben will. Zum Liquidatorentum, zum Anarchismus, zu verdächtigen Beziehungen und zum Ssaninismus ist es in der jetzigen Zeit ein gleich langer oder, wenn Sie wollen, gleich kurzer Weg für Individuen, die den festen Boden der revolutionären Überzeugung unter ihren Füßen verloren haben. Unsere Zentrale führte einen normalen Spitzeldienst ein. Man ließ die Abgeordneten vom Polbureau aus bespitzeln. (Zwischenruf: Das ist nicht wahr, was hat das mit dem Polbureau zu tun?)

Wir sind jetzt wirklich in der Atmosphäre, am Anfange der Entwicklung — ich kann hier kein anderes Wort finden — der Emigrantensychose. Wir sehen, daß wir in jedem Bezirk eine andere Färbung von Stimmung haben, und fast alle Bezirke haben bestimmte Krankheiten, die sogenannten rechten Kreise ebenso wie die sogenannten linken. Ich mache zum Schluß darauf aufmerksam, daß die große Gefahr darin besteht, daß die Teilung der Atmo-

sphäre und der Stimmung in der Partei nach der nationalen Linie gehen wird. Ich will das wieder an einem Beispiel beweisen. Jemand tritt mit der Behauptung auf, Smeral ist ein Verräter, verhandelt mit der bürgerlichen Regierung. Die tschechischen Arbeiter werden gegen diejenigen Genossen, die das aussprechen, voreingenommen sein und noch mehr an mich gebunden. Denn sie haben die Möglichkeit, die Unwahrheit dieser Behauptung aus der Nähe zu kontrollieren. Aber in den deutschen und ungarischen Gebieten nehmen die Arbeiter dieses Wort ernst. Die deutschen Arbeiter glauben diese Sache, und zwar aus wirklicher innerer Überzeugung. Es glauben dies nicht nur die Oberschichten, sondern die Massen selbst. Das ist in unseren speziellen Verhältnissen eine wirkliche Gefahr. Ich bin in diesem Moment vorläufig noch ratlos. So allgemein habe ich die Empfindung, wir können gegen den Willen und ohne die Unterstützung und das absolute Vertrauen der Exekutive die Partei nicht führen. Aber die Genossen, die heute bei der Führung sind, können sogar mit der Unterstützung der Exekutive die Partei nicht führen. Wir leben in einer sehr schweren Übergangszeit, wo die objektiven Verhältnisse schwer sind, wo die Kräfte und Nerven der Menschen sich erschöpft haben. Auch persönlich sind wir schon so weit voneinander gekommen, daß wir Mitglieder der einen Delegation nicht nur hier an verschiedenen Tischen sitzen, sondern daß sogar der persönliche Verkehr sehr beschränkt ist.

KREIBICH: Ich möchte zur Frage des Hinausdrängens der Rechten aus der Partei sprechen. Meiner Meinung nach bestehen die Differenzen zwischen uns und der sogenannten Linken in zwei Dingen. Wenn man einen Rechten, bei dem man erkennt, daß er rechte Tendenzen vertritt und also nicht in die Kommunistische Partei gehört, aus der Partei herausbringen will, so bin ich folgender Ansicht: Falls wir die gefährliche Situation vor uns haben, daß ein solcher Rechter eine große Popularität bei den Arbeitern genießt, wenn also die Lage so ist, daß mit ihm auch nur ein einziger Arbeiter hinausgehen könnte, so muß man sich bemühen, eine Lage zu schaffen, daß er wohl aus der Partei geht, aber kein einziger Arbeiter mit ihm. Wir sollen dafür sorgen, daß dieser Mensch von den Massen isoliert wird, daß man ihn von seinem Posten verdrängt, daß man ihn losbringt von seinen Beziehungen zu den Massen, und erst dann, wenn man die Sicherheit hat, daß kein einziger Arbeiter ihm folgen wird, daß er kompromittiert ist vor den Arbeitern, und daß sich keine Schwierigkeiten ergeben, erst dann kann man zum Ausschluß schreiten. Ich glaube nicht, daß es geschickt ist, wenn man einen Menschen, der als Agitator, als Veranstalter von Demonstrationen bekannt ist, der bei allem dabei war, der gewisse Sympathien bei den Arbeitern hat, in dem Moment ausschließt, wo ihn die Partei zum Hauptordner der großen Massendemonstration bestimmte, wo über sein Wirken bei der Demonstration in der Parteipresse mit Anerkennung berichtet wurde, wo man ihn an die Spitze derselben gestellt hatte. Ihn in einem solchen Augenblick plötzlich hinauszuerwerfen, ist m. E. nach nicht richtig. Auch muß man einen solchen Ausschluß so durchführen, daß bei den Arbeitern auch nicht der geringste Verdacht aufkommt, es könnte eine Ungerechtigkeit dabei geschehen sein. Ich meine das nicht moralisch, denn ich will nicht mit Argumenten kommen, die hier nicht ziehen. Aber wenn eine Ungerechtigkeit geschieht, denken die Arbeiter, daß der Betreffende nicht aus politischen Gründen ausgeschlossen wurde, sondern aus

persönlichen, daß eine Ungerechtigkeit geschehen ist, und dann sympathisieren sie mit ihm.

Ich glaube, wenn man die Form, in der ein Ausschluß durchgeführt wird, ungeschickt findet, so heißt das noch lange nicht, daß man dagegen sei, daß der Kampf gegen die Rechte aufgenommen wird. Wenn in den Thesen richtig steht, daß der Kampf gegen den Opportunismus in den Gemeindefraktionen aufgenommen werden soll, so hat unsere Partei schon vor dem 5. Weltkongreß auch hier ihre Pflicht erfüllt, und ich verweise auf das, worauf Zapotocky in der Organisationskommission hingewiesen hat, daß zwei Drittel aller Ausschlüsse von Parteimitgliedern gegenüber solchen Genossen vorgenommen werden, die in den Gemeindefraktionen ihre Pflicht nicht erfüllt und nicht nach den Intentionen der Partei gehandelt hatten. Die Frage der Disziplin ist für uns absolut keine strittige Frage. Aber die Disziplin allein tut's nicht. Und nicht die disziplinarischen Maßnahmen allein. Voraussetzung ist, daß eine Parteileitung auch Autorität hat, sich politische Autorität zu verschaffen weiß, daß sie imstande ist, die Partei zu gewinnen, imstande ist, auch Genossen zu gewinnen, die anfangs nicht mit ihr einverstanden sind, daß sie versteht, diese zu überzeugen, und daß sie erst im äußersten Falle zu disziplinarischen Mitteln schreitet. Wenn die Disziplin mechanisch angewendet wird, muß sie zur Karikatur werden, wird sie die Partei nicht bolschewisieren, sondern zersetzen.

Ich habe auf einige Unterschiede verwiesen, Unterschiede nicht in der politischen Linie, sondern in der Art der Durchführung dieser Linie, in den Methoden.

Unsere Versicherung, daß wir nur mit den Methoden, mit der Art der Durchführung der politischen Linie nicht einverstanden sind, wird als geringfügig, als lächerlich hingestellt. Ich will mich nicht mit dem Argument beschäftigen, daß wir gewisse Methoden und Arten der Durchführung der Politik angeblich nur deshalb kritisieren, um damit in verlogener Weise diese Politik überhaupt abzulehnen. Ich spreche nicht mit Menschen, die mir nicht glauben, mit solchen ist eine Polemik zwecklos. Ich möchte nur die Frage vorlegen für die, die den Kampf um die Art der Durchführung und die Methode als eine lächerliche darstellen. Führt die politische Linie, die angenommene Taktik allein zum Ziele, und ist die Art der Durchführung einfach eine Nebensache? Ich glaube, durch eine schlechte Art der Durchführung kann die beste politische Linie versaut und zur Karikatur werden.

Einige von unseren Genossen haben die große Sünde begangen, hier auch von den Methoden der Exekutive und ihrer Vertreter zu sprechen. Das wird hier so aufgenommen, wie wenn es das schlimmste wäre. Ich erinnere mich da an das bekannte Wort des preußischen Polizeikommissars, der in einer Versammlung sagte: „Über Thema darf nicht gesprochen werden.“ Also über Methode soll nicht gesprochen werden. Ich glaube, daß das unser gutes Recht und eine ernste Frage ist, wie weit die rein organisatorische Einwirkung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale auf die einzelnen Parteien gehen kann. Wie weit kann die Beeinflussung in der Wahl der ZK der einzelnen Parteien durch die Exekutive gehen und wie weit kann der organisatorische Zentralismus, der sich bis zu solchen Fragen erstreckt, seitens der Exekutive in der Komintern durchgeführt werden? Ich glaube, es muß auch gestattet sein, über diese Frage zu diskutieren. Meine Meinung ist die, daß

es für die Exekutive gefährlich ist, wenn sie in ihrer Beeinflussung so weit geht. Selbstverständlich, so kindisch ist das nicht, wie Genossin Ruth Fischer es hingestellt hat, daß Genosse Manuilski vielleicht mit dem Revolver in der Hand aufgetreten sei und uns gezwungen habe. Wir sind auch keine solchen Feiglinge, daß wir uns fürchteten, weil er eine Diskussion ankündigte. Die Genossen Muna oder Zapotocky, die darüber sprachen, sagten, daß Genosse Manuilski erklärt habe — und Genosse Formanek wird das bestätigen müssen —, daß, falls das Zentralkomitee nicht so gewählt würde, wie er vorschlägt, mit einer linken Mehrheit, dies den Kampf, die Kampfansage an die Kommunistische Internationale bedeuten würde. Genossin Fischer, Sie haben ja Erfahrung im Kampf gegen die Kommunistische Internationale, Sie werden auch wissen, was das heißt. Ich glaube, man kann es deuten, wie man will, nur kann man es nicht als Feigheit bezeichnen, wenn wir uns gesagt haben, wir wollen nicht eine Entscheidung treffen, die den Kampf mit der Kommunistischen Internationale bedeutet — und deshalb zurückgetreten sind, die Forderungen des Genossen Manuilski angenommen haben. Ich glaube aber, daß darin auch aus einem anderen Grunde eine Gefahr liegt, daß damit der Exekutive eine zu große Verantwortung auferlegt wird für Dinge, die sie nicht genügend beeinflussen kann. Wenn Genosse Manuilski so weit geht, sich auf Grund irgendwelcher Vorschläge auf bestimmte Personen zu versteifen, was bedeutet das? Er kann sich nicht in wenigen Tagen davon überzeugen, welche Personen das genügende politische Vertrauen für die Leitung der Partei genießen, das ist ganz unmöglich, und wenn er noch viel gescheiter wäre, als er ist. Wenn er aber in dieser Weise auftritt, so bedeutet das, daß die Exekutive die Verantwortung für diese Personen übernimmt, und wenn dann diese Personen versagen, so wird damit die Autorität der Exekutive geschädigt und auch die Autorität der Kommunistischen Internationale in den Augen derjenigen, die das sehen. Ich gebe das zur Erwägung.

Noch ein Wort über die Brüner Genossen. Genosse Sinowjew hat hier einige Dummheiten der Brüner Genossen vorgelesen.

Ich will das hier vorbringen, weil es sich nicht lohnt, im Plenum darüber zu sprechen. Nun, wir werden in den Artikeln manch anderer Genossen solche Selbstverständlichkeiten finden, auch die Selbstverständlichkeit von dem General ohne Armee. Wenn Genosse Sinowjew diese Dinge anführte, so muß er dabei auch berücksichtigen, gegen wen diese Polemik gerichtet ist. Sie ist eine Antwort auf sehr viele linke Dummheiten, die von Vlada Burian und anderen zusammengeschrieben wurden.

Wenn man z. B. glaubt und unsere Linken dementsprechend handeln, daß, wenn man einen anderen General irgendwo hinsetzt, man auch eine andere Armee hat, so ist das Wort vom General ohne Armee nicht immer eine Selbstverständlichkeit, und der Satz von der Revolution und den eingeschlagenen Fensterscheiben ist zu verstehen, wenn von sogenannten Linken eingeschlagene Fensterscheiben als Revolution hingestellt wurden.

Es ist hier vom Genossen Neurath der Antrag gestellt worden, Ausschließungen von Brüner Genossen vorzunehmen. Wir sind einverstanden mit jedem Tadel, der den Brünnern wegen ihres Disziplinbruches ausgesprochen wird, aber es ist unmöglich, mit Ausschließungen gegen die Brüner Genossen vorzugehen. Wir warnen Sie, Sie werden die Krise damit nicht überwinden,

sondern Sie werden den Anstoß dazu geben, daß unsere Partei zerschlagen wird. Ich mache in allem Ernst auf diese Situation aufmerksam.

Über den Smeralismus ist hier schon soviel gesprochen worden, und wer die Reden besonders von unseren sogenannten Linken liest, sieht, daß sie ohne den Smeralismus nicht leben könnten, daß sie ihn notwendig brauchen. Für alles, was in der Partei nicht so geht, wie es soll, hat man im Smeralismus immer eine herrliche Ausrede. Wenn irgendeine Aktion nicht klappt, wenn der organisatorische Umbau nicht richtig vor sich geht, liegt die Schuld im Smeralismus. Ich sage nur soviel: Wenn dieses Spiel mit dem Smeralismus so weitergetrieben wird, muß unsere Partei darunter leiden. Wenn es richtig ist, daß der Smeralismus sowohl für die Partei wie für die Internationale etwas Gefährliches ist, das nicht hineingehört, dann, Genossen, haben Sie bitte den Mut, das zu sagen und die Konsequenzen daraus zu ziehen. Aber wählen Sie nicht Smeral in den Generalstab der KI, und stellen sie ihn andererseits nicht als ein gefährliches Hindernis für die ganze kommunistische Bewegung in der Tschechoslowakei hin. Darin liegt ein krasser Widerspruch. Wenn Sie eine Zeitlang damit argumentieren, so geht das; aber wenn das auf die Dauer so weitergeht, wenn das ununterbrochen auf der Tagesordnung steht, macht sich die Partei damit lächerlich, wird sie nicht mehr ernst genommen. Entweder fürchten Sie sich, den Smeralismus auszumerzen, mit ihm Schluß zu machen, weil Sie wissen, daß die Partei einen Hinauswurf Smerals nicht vertragen würde, oder aber es ist nur ein taktisches Manöver, damit Sie sich ein billiges Argument für alle künftigen Zeiten sichern können.

Wir werden Ihnen auch keine Antwort geben auf diese ununterbrochene Hetze, daß wir Heuchler und Lügner seien, verkappte Feinde der Internationale, die hier alle Beschlüsse akzeptieren, um sie dann zu sabotieren. Ist dem so, dann habt den Mut, uns hinauszuerwerfen. Wenn Sie nicht die Konsequenzen aus dieser Hetze ziehen, beweisen Sie nur, daß Sie Ihre eigene Argumentation nicht ernst nehmen.

CACHIN: Die Anschuldigungen, die heute in der Tschechoslowakei von der einen wie von der anderen Seite erhoben werden — wir haben sie seinerzeit fast Wort für Wort in unserer eigenen Partei gehört. Aus diesem Grunde glaube ich heute, wo wir die Ergebnisse der Lösung, die damals die KI für Frankreich herbeiführte, aus der Perspektive zweier inzwischen vergangener Jahre betrachten können, das Recht zu haben, Ihnen zu sagen: Unsere Partei hat heute ihre Krise überwunden, und ich würde diejenigen beklagen, die es nicht verstehen, die Lehren, die die Ereignisse in Frankreich ihnen geben, die Erfahrungen, die wir durchmachten, sich zunutze zu machen. Auch wir bildeten damals das Zentrum, wir bildeten numerisch die Mehrheit der Partei, und die KI verlangte von uns, wie von euch, der Linken eine ausschlaggebende Stellung einzuräumen. In jenem Augenblick brachten wir dagegen dieselben Argumente vor, die heute ihr gebraucht: wir sagten, daß das einen Verstoß gegen die Demokratie, gegen den demokratischen Willen des Proletariats bedeute: und wir sagten, daß es nicht recht sei, daß die Linke nur schwach wäre. Ich werde nicht auf alle die Argumente zurückkommen, die hier angeführt worden sind. Tatsache ist, daß wir uns nach heftigen, ja zuzeiten brutalen Auseinandersetzungen in kameradschaftlicher, loyaler Weise gebeugt haben; daß wir die Entscheidung der Internationale annahmen und mit unseren Genossen von der Linken zu freundschaftlicher Zusammenarbeit kamen. Heute, nach

zwei Jahren, ist diese Zusammenarbeit zum größten Vorteil unserer Partei wie der Internationale die denkbar engste. Genossen, ich hatte mir vor einigen Tagen gestattet, den Genossen Kreibich um gewisse nähere Erklärungen über die Rolle der Parlamentsfraktion zu bitten. Ich auch — Genosse Kreibich, Genosse Smerall — gehöre zu den alten Parlamentariern. Das bedeutet in den Augen gewisser Genossen zwei Brandmale, aber ich ertrage sie leicht, denn daneben bin und bleibe ich ein überzeugter Anhänger der Kommunistischen Internationale, der sich jeden Tag bemüht, deren Taktik und Theorie besser zu verstehen. Jawohl, ich bin ein alter Parlamentarier; ich weiß, was man in dieser Umgebung riskiert; ich kenne die Kontakte, denen wir dort ausgesetzt sind, kenne die Gefahren, die man dort läuft, und kenne auch die Heilmittel gegen sie. Das Heilmittel besteht darin, Tag für Tag die engste Fühlung mit der Arbeiterschaft, mit den Parteiorganen aufrechtzuerhalten. Deshalb steht unsere Parlamentsfraktion heute nicht nur in enger Verbindung mit dem politischen Bureau der Partei, sondern sie arbeitet vollkommen mit ihm Hand in Hand. Sobald das politische Bureau ein Eingreifen unsererseits für erforderlich hält, fügen wir uns sofort und vorbehaltlos. Darüber hinaus befragen wir in jedem Falle unsere Genossen vom politischen Bureau als berufene Wortführer der Partei um ihre Meinung und regeln im Einvernehmen mit ihnen unser Auftreten im Parlament. Hand in Hand mit ihnen ist es, daß Cachin, Doriot, Vaillant-Couturier und die andern Mitglieder der Parlamentsfraktion ihre Maßnahmen durchführen; alle Genossen arbeiten im engsten und vollkommensten Einvernehmen, und wir sind durchaus nicht der Ansicht, daß dadurch das Ansehen der Parlamentsfraktion leide. Ganz im Gegenteil: Wir fühlen uns dadurch gestärkt, der Bourgeoisie gegenüber bedeutet es für uns eine verdoppelte Kraft, wenn wir fühlen, daß wir nicht nur im Namen der Parlamentsfraktion, eines von der Partei losgelösten und isolierten Organs, sondern im Namen der Gesamtpartei sprechen. Ja, diese Zusammenarbeit geht noch weiter: Jeder einzelne von uns betrachtet sich nicht als Abgeordneter im bürgerlichen Parlament, sondern als ständiger Abgesandter der Partei in demselben, als Funktionär der Partei, der dem Parteiapparat angehört, und der sich den Anordnungen des politischen Bureaus absolut zu fügen hat. Im übrigen sind die Genossen des politischen Bureaus von ihrer Verantwortung genügend durchdrungen, um von uns nichts Unmögliches zu verlangen. Sie sind nur mehr und direkter wie die Gesamtheit der Parlamentsfraktion auf dem richtigen Wege, weil sie in direktem, unmittelbarem Kontakt mit der Arbeiterklasse selbst stehen. In bezug auf diese Tatsache bin ich bei eurer Rechten auf gewisse Vorbehalte gestoßen. Die Parlamentsfraktion kann sicherlich eine große und nützliche Rolle spielen, aber das ist nur möglich, wenn sie in jeder Hinsicht voll und ganz einen Bestandteil des Parteiapparates bildet.

Genossen, ich will euch keine Lehren geben, ich möchte euch nur unsere Erfahrungen unterbreiten. Als wir damals vor dem Ende unserer Krise hierherkamen, um uns dem einzigen Tribunal in der Welt, das wir anerkennen, dem Tribunal unserer Genossen von der Kommunistischen Internationale, zu unterwerfen, da haben wir die Bedingungen angenommen, die man uns stellte. Es ist wahr, es waren darunter einige, die die Eigenliebe gewisser Genossen verletzten, die sogar gewisse gerechtfertigte Empfindlichkeiten erregten. Demgegenüber bildeten sich unter unseren Genossen zwei

verschiedene Lager; die einen sagten: Meine Eigenliebe, mein persönlicher Wert gestatten es mir nicht, einzugestehen, daß ich mich irrte. Ich verlasse also diese Partei. Sie sind von uns gegangen. Ich will nicht hart gegen sie sein, aber die Tatsache der Haltung, die sie heute gegenüber der Partei und der Arbeiterklasse einnehmen, die Rolle von Lakaien der Bourgeoisie, die sie heute spielen, hat sie von Stufe zu Stufe bis in einen Abgrund geführt, den ich niemandem der hier Anwesenden wünsche. Wir anderen haben uns den Beschlüssen der Internationale, ich möchte sagen, leichten Herzens, gefügt, mit der Gewißheit, auf diese Weise auf dem rechten Wege zu bleiben, und mit dem festen Vertrauen auf die Zukunft.

In diesem Augenblick, mitten in dem großen Klassenkampf, der die ganze Welt erschüttert, finden wir einzig und allein hier eine klare, entschiedene, manchmal vielleicht brutale Stellungnahme. Aber diese Brutalität ist notwendig, um uns zu jenen Pflichten zurückzuführen, die wir manchmal infolge der Umgebung, in der wir uns bewegen, zu vergessen geneigt sind.

Noch einmal, Genossen: Seht, wohin die gerieten, die uns verlassen haben, und ihr werdet sehen, wie sehr wir im Rechte waren. Das, was wir in Frankreich getan haben, wir fordern von euch, daß ihr es heute eurerseits tut. Ich fordere es von der Rechten; ich fordere auch von der Linken, daß sie in gewisser Hinsicht ihre heutige Haltung ändert, daß sie begreift: in der heutigen Stunde darf man den Genossen gegenüber, die offen und loyal die Linie der Internationale annehmen, nicht auf die Vergangenheit und auf die Personen sehen. Man muß in kameradschaftlicher Weise ihre Mitarbeit annehmen. Nur unter dieser Bedingung wird die moralische, die taktische und die ideologische Einheit sich allmählich verstärken. Beugt euch alle dem Beschluß der Internationale, beugt euch im Interesse eurer großen Partei, die in eurem Lande eine so bedeutsame Rolle spielt und berufen ist, in Zukunft eine noch größere zu spielen, wenn ihr alle euch hier fügt, wie eure Pflicht es verlangt. Wir sind immer stolz auf die tschechoslowakische Partei, auf die große Zahl ihrer Anhänger, auf die Fähigkeiten ihrer führenden Genossen gewesen. Wir möchten stolz auf sie bleiben, und die KI wird auch morgen stolz auf sie sein, wenn ihr, die einen wie die andern, eure Pflicht zu erfüllen versteht, wenn Ihr Euch den Beschlüssen des höchsten Tribunals des Weltproletariats beugt!

- SINOWJEW: Genossen! Ich bin mit dem Genossen Smeral einverstanden, der in seiner Rede sagte, die tschechische Frage sei eine Warnung für die ganze Internationale. Die Frage ist nur, worin diese Warnung besteht, welche positiven und negativen Seiten das tschechische Problem gezeigt hat. Die tschechische Partei allein ist schon ein Faktor von solchem Gewicht, daß wir allen Grund haben, uns um das Schicksal dieser Partei besonders zu kümmern. Es ist aber auch richtig, daß der tschechischen Frage auch vom internationalen Standpunkt aus eine sehr große Bedeutung zukommt, und wir aufmerksam zu prüfen haben, welche Warnung der tschechische Fall für die Kommunistische Internationale enthält.

Schon rein äußerlich besehen, zeigen alle Erscheinungen der jetzigen Krise in der KPTsch deutlich, daß es sich hier um tiefgehende politische Differenzen handeln muß. Solche Vorkommnisse kann man nicht einfach auf Personalfragen zurückführen. Die Wurzeln müssen tiefen liegen. Worin bestehen nun diese politischen Unterschiede? Das ist die Hauptfrage. Ge-

nosse Kreibich sprach gestern über „Smeralismus“. Er machte sich über dieses Wort lustig und fragte erstaunt, was denn dieser Smeralismus eigentlich sei. Es handelt sich beim Smeralismus um jene Einstellung Smerals verschiedenen Fragen gegenüber, die von der Linie der Komintern abweicht. Das nennen wir Smeralismus. Wünschen Sie eine allgemeinere Bezeichnung, so nennen Sie es Opportunismus! Wir wollen, daß Smeral zur allgemeinen Linie der Kommunistischen Internationale kommt. Genosse Kreibich dagegen scheint zu wollen, die Komintern solle zur Linie Smerals kommen.

Der „Smeralismus“ existiert und muß geprüft werden. Die Rede des Genossen Smeral war meines Erachtens eine Panikrede. Er sagt, es würde ja jetzt anerkannt, daß in der Tschechoslowakei überhaupt keine unmittelbar revolutionäre Situation bestehe. Und welche Schlüsse zieht er daraus? Seine Stimmung ist uns ganz klar. Er sagt, die Arbeiterschaft sei von einer psychologischen, einer geistigen Krise ergriffen, die Nerven seien zerrüttet usw. Aber, Genossen, die Tatsache, daß Zehntausende von Arbeitern auf die Straße gegangen sind, ist doch auch vorhanden. Nicht vor 10 Jahren, sondern vor wenigen Tagen erst haben zehntausende tschechische Arbeiter auf der Straße gegen die Teuerung demonstriert. Das übersieht Genosse Smeral. Es mag wohl sein, daß unter den Intellektuellen, die gehofft hatten, in zwei Monaten mit der Bourgeoisie fertig zu werden, jetzt ein gewisser Katzenjammer herrscht. Ja, es mag sogar sein, daß auch einige Arbeiter unter den Einfluß einer solchen Katzenjammerstimmung geraten sind. Daß aber die tschechische Arbeiterklasse, deren starke wie schwache Seiten wir alle kennen, daß sie, die weder hinter der Arbeiterschaft Frankreichs noch der Deutschlands noch der anderer Länder zurücksteht, sich in einer geistigen Krise befinden soll, ist unmöglich. Wir kennen die Arbeiterschaft der Tschechoslowakei nicht weniger als das Proletariat anderer Länder und wissen, daß der Durchschnittsarbeiter jetzt keine tiefe geistige Krisis durchmacht. Die gegenteilige Behauptung ist nicht nur eine hundertprozentige, sondern tausendprozentige Übertreibung. Entweder hat sich Genosse Smeral einschüchtern lassen, oder aber er wollte uns einschüchtern.

In einem Lande wie die Tschechoslowakei sind Klassenkämpfe unvermeidlich. Was bedeutet die gegenwärtige teilweise Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft? Selbst der größte, sei es bürgerliche, sei es sozialdemokratische Optimist vermag bestenfalls zu erklären, der heutige Kapitalismus sei ebenso stabil wie der Kapitalismus der Vorkriegszeit. Das wäre das höchste, was man sagen könnte. Aber selbst das ist absolut unwahr. Denn jedermann versteht, daß der Weltkrieg keine bloße Episode war, sondern ein Ereignis, das den Kapitalismus in seinen Grundfesten erschüttert hat. Aber selbst angenommen, wenn auch nicht zugegeben, der Kapitalismus sei heute so stabil wie vor dem Kriege, taucht da nicht sofort die Frage auf: Was war denn vor dem Kriege? Ging der Kapitalismus der Vorkriegszeit nicht dauernd mit Kriegen schwanger? Herrschten nicht die heftigsten Klassenkämpfe, die mit jedem Jahre, zuletzt mit jedem Monat an Schärfe zunahmen? Lebten wir denn vor dem Kriege in einem Paradies? Erfreuten wir uns etwa der Idylle eines Burgfriedens? Reifte denn nicht schon damals im Schoße der II. Internationale die III. Internationale heran?

Was ist das für eine Mentalität, Genossen, die uns hier entgegentritt? Man stelle sich doch einmal vor, was man uns hier prophezeit: eine Pause auf Jahre

hinaus, während der geistige, psychologische und moralische Krisen allgemeine Depression erzeugen, der Ssanimismus herrscht und der Klassenkampf ruht. Mit einer solchen Einstellung, einer solchen Mentalität kann man das Proletariat allerdings nicht führen. Der Klassenkampf ist nicht nur unvermeidlich, sondern auch wirklich da! Wir verfolgen ihn tagaus, tagein und sehen ihn in den verschiedensten Ländern immer wieder die Form einzelner Episoden des Bürgerkrieges annehmen. Und da will man von uns allen Ernstes verlangen, wir sollten die Frage erörtern, ob nicht eine geistige „Zersetzung“ die Arbeiterschaft beherrsche! Die Einstellung Smerals ist absolut falsch und ein Beweis ungenügender politischer Einsicht.

Genosse Smeral sagt weiter, daß wir, da es jetzt keine direkt revolutionäre Situation gäbe, einer „delikatsten“ Taktik bedürften. Delikate Situation — delikate Taktik, lautet seine These. Er verlangt eine sehr feine, sehr vorsichtige Taktik. Nun, Genossen, dagegen haben wir nichts einzuwenden. In der Tat: Warum sollten wir auch nicht eine delikate Taktik anwenden? Sie soll ja fein, d. h. nicht vulgarisiert sein. Genosse Lenin z. B. hat in der Zeit zwischen den beiden Revolutionen von 1905 und 1917 eine durchaus delikate, sehr differenzierte, sehr feine Taktik befolgt. Worin bestand nun diese Taktik? Etwa darin, daß er erklärt hätte: Die Depression ist da, wir sind verloren? Mitnichten, Genossen. Lenin hat die wirkliche Depressionsstimmung, die es in einem gewissen Milieu von Intellektuellen gegeben hat, ausgelacht, ja geradezu ausgepiffen, gleichzeitig aber legal und illegal alle Kräfte der Arbeiterklasse zur Vorbereitung der Revolution zusammengefaßt und geschult. Man soll jedoch eines nicht vergessen: In Rußland hatten wir nach der Niederlage von 1905 eine Periode der Nachrevolutionszeit. Die Revolution war niedergeschlagen worden, das Proletariat wälzte sich in seinem Blute, die Bauernschaft marschierte gegen die Arbeiterklasse auf. Es war eine ebensogroße Niederlage, wie die des Jahres 1871. Eine solche Niederlage mußte natürlich die Massen der Arbeiterschaft stark erschüttern. Gibt es denn aber heute in Europa und gar in der Tschechoslowakei etwas Ähnliches? Nicht im entferntesten! Wo waren in der Tschechoslowakei Aufstände, die blutig zusammengebrochen wären, die man vergleichen könnte mit allen Niederlagen der Jahre 1871 und 1905? Keine Spur von alledem. Wir hatten geglaubt, wir würden unser revolutionäres Ziel schnell erreichen. Es ist aber anders. Die Revolution, der Sieg blieben aus. Allmählich aber beginnen die Muskeln der Arbeiterklasse und der kommunistischen Parteien wieder zu erstarken. Wir haben in der Tschechoslowakei keine niedergeschlagene Revolution durchgemacht. Was bedeutete faktisch die Niederlage der Pariser Kommune von 1871? Sie bedeutete, daß es in Paris so gut wie keine Arbeiterfamilie gab, die bei den Kommunekämpfen nicht irgendein Glied der Familie verloren hätte. Dieser Schlag hatte eine psychologische Krise, eine Depression in der Arbeiterklasse zur Folge, die beinahe 10 Jahre anhielt. Das gleiche erlebten wir in Rußland nach dem Jahre 1905, das große, zum Teil gewaltige Kämpfe in Moskau, Petersburg, Sibirien usw. gesehen hatte. Auch bei uns gab es nur wenige Arbeiterfamilien, die nicht den Verlust des Vaters oder von Söhnen beweint hätten. Es war eben ein wirklich revolutionärer Massenkampf, der eine jahrelange Krise innerhalb der Arbeiterschaft zur Folge hatte.

Und in der Tschechoslowakei anno 1925? Keine Arbeiterfamilie hat in

revolutionären Kämpfen Menschenverluste erlitten. Im imperialistischen Kriege — ja, da haben die Arbeiterfamilien ungeheure Verluste erlitten, aber das erhöht nur ihren Haß gegen die Bourgeoisie, ist nur Wasser auf unsere Mühle. Aber sie haben keine Verluste in revolutionären Kämpfen erlitten. Woher also diese „tiefe, alles beherrschende Krise“ im tschechischen Proletariat, von der uns hier Genosse Smeral so bewegte Schilderungen gibt? Eine so pessimistische Einschätzung der Stimmung der Massen, wie sie Smeral gab, ist gänzlich unbegründet. Als ob es sich um eine Stimmung, wie die in Paris 1871 handeln würde, und man, wie in Frankreich von der Zeit der Niederschlagung der Kommune bis zum ersten Sozialistenkongreß, 10 Jahre warten müßte, bis wieder ein Aufschwung käme!

Wer denkt an dergleichen? Aber auch die internationale Lage ist heute eine ganz andere. Sie ist für die Arbeiterklasse heute viel günstiger. Das internationale Proletariat hat eine Kommunistische Internationale und in einem Lande eine Sowjetmacht, die allen Arbeitern der Welt Mut einflößt. Wir sehen in den Nachbarländern der Tschechoslowakei eine wachsende Arbeiterbewegung usw. Ist denn die Tschechoslowakei eine Toteninsel, mit lauter niedergeschlagenen Arbeitermassen ringsherum, die alle dahinsiechen? Nicht im geringsten! Die KPTsch ist eine kämpfende Partei, die wohl fühlt, daß auch in Deutschland die Arbeiterklasse kämpft, und daß die Macht des Proletariats in Frankreich und England ständig wächst. Ich glaube daher, daß Smeral die Schwierigkeiten erheblich überschätzt, wenn er von einer tiefgehenden Krise, die eine die gesamte Arbeiterschaft umfassende geistige Krise darstellen soll, spricht. Das entspricht keineswegs der Wirklichkeit. Es handelt sich um Schwierigkeiten, die die Arbeiterklasse und unsere Partei sehr wohl überwinden werden, sofern nur wir selbst, wir Parteiführer, den Mut nicht verlieren und den Massen unerschrocken vorangehen.

Gerade in solchen Phasen der Entwicklung, in denen Teile der Arbeiterklasse zu schwanken beginnen, gewinnt die Partei erhöhte Bedeutung. Das unterliegt keinem Zweifel. Gerade darum muß sich die Partei ihrer Rolle als Avantgarde in erhöhtem Maße bewußt sein. Die überragende Führerrolle unserer russischen Partei hat sich, glaube ich, weniger ausgeprägt im Augenblick des Oktoberumsturzes von 1917 gezeigt, wo die überwältigende Mehrheit der Massen uns folgte, als in den Kronstadtmonaten von 1921, wo erhebliche Massen des Proletariats geschwankt hatten, und wir für eine kurze Zeitspanne möglicherweise sogar in der Minderheit geblieben waren. Wir hatten kein Brot, und der Bürgerkrieg schien kein Ende nehmen zu wollen. Damals begann ein Teil der Massen zu schwanken. Da erst offenbarte sich die unermessliche Bedeutung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei. Und wenn wir in der nächsten Zeit gewahr würden, daß Teile der Arbeiterklasse Europas zu schwanken beginnen, wenn wir das insbesondere auch in der Tschechoslowakei sehen sollten, so brauchen wir Parteiführer uns deswegen noch lange nicht in Diskussionen über die geistige „Zersetzung“ des Proletariats einzulassen und gleich überall geistige Krisen zu wittern, sondern müssen es lernen, diejenigen, die vorübergehend ins Schwanken geraten, zu stählen und mit uns zu reißen.

Die Taktik Lenins in der Zeit zwischen den beiden Revolutionen von 1905 und 1917 war nicht vulgär oder simpel. Lenin hatte es verstanden, ultra-linke Abweichungen zu bekämpfen, gleichzeitig aber den Hauptschlag gegen

die Rechten zu führen. Dabei war die Lage der russischen Partei damals denn doch noch eine etwas schwierigere als die der KPTsch heute, Genosse Smeral. Die russische Partei war damals illegal, während ihr in der Tschechoslowakei eine legale Massenpartei seid. Feine Taktik, delikate Taktik, gewiß. Worin aber besteht diese Taktik in der konkreten Phase zwischen zwei Revolutionen? Darin, eventuell in Erscheinung tretende ultralinke Tendenzen zu bekämpfen, gleichzeitig aber den Hauptschlag gegen die Rechten zu führen, die Massen also zu revolutionieren, nicht aber zu derevolutionieren. Um so gründlicher ist die Panik und Depressionsstimmung Smerals. Und es kann kein Zweifel darüber auftauchen, daß sie schädlich und gefährlich ist. Diese Depressionsstimmung bedeutet den Bruch mit der Partei unter dem Vorwande von Gesprächen über die Massenpartei.

Ich fragte einen tschechischen Genossen, was er von meinem Bericht halte. Er antwortete, alles sei gut, nur eines fehle: Ausführungen über die Massenpartei. Ich habe mich in meinem Referat speziell über die Massenpartei in der Tat nicht ausgelassen, doch glaube ich, daß das, was ich über England, die Gewerkschaftsbewegung und die Einheitstaktik gesagt habe, doch schließlich nur eine Umschreibung der Frage der Massenpartei und ihre Taktik ist. Zudem existieren in der Frage Massenpartei oder Sekte keinerlei wirkliche Differenzen. Wir sind Anhänger der Massenpartei und werden eine solche aufbauen. Nur muß ich gestehen, daß ich Genossen gegenüber, die nichts als das Fehlen der Massenpartei sehen und immer nur von der Massenpartei sprechen, einiges Mißtrauen empfinde. Ich kann mich momentan nicht erinnern, ob alle großen und kleinen „Toten“, die uns verlassen haben, von diesem Punkte ausgegangen sind, ein großer Teil aber sicher. Auch diese Leute haben uns verdächtigt, der Bildung einer Massenpartei aus dem Wege gehen zu wollen. Ich bitte die tschechischen Genossen, sich dessen zu erinnern, was Lenin auf dem 3. Kongreß sagte, als uns die Ultralinken kritisierten. Lenin sagte damals: Nicht immer kann man die Hauptmasse der Arbeiterschaft innerhalb der Parteien haben. Es handelt sich aber darum, daß wir in illegalen Perioden eine Partei der Masse bleiben, eine Partei, die die Interessen der Massen vertritt und deren Gefühlen Ausdruck zu verleihen versteht. Es kann in einzelnen Ländern sehr wohl eine Lage eintreten, in der wir keine großen Massen der Arbeiter in unseren Reihen aufweisen. Doch, wie gesagt, in der Frage der Massenpartei haben wir in der KPTsch keine Meinungsunterschiede. Wir werden auch in der Tschechoslowakei weiter dafür kämpfen, daß wir eine Massenpartei werden. Wir wollen keine Sekte. Genosse Smeral meinte, bei der Gründung der Partei hätten wir 300 000 Mitglieder gehabt, während wir heute nur noch 100 000 zählten; 200 000 habe man verloren. Solche Tatsachen sind wichtig. Man darf sie nicht übersehen. Wir beobachten das Zurückfluten eines Teiles der Arbeiterschaft. Dasselbe sehen wir auch in anderen Parteien. Wir haben von der USPD beinahe eine halbe Million Mitglieder erhalten, später aber einen Teil wieder verloren. Dieses Fluktuieren in der quantitativen Stärke ist ein sehr interessantes Problem. Darf man aber sagen, wir seien in der Zeit, da wir 300 000 Mitglieder zählten, stärker gewesen als jetzt? Ich glaube nein. Wir hatten doch auch viele Mitläufer aus den Reihen der Arbeiterklasse, die später zurückgeblieben sind. Aber gerade darin äußert sich ja die Stärke und Bedeutung der Partei, daß sie in Zeiten, wenn größere Massen sie ver-

lassen, in ihrem Kern und ihren Prinzipien unerschüttert bleibt. Diese Unstetigkeit ist ja gerade der Fluch der Arbeiterklasse. Wäre sie einheitlich, hielte sie immer zusammen, wir hätten schon längst gesiegt. Wir müssen die Rolle der Partei innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verstehen lernen. Wir werden uns ja auch fernerhin auf Kosten irgendwelcher Gruppen und Parteien weiterentwickeln. In erster Linie wohl auf Kosten der Sozialdemokratischen Partei. Wenn wir die Sozialdemokratie schlagen, werden wir zweifellos neue Gruppen gewinnen.

Noch etwas zur nationalen Frage. Genossen, wir sind uns alle klar, daß die Bourgeoisie und Sozialdemokratie nur darauf warten, bei uns nationale Momente gegeneinander ausgespielt zu sehen. Sie kommen aber hier ganz klar zum Ausdruck. Man will die Tschechen gegen die anderen Nationalitäten ausspielen. Der Kern der Partei besteht aus den Tschechen. Sie sind zahlenmäßig in der Mehrheit, und sie sind nicht der schlechteste Teil der Partei. Dieser tschechische Teil ist jedoch der politisch zufriedener von beiden. Das hat manche Nachteile. Welche Pflichten sollte sich nun dieser tschechische Teil von selbst auferlegen? Dieselben Pflichten, die z. B. die Engländer den Irländern gegenüber zu erfüllen haben. Ich will damit nicht etwa sagen, daß wir es in beiden Fällen mit derselben Lage zu tun hätten. Dennoch darf eine gewisse Parallele doch gezogen werden. Die englische Arbeiterklasse ist die Arbeiterklasse des herrschenden Teiles der Nation. Genosse Lenin sagte, daß der Teil der Arbeiterklasse, der zur herrschenden Nation gehört, spezielle Pflichten zu erfüllen und die internationale Solidarität ganz besonders hochzuhalten hat. In dem Augenblick, wo die Sozialdemokratie und Bourgeoisie politische Brunnenvergiftung betreiben, um nationale Differenzen im Proletariat zu ihren eigenen Gunsten auszuschlachten, muß sich jeder tschechische Arbeiter sagen: In diese Falle gehe ich nicht, sondern ich werde meinen Brüdern anderer Nationalität gegenüber besonders vorsichtig sein und meine internationalen Pflichten doppelt erfüllen.

Ich resümiere, Genossen. Zunächst in internationaler Beziehung. Wovon warnt uns das tschechische Beispiel? Die Reden Kreibichs und Smerals warnen uns, aus der gegenwärtigen internationalen Lage und den Stabilisierungserscheinungen überhaupt Schlußfolgerungen in opportunistischem Sinne zu ziehen. Gibt es doch tatsächlich Genossen, die sagen: Wenn es keine unmittelbar revolutionäre Situation mehr gibt, so laß alle Hoffnung fahren. Das ist ein gefährlicher Irrtum!

In nationaler Hinsicht sehen wir, was wir immer gewußt hatten, daß die kommunistischen Arbeitermassen der Tschechoslowakei ein gesundes, willensstarkes Proletariat repräsentieren, das der Kommunistischen Internationale gegenüber eine durchaus richtige Einstellung hat. Man hat uns hier in maskierter Form mit Spaltung gedroht. Genosse Kreibich, wenn Sie uns jetzt mit einer Spaltung drohen, so ist das, um mich einer russischen Redewendung zu bedienen, Senf nach der Mahlzeit. Die Elemente unter Ihnen, die mit einer solchen Idee kokettieren, haben den Augenblick bereits verpaßt. Vielleicht hätten sie vor einigen Monaten die Spaltung noch durchsetzen können. Zwar hättet ihr euch auch damals politisch das Genick gebrochen. Immerhin — machen hätten sie es können. Heute aber ist der Termin verpaßt. Die tschechische Arbeiterschaft will die Einheit.

B. BOSCHKOWITSCH: DIE LAGE IN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI JUGOSLAWIENS

Auf dem Boden agrar-feudaler Beziehungen und nationaler Gegensätze sowie auf dem Boden der nach dem langwierigen Kriege ausgebrochenen ökonomischen Krise entstand in Jugoslawien eine für die Entwicklung der revolutionären Bewegung besonders günstige Situation. Eben dadurch läßt es sich erklären, daß trotz schwacher Entwicklung des Kapitalismus und trotz Fehlens eines bedeutenden Industrieproletariats die Kommunistische Partei in diesem Lande nach dem Weltkriege eine ungeheure Bedeutung gewann. Die KPJ war eine der ersten Parteien, die sich der Komintern anschloß. Sie war in den Jahren 1919—1920 eine Massenpartei, zählte etwa 70 000 Mitglieder, erlangte bei den Wahlen der Stadtparlamente eine absolute Mehrheit in den größten Städten, vereinigte auf sich bei den Wahlen zur Konstituante etwa 200 000 Wählerstimmen und 59 Abgeordnetensitze. Als aber die serbische Bourgeoisie zum wilden Angriff auf die Kommunistische Partei überging, diese für außerhalb des Gesetzes stehend erklärte, das „Gesetz zum Schutze des Staates“ veröffentlichte und die Partei in die Illegalität trieb, da war es schon klar zu sehen, daß unsere Partei nicht im Geiste des Leninismus aufgebaut war, daß sie zur illegalen Arbeit organisatorisch nicht vorbereitet, daß sie ideologisch nicht bolschewistisch war. 1921 büßte die Kommunistische Partei ihren Einfluß auf breite Massen der Werktätigen ein, sie hörte auf, eine Massenpartei zu sein. Von da ab datiert die bis heute noch nicht völlig beigelegte Krise in der Kommunistischen Partei. Dieser Umstand war es denn auch, der das erweiterte Plenum der Exekutive der Komintern veranlaßte, sich mit der jugoslawischen Frage zu beschäftigen. Zu diesem Zweck wurde eine spezielle Kommission zur endgültigen Lösung der jugoslawischen Frage gebildet.

Entstehung und Charakter der Krise in der KPJ

Um die Entstehung und den Charakter der in der KPJ vorhandenen Krise zu verstehen, muß man vor allem im Auge behalten, daß die KPJ aus den alten sozialdemokratischen Parteien Serbiens und Bosniens, die immer auf dem linken Flügel der II. Internationale gestanden hatten, und aus den in der österreichisch-ungarischen sozialdemokratischen Schule erzogenen sozialdemokratischen Parteien Kroatiens, Sloweniens und der Wojewodina entstand. Nach ihrer Proklamierung als Kommunistische Partei existierte sie legal nur eine kurze Zeit, während der sie es nicht vermochte, die sozialdemokratischen Überreste zu überwinden und in organisatorischer Hinsicht die Verbindung mit den Massen zu befestigen. Von der Regierung in die Illegalität getrieben, erwies sich die Kommunistische Partei zur illegalen

Existenz völlig unvorbereitet. Außerdem ging die Partei nicht gleich an ihre Reorganisierung und an die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit unter illegalen Verhältnissen; sie reagierte schwach auf die großserbische Ideologie, deren Einfluß sich auch unter den serbischen Arbeitern verbreitete. Da sie unter dem Einfluß des sozialdemokratischen Erbes stand und keine ausgearbeitete kommunistische Ideologie besaß, stellte sich die KPJ bezüglich der nationalen Frage auf einen falschen Standpunkt, und das gerade in einer Zeit, wo die kroatischen, slowenischen und mazedonischen Massen der Hegemonie der reaktionären serbischen Bourgeoisie immer energischer entgegentraten. Ferner verhielt sich die Partei nicht nur gleichgültig, sondern direkt ablehnend zu der Bauernfrage, die eine so bedeutende Rolle in einem Lande mit 80 Prozent bäuerlicher Bevölkerung spielt.

Auf diese Weise löste sich die KPJ von der breiten Masse der Werktätigen Kroatiens, Sloweniens, Mazedoniens und verlor ihre bisherige Verbindung mit dem größten Teil der Arbeiterklasse; dadurch förderte sie es, daß sich aus den sozialdemokratischen und zentristischen Elementen ein rechter Flügel in der Partei bildete. Auf diesem Boden entstand und entwickelte sich in der KPJ die Krise, deren hauptsächliche Ursachen in den sozialdemokratischen Überresten, in der ideologischen Rückständigkeit der Parteimitglieder und in der Loslösung der Partei von den Massen zu suchen sind.

Im Laufe des Jahres 1924 spitzte sich die Krise der KPJ besonders zu und nahm den Charakter sehr wesentlicher prinzipieller und taktischer Differenzen an. Diese Meinungsverschiedenheiten traten zutage in der Bewertung der politischen Lage, im Verhältnis zur nationalen Frage, zur Bauernfrage, zur Frage über die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung und zu den Organisationsfragen der KPJ.

Bewertung der politischen Lage

Die vorübergehende Befestigung der bürgerlichen Macht in den großen kapitalistischen Ländern konnte nicht umhin, auch die politische Lage Jugoslawiens zu beeinflussen. Die Rückkehr der englischen Konservativen zur Macht verstärkte die Reaktion auch in Jugoslawien. An Stelle der „Linksblock“-Regierung trat die groß-serbisch faschistische Regierung Paschitsch—Pribischewitsch. In Anbetracht der Kombination von drei revolutionären Faktoren — der nationalen Bewegung, der Bauern- und der Arbeiterbewegung — und in Anbetracht des ständigen Treibens des Imperialismus auf dem Balkan kann man jedoch sagen, daß die jetzige Lage in Jugoslawien unbeständig ist.

Genosse Sinowjew hat in der jugoslawischen Kommission eine vollkommen richtige Bewertung gegeben.

„Die jetzige Lage der Dinge — erklärte er —, obwohl äußerlich ruhig, scheint uns nicht stabil zu sein. Man kann aber deutlich sehen, daß das Fehlen einer unmittelbaren revolutionären Situation im übrigen Europa auch auf die Lage der Dinge auf dem Balkan einwirkt.“

Die von Sch. Miloikowitsch geführte, die Stimmungen der serbischen Spitzen der Gewerkschaftsbewegung widerspiegelnde rechte Opposition ließ jedoch diese Entwicklungsbesonderheiten der Balkanländer außer acht und

übertrag allzu mechanisch die Bewertung der Lage Westeuropas auch auf den Balkan. Dieser Fehler führte die Opposition der KPJ zu der Schlußfolgerung, daß die Lage in Jugoslawien und auf dem Balkan sich stabilisiert und daß sich die KPJ dementsprechend der neuen Lage anzupassen hat und zurückkehren muß zum „reinen Klassenkampf“ für ökonomische und politische Teilforderungen, für demokratische Reformen.

Die jugoslawische Kommission beim erweiterten Plenum der Exekutive der Komintern erklärte sich hinsichtlich der Bewertung der politischen Lage mit der Opposition nicht einverstanden, lehnte deren liquidatorische Bestrebungen entschieden ab und nahm im großen und ganzen als Grundlage für ihre Bewertung den Standpunkt des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und des Präsidiums der Balkankonföderation ein.

Die nationale Frage

Jugoslawien ist ein aus vielen Nationalitäten zusammengesetzter Staat, wobei die herrschende serbische Nation nur 39 Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt. Auf diesem Boden entstanden unter den serbischen qualifizierten Arbeitern (insbesondere in Belgrad) Voraussetzungen für die Bildung eines rechten Flügels innerhalb der Partei. Die vom 5. Kongreß der Komintern und von der 7. kommunistischen Konferenz des Balkans einstimmig angenommenen klaren und konkreten Beschlüsse in der nationalen Frage stießen daher — bei ihrer Durchführung in der Praxis — auf den Widerstand seitens der Opposition. Besonders spitzte sich der Konflikt zu, als das Presseorgan der roten Gewerkschaften „Organisowany Radnik“ Artikel über die nationale Frage mit ausgesprochen rechter Abweichung zu veröffentlichen begann.

Die Opposition formulierte ihren Standpunkt in der nationalen Frage in einer am 8. Oktober 1924 veröffentlichten Deklaration:

„Es sei hier hervorgehoben, daß die Opposition den Standpunkt vertritt und repräsentiert, daß man der nationalen Frage nicht eine Bedeutung beimessen darf, die die sozialökonomischen und Klasseninteressen in den Hintergrund drängen würde. Die Opposition betont, daß die Aufgabe des marxistischen Proletariats eine rein negierende ist, und daß das Proletariat in seiner Nationalpolitik nicht den Standpunkt des sogen. Praktizismus einnehmen darf, denn sonst entsteht die Gefahr, daß der Klassenkampf auf eine bürgerlich-nationalistische Politik hinauslaufen wird.“

Auf diese Weise legte die Opposition den vollständigen Nihilismus in der nationalen Frage an den Tag. Sie vertrat die Meinung, die Kommunistische Partei müsse wie dem Nationalismus der serbischen Bourgeoisie, so auch dem der kroatischen und slowenischen Bourgeoisie, wie überhaupt jedem Nationalismus gleich scharf entgegentreten. Diesen Standpunkt motivierte die Opposition mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen das Entfesseln nationaler Elemente. Der Ideologe dieser Strömung war Sch. Miloikowitsch. Natürlich erklärte sich die Kommission entschieden gegen solche, unbestreitbar sozialdemokratische Anschauungen in der nationalen Frage.

In seinen Broschüren: „Die nationale Frage im Lichte des Marxismus“ und „Die konstitutionelle Frage und die Arbeiterklasse Jugoslawiens“ entwickelte Genosse S. Markowitsch die Meinung, daß „die Lösung der nationalen Frage im vorliegenden Falle auf die Frage der Einrichtung des Staates, auf die Frage der Konstitution hinausliefe“ und daß „vom Standpunkte der Arbeiterklasse die Gebietsautonomien auf der Grundlage einer möglichst vollen Demokratie die beste Lösung der konstitutionellen Frage sein würden, — eine Lösung, die alle Nationen vollkommen zufriedenstellen würde.“

„Solange die serbische, kroatische und slowenische Bourgeoisie — schrieb Genosse S. Markowitsch — in der Periode ihrer gemeinsamen Herrschaft die nationale Frage überhaupt nicht auf die Tagesordnung setzte, hatte die Arbeiterklasse kein Interesse daran, diese Frage aufzurollen. Im Gegenteil, ganz richtig verteidigte die Arbeiterklasse die Idee der nationalen Einheit und der Gleichberechtigung aller Nationalitäten; ihre ganze Politik bewegte sich in der Richtung nationaler Annäherung, Vereinigung und Verschmelzung, weil das höchste Interesse der internationalen proletarischen Armee darin besteht, den natürlichen Prozeß der Verschmelzung verwandter Nationen zu beschleunigen und nationale Reibungen zu vermeiden, die ein ungeheueres Hindernis für die Führung des revolutionären Klassenkampfes bedeuten. Diese Politik wurde außerdem auch von der offenen revolutionären Situation erfordert, die durch keine Nebenmomente kompliziert werden durfte, welche die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse nur geschwächt hätten.“ („Die konstitutionelle Frage und die Arbeiterklasse Jugoslawiens, S. 16.)

Die Mitglieder der jugoslawischen Kommission konnten sich natürlich mit einer solchen doktrinären und grundfalschen Fragestellung nicht einverstanden erklären. Sie wiesen darauf hin, daß das nationale Problem Jugoslawiens eine Frage der Revolution und nicht der Konstitution ist, daß die Verknüpfung der nationalen Frage mit der der Konstitution eine Reduzierung der nationalen Frage auf die Reform bedeutet, daß man nicht einzelne Episoden aus der russischen Revolution hervorholen darf, denn sonst ergibt sich ein lebloses Schema. Was die Gebietsautonomie betrifft, so kann man je nach Bedingungen der Zeit und des Ortes und des Verhältnisses der Klassenkämpfe diese Teilforderung unter gewissen Umständen unterstützen, aber man muß sie immer in das Licht einer revolutionären Fragestellung setzen.

„Die Kommunistische Partei, die allen Völkern das Recht auf Selbstbestimmung bis zur staatlichen Loslösung einräumt, muß im kapitalistischen Staate jeden Kampf der unterdrückten Völkerschaften in der Tat unterstützen, angefangen mit der Forderung der nationalen Gleichberechtigung bis zur Forderung der Föderation und der Bildung selbständiger Staaten.“

Die Kommission stellte fest, daß das Zentralkomitee der Partei in der nationalen Frage eine richtige Linie eingehalten hat, das Zentralkomitee muß aber diese Ideen noch mehr popularisieren, sie unter die Massen tragen. Die Kommission bestätigte für die KPJ die Resolution des 5. Kongresses der Komintern in der nationalen Frage und schlug der KPJ vor, die ideologische Arbeit der Erläuterung und der Propaganda der Ansichten

der Komintern zu verstärken, sowie die Arbeit der Enthüllung jeglicher Abweichungen in der nationalen Frage.

Die Bauernfrage

Die irrige Politik in der nationalen Frage in der KPJ ist gleichzeitig falsch auch hinsichtlich der Bauernmassen.

Die rechte Abweichung der Opposition in der nationalen Frage ist gleichzeitig auch eine Abweichung in der Bauernfrage. In ihrer Deklaration vom 8. Oktober 1924 erklärte die Opposition:

„Das marxistische Proletariat wird nur eine solche Bauernpartei und eine solche Bauernbewegung unterstützen, die ausschließlich antikapitalistischen Charakter trägt und revolutionäre und progressive Tendenzen besitzt.“

Ein Teil der Opposition verließ sogar die Partei im Zusammenhang mit dem Beschluß des Plenums der KPJ über das gemeinsame Zusammenarbeiten mit der Kroatischen Bauernpartei (die Partei Raditschs) bei den Februarwahlen. Diesbezüglich erklärte die Opposition folgendes:

„Der Beschluß des letzten erweiterten Plenums der unabhängigen Arbeiterpartei (über die Koordinierung der Wahlstätigkeit mit der Raditsch-Partei und über den Ausschluß des Genossen Sch. Miloikowitsch aus der Partei) kann keinen Zweifel mehr darüber lassen, daß sich die gegenwärtige Leitung der Partei entschlossen hat, unsere Partei auf den Weg des vollständigen Bankrotts und Abgrundes zu stoßen.“

Das Presseorgan der roten Gewerkschaften „Organisowany Radnik“ veröffentlichte Artikel über die Bauernfrage, in denen die Rolle des Bauerntums in der Revolution unterschätzt wurde, und ignorierte gleichzeitig die Resolutionen des 3. Kongresses der Profintern und des 5. Kongresses der Komintern über die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Bauerntum. Und als die KPJ während der Wahlkampagne mit der Losung eines republikanischen Arbeiter- und Bauernblocks hervortrat und die Idee des Bündnisses der Arbeiter und Bauern auf der Plattform der Bauerninternationale zu popularisieren begann, fiel Sch. Miloikowitsch der Partei in den Rücken, indem er sein eigenes Organ „Radnitschko Jedinstwo“ gründete und in diesem systematisch Artikel brachte, die sich zu der Einheitsfront mit der Raditsch-Partei, zu dem Arbeiter- und Bauernblock, zu dem nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völkerschaften usw. ironisch verhielten.

Das ablehnende Verhalten der Opposition zu der Bauernfrage fügte der KPJ großen Schaden zu. Wie Genosse Sinowjew in der Kommission erwähnte, besaß die KPJ noch ganz unlängst etwa 200 000 Wählerstimmen und 59 Abgeordnete. Bei den Wahlen 1923 erlitt unsere Partei eine schwere Niederlage. Es ist interessant, zu bemerken, daß auch die Sozialdemokratie auf unsere Kosten nicht zunahm. Die Arbeiter stimmten meistens für den „Linksblock“, darunter auch für die Raditsch-Partei. Anstatt daß die Arbeiter die Bauern hinter sich ziehen, zogen die Bauern die Arbeiter hinter sich. Das beweist, wie stark und urwüchsig die Bauernbewegung in Jugoslawien ist. Dank dem ideologischen Erbe der II. Internationale ergab sich aus den Wahlen in den Reihen der KPJ ein umgestülpter Arbeiter- und Bauernblock, geleitet von der Bourgeoisie.

Es wurde vom Genossen Stalin hervorgehoben, daß Jugoslawien ein Staat ist, in dem die Hauptarmee aus der Bauernschaft besteht, weshalb man

sagen kann, daß die nationale Frage zu zwei Dritteln die Bauernfrage ist. Infolgedessen werden alle Fehler und Mängel der nationalen Politik in verhängnisvoller Weise auf die Entwicklung der Bauernbewegung in Jugoslawien einwirken.

Die Kommission stellte fest, daß die erste Bedingung für die Festigung unseres Einflusses auf dem Lande eine richtige, konsequente und jeglicher Abweichungen und Schwankungen bare nationale und Bauernpolitik ist. Die Behauptung der Opposition, daß die Bauernbewegung eine bürgerliche Bewegung sei, ist grundfalsch. Durch die Tatsache, daß die Bauernbewegung in Jugoslawien von der Bourgeoisie beherrscht und zum Teil von monarchistischen Tendenzen durchtränkt ist, wird das Wesen der Bewegung nicht geändert. Die russischen Genossen wiesen in der Kommission auf das Beispiel der III. Schwarze-Hundert-Staatsduma hin, wo an der Spitze der bäuerlichen Abgeordneten Schwarze-Hundert-Gutsbesitzer standen, ein Umstand, der die Bauernabgeordneten aber nicht hinderte, sich jedesmal von dem Einfluß der Gutsbesitzer zu befreien, wenn die Agrarfrage angeschnitten wurde. Ferner sprach sich die Kommission in dem Sinne aus, daß die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung in Jugoslawien wie auf dem Balkan überhaupt nicht nur eine abstrakte, propagandistische Losung, sondern auch ein Mittel zur Massenagitation und zur politischen Mobilisierung ist. In den Balkanländern sind mehr als in anderen Staaten Bedingungen für die Schaffung eines Arbeiter- und Bauernblocks vorhanden. Der Abschluß des Arbeiter- und Bauernblocks bei den Februarwahlen in Jugoslawien ist ein richtiger Schritt auf dem Wege zur Annäherung zwischen der KPJ und der Bauernschaft.

Die Gewerkschaftsfrage

Die Differenzen zwischen dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und der Opposition in der Frage der Gewerkschaftsbewegung entstammen zwei Gründen. Erstens: die Opposition gruppiert sich um das gewerkschaftliche Organ „Organisowany Radnik“ und nützt die Zentralleitung der roten Gewerkschaften aus für den Kampf gegen die Leitung der KPJ und deren politische Linie. Zweitens: die alten serbischen Gewerkschaften, die sich von der sozialdemokratischen Ideologie noch nicht befreit haben, zeigen Tendenzen zur völligen Unabhängigkeit von der KPJ.

Was den ersten Grund betrifft, so sprach sich die Kommission einmütig für Liquidierung der reformistischen Opposition aus und für Wiederherstellung der ideellen und organisatorischen Einheit der Partei auf der Grundlage einer einheitlichen politischen Linie. Wird diese Liquidation erfolgreich durchgeführt, so fällt der erste Grund der Differenz in der Gewerkschaftsfrage von selbst weg.

Bezüglich des zweiten Grundes wies die Kommission auf die Notwendigkeit hin, eine systematische ideologische Kampagne durchzuführen für die volle Aufklärung der Mitglieder der unabhängigen (roten) Gewerkschaften über den Charakter und die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung in der gegenwärtigen Epoche und für die Liquidierung der bestehenden opportunistischen und unabhängigen Tendenzen. Die Gewerkschaften dürfen den allgemeinen

revolutionären Kampf des Proletariats und der Bauernmassen nicht durchkreuzen. Die Aufgabe der KPJ in den Gewerkschaften muß darin bestehen, systematisch und zähe gegen opportunistische und unabhängige Tendenzen zu kämpfen. Indem die KPJ die Gewerkschaften energisch unterstützt, ihre Nöte ständig im Auge behält, muß sie durch kommunistische Gewerkschaftsfraktionen die ideelle und politische Leitung der Gewerkschaften faktisch in ihren Händen halten. Die in Fraktionen organisierten Kommunisten in den Gewerkschaften müssen unter der Leitung der Gewerkschaftsabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei arbeiten und die von der Partei festgesetzte Linie durchführen. Außerdem sprach sich die Kommission einmütig für die entschiedene Bekämpfung der nationalistischen Elemente in den Gewerkschaften aus.

Innerparteiliche Beziehungen und Organisationsfragen

Die Kommission stellte fest, daß nach der Parteikonferenz im Januar 1924 die politische Linie des Zentralkomitees der KPJ im großen und ganzen richtig gewesen ist. Gleichzeitig wiesen aber die Mitglieder der Kommission auf die Schwankungen und Fehler des Zentralkomitees in der Durchführung dieser Linie hin, auf die Unklarheit seiner Position in einzelnen Fragen und auf die ungenügende Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung. Der ursprüngliche Versuch des Zentralkomitees, mit der Parteikrise nach dem 5. Kongreß der Komintern hauptsächlich mittels administrativer Maßnahmen gegen einzelne Oppositionsmitglieder fertig zu werden, führte zur Vertiefung der vorhandenen Krise und verschärfte die innerparteilichen Beziehungen. An Stelle der administrativen Maßnahmen bestanden die Kommissionsmitglieder auf der Führung eines entschiedenen ideellen Kampfes gegen sozialdemokratische Traditionen. Außerdem waren sich alle Mitglieder der Kommission darüber einig, daß die desorganisierende Arbeit der Opposition und ihr demonstrativer Austritt aus der Partei zu einer Zeit, wo schwere Schläge der Reaktion auf die Partei niederfielen und sie dicht vor der Wahlkampagne stand — durch die Schwankungen des Zentralkomitees in der Durchführung der Hauptlinie keinesfalls gerechtfertigt werden kann.

Die Kommission hielt den Ausschluß Sch. Miloikowitschs aus der Partei für völlig begründet durch sein Auftreten gegen die Parteilinie und durch die grobe Verletzung der Parteidisziplin. Was die Genossen aus der Opposition betrifft, die aus der Partei im Zusammenhang mit den Differenzen ausgetreten waren, und die von neuem bereit sind, sich auf den Standpunkt der Komintern zu stellen, so wird es ihnen nahegelegt, unverzüglich in die Reihen der Partei zurückzukehren. Nach der Klärung des Parteistreites in der KPJ sind keinerlei fraktionelle Absonderungen und keinerlei Fraktionskampf mehr zulässig.

Schluß

Die Kommission sprach sich dafür aus, daß man das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei verpflichten muß, bis zum Parteitage vor allem folgende Aufgaben durchzuführen:

1. Die begonnene Reorganisation der Partei auf Grundlage der Betriebszellen zu vollenden.

2. Den zahlenmäßigen Bestand der Partei zu verstärken, unter der Bedingung sorgfältiger Mitgliederauslese mit Rücksicht auf die illegalen Verhältnisse.

3. Normale Beziehungen zwischen der Partei und den unabhängigen Gewerkschaften herzustellen und auf dem Wege der Schaffung von kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen die Partei mit der Gewerkschaftsbewegung enger zu verbinden.

4. Den illegalen Zentral-, Gebiets- und Lokalapparat der Partei zu entfalten und zu vervollständigen.

5. Angestrengt an der Festigung der kommunistischen Ideologie der Partei zu arbeiten, insbesondere auf dem Gebiete eines richtigen Verständnisses der nationalen und der Bauernfrage.

6. Durch feste Führung und energische Arbeit das ins Schwanken geratene gegenseitige Vertrauen unter den Parteimitgliedern wiederherzustellen, die Schaffung einer günstigen Atmosphäre für einmütige Arbeit der Partei zu fördern und die Parteidisziplin zu befestigen.

7. Den Parteitag politisch und organisatorisch vorzubereiten durch Einbeziehung der Parteiorganisationen und -mitglieder in die Arbeit, durch Beseitigung des Fraktionskampfes und durch Wahrung der Parteieinheit.

In Anbetracht dessen, daß sich in der Diskussion über die Streitfragen die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder entschieden gegen die sozialdemokratischen Abweichungen der Opposition und für die Linie der Komintern erklärte, und daß die opportunistische Politik Sch. Miloikowitschs nur bei den Spitzen der serbischen Gewerkschaften Unterstützung fand, kann man ruhig sagen, daß in den Massen Jugoslawiens ein gesundes proletarisches Gefühl vorhanden ist, daß sie volles Vertrauen zur Komintern haben und bereit sind, unter dem Banner des Leninismus für die Einheit der KPJ zu kämpfen. Außerdem kann man überzeugt sein, daß die Krise in der KPJ, die bis jetzt die richtige Entwicklung der Partei gehemmt hat, in naher Zukunft völlig liquidiert sein wird. Und das ist für die KPJ um so notwendiger, da sie gezwungen ist, unter außerordentlich schweren Verhältnissen zu arbeiten, und da sie ständig ihre besten Funktionäre verliert, die auf lange Jahre hinter Zuchthausmauern verschwinden.

G. WOITINSKI:
DIE KOLONIALFRAGE
IN DER ERWEITERTEN EXEKUTIVE

Auf der eben beendeten Tagung der Erweiterten Exekutive der Komintern wurde die Kolonialfrage sozusagen zum ersten Male gestellt nicht im Sinne eines bloß allgemeinen Herantretens an die Aufgabe der Koordinierung des Kampfes des westlichen Proletariats mit der Befreiungsbewegung in den Kolonien und insbesondere im Osten, sondern im Sinne der Konkretisierung der Besonderheiten in der nationalrevolutionären und der Klassenbewegung in jedem der kolonialen und halbkolonialen Länder im einzelnen.

Ein solches Herantreten an die Kolonialfrage wurde bedingt durch Gründe objektiven und subjektiven Charakters.

Seit dem 5. Weltkongreß sind sowohl im nahen als auch im fernen Osten und in Nordafrika Ereignisse von großer politischer Wichtigkeit zu verzeichnen, Ereignisse, die sich im allgemeinen charakterisieren lassen als Aufschwung und Radikalisierung der antiimperialistischen Bewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern des Ostens.

Andererseits ist die Kommunistische Internationale mit dem Charakter und den grundlegenden sozialen Kräften der Befreiungsbewegungen dieser Länder in letzter Zeit zweifelsohne vertrauter geworden.

Die Ereignisse des letzten Halbjahres in China, in der Türkei, in Ägypten, Java und Marokko haben gezeigt, welche ungeheure potenzielle und schon gegen die kapitalistischen Länder zu wirken beginnende Kraft diese Kolonien und Halbkolonien darstellen. Und dieselben Ereignisse haben gezeigt, daß man den Osten in seinem Kampf gegen den Imperialismus nicht abstrahieren darf, daß der Osten differenziert ist im Sinne der sozialen Struktur in den einzelnen Ländern und im Sinne der treibenden Kräfte der Befreiungsbewegung.

Das, was im Herbst vorigen Jahres in China vor sich ging, d. h. die Entfesselung der nationalen Befreiungsbewegung in diesem gesamten großen Lande, die Rolle der demokratischen Volkspartei Gomindan in dieser Bewegung, die Rolle der jungen Kommunistischen Partei Chinas als dynamische Kraft, die ihre eigene organisatorische Unabhängigkeit nicht verliert, sondern die im Gegenteil ihre Reihen immer mehr konsolidiert und immer größere Energie in der Leitung dieser Bewegung an den Tag legt — das gibt ein tatsächlich konkretes Beispiel der dialektischen Entwicklung der Kommunistischen Partei in einem halbkolonialen Lande mit noch unentwickelter kapitalistischer Produktion.

Diesem Beispiel wurde in der Kolonialkommission des Plenums der Exekutive der Komintern Rechnung getragen im Sinne der Besonderheiten und Eigentümlichkeiten der kommunistischen Bewegung in einer Halbkolonie und im Sinne der Notwendigkeit für die Kommunistische Partei, unter solchen Bedingungen die Klasseninteressen des jungen Proletariats ständig und standhaft zu verteidigen; aber man übertrug nicht abstrakt dieses Beispiel auf andere Länder des Ostens. Hinter dem gemeinsamen Merkmal Chinas mit anderen

Kolonien und Halbkolonien, als vom Imperialismus unterdrückten Ländern, verlor man nicht das Grundmerkmal des verschiedenen Niveaus der kapitalistischen Entwicklung und folglich auch das Merkmal der verschiedenen sozialen Struktur dieser Länder aus dem Auge.

Die Idee der Hegemonie des Proletariats im gemeinsamen Befreiungskampfe — nicht nur in einem solchen relativ entwickelten kapitalistischen Lande wie Indien, sondern auch in China — beginnt durch den ganzen Gang der Ereignisse in diesen Ländern in der letzten Zeit auf die Tagesordnung gesetzt zu werden.

Mehr noch als die vor zwei Jahren stattgefundenen, sowohl gegen die ausländischen Kapitalisten als auch gegen die einheimische Bourgeoisie gerichteten grandiosen Streiks vertiefte die Streikwelle der letzten zwei bis drei Monate in China die antiimperialistische Bewegung, verleiht dieser einen konsequenteren, kompromißlosen Charakter und zwingt die kleinbürgerlichen Massen der Gomindanpartei, sowohl dem Imperialismus als auch den einheimischen Militaristen und der Beamtenbureaukratie entschieden entgegenzutreten.

Die Kommunistische Partei Chinas ist die Partei des Industrieproletariats, aber die Hegemonie des Proletariats wird von ihr nicht unmittelbar verwirklicht werden, wie in rein kapitalistischen Ländern, und sogar nicht wie im vorrevolutionären Rußland, sondern durch das Milieu der nationalrevolutionären Partei, die sich auf die städtischen und ländlichen Massen des Kleinbürgertums und der radikalen Intelligenz stützt.

Das Manövrieren der Kommunistischen Partei in diesem Milieu, die Entfesselung der Wellen der antiimperialistischen Bewegung und der gleichzeitige energische Kampf gegen den Einfluß der bürgerlichen Ideologie der Gomindanpartei auf die Kommunistische Partei, der Kampf gegen die kleinbürgerlichen Schwankungen der Gomindanpartei in Fragen der Realpolitik gegenüber den Imperialisten — das sind gegenwärtig die Hauptaufgaben der Kommunisten in diesem Lande. Die Durchführung dieser Aufgaben durch die chinesische Kommunistische Partei unter unbeugsamer Verteidigung der Klasseninteressen des Proletariats ist eben die gegenwärtig entsprechende Form der Idee der politischen Hegemonie.

Die Aufgaben der Kommunisten in Indien

Hinsichtlich Indiens ist das Problem der Beteiligung der Kommunisten an der Befreiungsbewegung noch komplizierter als in China. Einerseits gibt es hier schon eine eigene nationale kapitalistische Klasse und ein bedeutendes Industrieproletariat, andererseits aber ist Indien eine reine Kolonie, und die Tendenzen zur nationalen Unabhängigkeit sind sehr stark. Die Klassengegensätze innerhalb des Landes und gleichzeitig der Antagonismus der indischen Völker im ganzen gegenüber dem britischen Imperialismus und der nationale Zwist unter den indischen Völkern in Indien selbst erfordern daher von den Kommunisten größere Vorsicht und eine kompliziertere Strategie in der Frage des antiimperialistischen Kampfes, in der Frage der Formen der antiimperialistischen Bewegung.

Die Erfahrung des Kampfes gegen den britischen Imperialismus in Indien in den letzten paar Jahren liefert reiches Material für die richtige Fragestellung — hinsichtlich der Formen und des Inhaltes der Befreiungsbewegung und auch hinsichtlich der Beteiligung der Kommunisten an dieser.

Das schnelle Abflauen der noch vor wenigen Jahren so grandiosen, von Gandhi geführten Bewegung „des gewaltlosen Widerstandes“ und „des Boykotts“ des englischen Staatsapparates, dann das Entstehen der Swaraj-Partei und die in ihr fortschreitende Differenzierung auf Grundlage der Klassegegensätze, die im vorigen Jahre einsetzende allgemeine Abnahme ihres Widerstandes gegen die englische Regierung erzeugen gegenwärtig die Notwendigkeit und die Möglichkeit, die Massen des städtischen Kleinbürgertums und der revolutionären Intelligenz in einem antiimperialistischen Block für die nationale Befreiungsbewegung zu organisieren auf der Plattform eines energischeren Kampfes gegen den englischen Imperialismus.

Die Resolution des erweiterten Plenums der Exekutive der Komintern zur indischen Frage besagt:

„Parallel mit der Schichtenbildung in der Swaraj-Partei macht sich bei jenen Elementen der nationalen Befreiungsbewegung, die der Swaraj-Partei nicht angeschlossen sind, die Tendenz zur Organisation bemerkbar. Es sind dies die Massen des Kleinbürgertums, der Intelligenz, der Studenten, der Arbeiter und Bauern. Alle diese Elemente befinden sich unter dem Joch der imperialistischen Ausbeutung und müssen daher für die nationale Befreiung kämpfen. Die Swaraj-Partei nützte die ungeheure revolutionäre Energie dieser Elemente nicht aus, da sie es ablehnte, ihre politischen und ökonomischen Forderungen zu verteidigen. Während in den Reihen der nationalen Bewegung die Forderung nach Loslösung vom britischen Imperium immer mehr an Boden gewann, erklärte sich die Swaraj-Partei für eine Selbstverwaltung innerhalb des britischen Imperiums; der linke Flügel, der mehr die Tendenzen der außerhalb der Swaraj-Partei stehenden, die politische Unabhängigkeit fordernden Elemente widergibt, ist aber noch nicht stark genug, um den Kampf für dieses Prinzip aufzunehmen.“

„Aber keine Partei in Indien — besagt eine andere Stelle der Resolution — wird die Kräfte der nationalen Revolution zu vereinen wissen, wenn sie nicht die Losung der Unabhängigkeit, der Verteidigung ökonomischer Interessen und politischer Rechte der Werktätigen aufstellen und wenn sie nicht das Programm der Agrarrevolution verteidigen wird.“

Das bedeutet, daß in Indien mehr als in irgendeinem anderen Lande die Kommunisten in dem Befreiungskampfe ihres Landes im Interesse der werktätigen Massen und im Interesse einer wirklichen Unabhängigkeit Indiens nur in dem Falle manövrierfähig sein werden, wenn sie ihre ganze Aufmerksamkeit und ihre ganze Energie in erster Linie auf die Schaffung einer festen und ideologisch konsequent kommunistischen Partei lenken werden.

Nur im Besitz einer kommunistischen Partei, die mit der Arbeiterbewegung des Landes unmittelbar verbunden ist, und die alle Formen der Agrarbewegung unterstützt, werden die indischen Kommunisten fähig sein, an der Organisation und Leitung der Millionen des zum Kampf gegen den britischen Imperialismus gezwungenen Kleinbürgertums aktiv teilzunehmen.

Die Kolonialkommission des erweiterten Plenums der Exekutive der Komintern mußte diese Frage ausführlich behandeln, weil hier Abweichungen möglich sind: nach rechts — als Überschätzung, in der gegenwärtigen Periode, des revolutionären Charakters der bestehenden nationalen Parteien (Swaraj-Partei, Nationalkongreß), und andererseits nach links — als Unterstützung der potentiellen revolutionären Kraft der riesigen Massen des

Kleinbürgertums in ihrem Streben nach Unabhängigkeit. Die letzteren Abweichungen würden bedeuten, daß man schon jetzt in Indien die Losung der reinen proletarischen Hegemonie aufzustellen versucht, ohne ihn durch „das Milieu“ der nationalen Befreiungsbewegung im ganzen durchgeführt zu haben, d. h. es würde die Gefahr des nationalen Nihilismus in einem Lande entstehen, wo der britische Imperialismus von Hunderten von Millionen der Bevölkerung gehaßt wird.

Der Unterschied zwischen der Aufgabe der Kommunisten in China und in Indien in der Frage der nationalen Befreiungsbewegung in der gegenwärtigen Epoche besteht augenscheinlich darin, daß man sich in Indien bei der Zusammensetzung des antiimperialistischen Blocks unvergleichlich wählerischer verhalten müssen, weil die obere Schicht der indischen Bourgeoisie schon jetzt eine konservative Klasse geworden ist, die die Revolution innerhalb des Landes mehr fürchtet als die nationale Unterjochung seitens der Imperialisten.

Dieser Unterschied hat für die Taktik der indischen Kommunisten im Befreiungskampfe des Landes große Bedeutung, und die Resolution des erweiterten Plenums der Exekutive der Komintern weist mit genügender Klarheit auf ihn hin.

Die Aufgaben der Kommunisten in Java und Ägypten

Die Besonderheit der Kolonie Java (Holländisch-Indien) besteht darin, daß es hier eine nationale Bourgeoisie fast nicht gibt. Die viele Millionen zählende Bevölkerung der Insel besteht aus Bauern, städtischem Kleinbürgertum und ziemlich bedeutendem Industrie- und Landproletariat. Fast die ganze Industrie des Landes befindet sich in Händen ausländischer Kapitalisten: Holländer, Engländer, Japaner und Amerikaner.

Diese Eigentümlichkeit Javas wurde von einigen leitenden Genossen der javanischen Kommunistischen Partei als Voraussetzung für die unmittelbare soziale Revolution gedeutet, als Voraussetzung, die die Möglichkeit einer einigermaßen bedeutenden nationalrevolutionären Bewegung im Lande ausschließt. Der unmittelbare Bürgerkrieg der Arbeiter und Bauern gegen die in Java vorhandene ausländische Bourgeoisie, er werde die Unabhängigkeit Javas ergeben, und nur er. Darum stellten die javanischen Genossen bis zur letzten Zeit die Losung der Sowjetmacht in Java auf. Sie argumentierten auch folgendermaßen: Die Bauernschaft, sagten sie, lebt bei uns schon sowieso in Gemeinschaften, sie wird faktisch durch von ihr gewählte Leute regiert (etwa in der Art russischer Dorfbzusammenkünfte vor der Revolution), und darum werden ihr die Ideen der Sowjets nahe sein.

In der Kolonialkommission erwies es sich aber, daß die Gründe der ungenügenden Aufrollung der antiimperialistischen Bewegung auf dieser riesigen Insel mit einer 30-Millionen-Bevölkerung darin bestehen, daß unsererseits dieser Bewegung kein Inhalt und keine Richtung gegeben wurde, durch die die Millionenmassen in Stadt und Land unmittelbar berührt werden könnten. Währenddessen flaut die ehemals mächtige, von der nationalen Sarekat-Islam-Partei geleitete Bewegung ab und gerät unter den Einfluß von Agenten des holländischen Imperialismus. Die allzu „linke“ Politik unserer Genossen begann uns in dieser Bewegung von den Massen zu isolieren.

Andererseits droht diese „linke“ Politik unserer Genossen in der nationalen Bewegung zu einer Vermengung der Reihen der Kommunistischen Partei mit einem Teil kleinbürgerlicher Elemente der nationalrevolutionären Sarekat-Raijat-Partei zu führen, die ein radikales Programm besitzt und die Losung der Sowjetmacht aufstellt.

Die Organisationen und die Komitees dieser radikalen Partei des Bauerntums und des städtischen Kleinbürgertums begannen mit der Kommunistischen Partei zu verwachsen, nachdem die nationale islamitische Sarekat-Raijat-Partei die Kommunisten und die konsequenten Nationalrevolutionäre aus ihrer Mitte ausschloß.

Auf diese Weise führte das irrice Verhalten der Kommunisten hinsichtlich der Befreiungsbewegung in Java nicht nur dazu, daß den Losungen der anti-imperialistischen Bewegung im Lande quasi Klassenlosungen unterschoben wurden, sondern diese Politik der Kommunisten fand ihre unmittelbare Widerspiegelung in der Ideologie der Partei selbst und in deren sozialer Zusammensetzung. Nach der Analyse der Gründe, die einerseits die Kommunistische Partei Javas zu Fehlern in der nationalrevolutionären Bewegung und andererseits zur ungenügenden Befestigung und Verbreitung der Kommunistischen Partei geführt haben, weist die Resolution des erweiterten Plenums der Exekutive der Komintern auf die Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei hin:

„Nach Meinung der Kommission besteht gegenwärtig die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei Javas erstens in der Befestigung der proletarischen Klassenbasis, in der Einbeziehung von Elementen des Industrieproletariats und der revolutionären Intelligenz in die Reihen der Partei. Zweitens muß die Kommunistische Partei Javas ihr Verhältnis zur nationalrevolutionären Bewegung im Lande deutlich definieren, ebenso ihr Verhältnis zur Sarekat-Raijat- und Sarekat-Islam-Partei. Die Argumente einiger leitender Genossen, die behaupten, daß, insofern es in Java keine nationale Bourgeoisie gibt, auch die nationale Befreiungsbewegung sich nicht entwickeln könne, sind falsch.

Das Fehlen einer irgendwie bedeutenden nationalen Bourgeoisie in Java bestimmt den Charakter der nationalrevolutionären Parteien, bedeutet aber keineswegs das Fehlen von nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen bei der gesamten Bevölkerung Javas. Im Gegenteil: Diese Besonderheit Javas gibt der Befreiungsbewegung in diesem Lande die objektive Möglichkeit, revolutionärer und konsequenter zu werden als in anderen Kolonien.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der in letzter Zeit elementar anwachsende Widerstand der javanischen Volksmassen gegen den Kolonisationsapparat der holländischen Imperialisten (eine Reihe großer Demonstrationen, Massenversammlungen, Proteste gegen Schließung vieler nationaler Schulen der Sarekat-Raijat, die vor zwei bis drei Monaten stattgefunden haben) unseren javanischen Genossen bald die Möglichkeit bieten wird, die richtige Anwendung der Beschlüsse und Resolutionen in der javanischen Frage zu finden und, trotz Repressionen der holländischen Imperialisten, die Massen in den Kampf für Unabhängigkeit und Volksverwaltung des Landes zu führen.

Bezüglich Ägyptens verweilte die Kolonialkommission des erweiterten Plenums der Exekutive der Komintern hauptsächlich bei der Frage der Bewertung der zaglistischen Bewegung und der Möglichkeiten der Entwicklung des Befreiungskampfes in diesem Lande.

Auf Grund der Analyse der Lage in diesem Lande war zu sehen, daß, obwohl es der konservativen englischen Regierung durch Repressalien gelang, der Befreiungsbewegung in Ägypten einen Schlag zu versetzen, doch schon in der letzten Zeit diese Bewegung mit immer größerer Kraft und in immer radikalerer Form hervortreten beginnt und größere Massen, als bis zu dieser Zeit, in die antiimperialistische Bewegung hineinzieht.

Die Resolution des Plenums der Exekutive der Komintern über Ägypten besagt u. a. folgendes:

„Der zur Zeit der Arbeiterregierung Macdonalds erfolgte Bruch zwischen dem bedeutendsten Faktor der ägyptischen nationalrevolutionären Bewegung — der Wafda-Partei — und der englischen Regierung hat sich im Zusammenhang mit dem Scheitern der Ära des demokratischen Pazifismus und der Machtübernahme durch die englischen Konservativen noch mehr verschärft. Der wachsende Kampf zwischen der zur Unabhängigkeit Ägyptens und Sudans strebenden nationalrevolutionären Bewegung und der aggressiven Politik des britischen Imperialismus führt zur noch stärkeren Konsolidierung aller nationalrevolutionären Kräfte, die für die Befreiung von der imperialistischen Unterjochung und für die vollständige Unabhängigkeit des ägyptischen Volkes kämpfen.“

Die gegenwärtige Aufgabe der Kommunisten in Ägypten besteht einerseits in der Wiederherstellung der Partei nach der Zertrümmerung durch die englischen Imperialisten im Herbst vorigen Jahres und andererseits in stärkerer Annäherung an die allgemeine Befreiungsbewegung im Lande zum Zwecke der Schaffung eines einheitlichen antiimperialistischen Blocks aus beiden nationalrevolutionären Parteien (Hisb-el-Watani und Wafda).

Die Aufgaben der Kommunisten in den amerikanischen Kolonien und Halbkolonien

Ganz für sich stand vor der Kolonialkommission des Plenums der Exekutive der Komintern die Frage über die Arbeit der Kommunisten in den amerikanischen Kolonien und Halbkolonien. Erstens wurde die Frage über die Verpflichtung der Workers Party hinsichtlich der unterdrückten Massen auf den Philippinen, in West-Indien, in Zentralamerika und Mexiko zum ersten Male ernst gestellt. Zweitens wurde zum ersten Male der Versuch gemacht, den Charakter der Kolonien und der von den Vereinigten Staaten abhängigen Länder Amerikas zu differenzieren und die sozialen Schichten in diesen Kolonien und Halbkolonien, die bereit und fähig sind zum Kampf gegen die amerikanische Bourgeoisie, entsprechend zu bewerten. Drittens wurde die Frage der Verteidigung der vom amerikanischen Imperialismus unterdrückten Völker auch vom Standpunkt des Kampfes der Workers Party gegen die Arbeiteraristokratie der Vereinigten Staaten Amerikas aus betrachtet und unter anderem vom Standpunkte des Kampfes gegen die panamerikanische Föderation der Arbeit, die im vorigen Jahre unter unmittelbarer Leitung Gompers' ins Leben gerufen wurde zu dem Zweck, das amerikanische Proletariat dem europäischen entgegenzustellen, d. h. zum Zweck der Unterstützung und Verteidigung der kapitalistischen Klassen Amerikas.

Die Aufgaben der amerikanischen Workers Party in allen diesen Fragen sind groß und verantwortungsvoll. Nachdem die Partei der fortgeschritten-

sten Schicht der Industriearbeiter der Vereinigten Staaten, die Workers Party, sich die ungeheure Bedeutung des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung und gegen die Arbeiteraristokratie einmal klargemacht hat, wird sie zweifelsohne auch auf dieser Front mit der den amerikanischen Genossen eigenen Energie an die Aufrollung von Kampagnen und zäher Propaganda in allen oben aufgezählten Fragen herantreten.

Die Resolution des erweiterten Plenums der Exekutive der Komintern über die Arbeit in den amerikanischen Kolonien bezeichnet die Aufgaben der Workers Party in der vorliegenden Frage folgendermaßen:

„Die Workers Party muß gegen die imperialistische Politik der amerikanischen kapitalistischen Klasse aktiv kämpfen. Sie muß den werktätigen Massen helfen, die Gefahren des Imperialismus zu erkennen, die zweierlei sind: einerseits die Gefahr der Erzeugung weiterer Konflikte zwischen den imperialistischen Nationen, andererseits die Versuche der Bourgeoisie, auf dem Wege der Konkurrenz zwischen den Arbeitern der imperialistischen Länder und jenen der Kolonien einen Antagonismus unter dem Proletariat zu erzeugen. In ihrer Arbeit in Trade Unions, Arbeiterparteien und anderen proletarischen und halbproletarischen Organisationen der Vereinigten Staaten muß die Workers Party die Frage des Imperialismus auch zur Enthüllung der verräterischen Rolle der Arbeiteraristokratie ausnützen. Die Workers Party muß auch in aktivster Weise die nationalrevolutionären Bewegungen in den Ländern fördern, die sich gegenwärtig in der Lage von Kolonien und Halbkolonien der Vereinigten Staaten befinden; sie muß den Massen der amerikanischen Kolonien die Bereitwilligkeit der amerikanischen Kommunisten, sie in ihrem Unabhängigkeitskampfe zu unterstützen, durch die Tat beweisen.“

Bei der Besprechung der lateinischen Länder Amerikas, die formell selbstständige Staaten sind, aber faktisch mehr und mehr unter das Joch der Vereinigten Staaten Amerikas geraten, lenkt die Resolution die Aufmerksamkeit der Workers Party auf die Unterstützung der antiimperialistischen Bewegung in diesen Ländern hin.

„Die Workers Party der Vereinigten Staaten und die Kommunistischen Parteien des lateinischen Amerikas müssen die ganze Wichtigkeit der Beteiligung an den Befreiungsbewegungen gegen den amerikanischen Imperialismus und die Unterstützung dieser Bewegungen durch die Arbeiterklasse dieser Länder begreifen.“

Bei Feststellung des Endergebnisses muß man sagen, daß sowohl die örtlichen Berichte als auch das umfangreiche Material, das in den Unterkommissionen der betreffenden Kolonien vorhanden war, zeigen, daß das „Hinterland“ der imperialistischen Länder die Stabilisierung des Kapitalismus in den Mutterländern gegenwärtig nicht nur nicht fördert, sondern, im Gegenteil, in noch größerem Maße als unmittelbar nach dem Weltkriege, einen äußerst unsicheren Ort für die Investierung von Kapital und für die Übertragung der Industrie darstellt. China, Ägypten, Persien, die Türkei, die Philippinen usw. haben im letzten Jahre einen noch immer anhaltenden Aufschwung der antiimperialistischen Bewegung gesehen — einer Bewegung, die sich immer mehr und mehr radikalisiert, d. h. immer unversöhnlicher wird in ihrem Kampfe für die Unabhängigkeit und für den Sturz des Imperialismus.

13. April 1925

E. VARGA: DAWESPLAN UND STABILISIERUNG DES KAPITALISMUS

Im allgemeinen wird angenommen, daß die Grundlage der im letzten Jahre unleugbar erfolgten teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus der Dawesplan sei. Dies ist richtig, insofern man bloß die bisherigen Auswirkungen der Verwirklichung des Dawesplanes in Betracht zieht; es ist aber vollkommen unrichtig, wenn man von der Durchführung des Dawesplanes die gleichen Wirkungen auch für die weitere Zukunft erwartet. Tatsächlich haben sich bisher nur die für den Kapitalismus günstigen Wirkungen des Dawesplanes ausgewirkt. Aber diese Wirkung muß in absehbarer Zeit in das Gegenteil umschlagen. Um dies zu beweisen, wollen wir kurz die Geschichte der Entstehung des Dawesplanes in Erinnerung bringen.

Der Versuch des französischen Imperialismus, durch direkten Zugriff im Ruhrgebiet sich die Reparationszahlungen zu sichern und das Deutsche Reich wirtschaftlich und politisch zu zertrümmern, führte infolge des Widerstandes Deutschlands, der insgeheim von England unterstützt wurde, zu dem vollständigen Zusammenbruch der deutschen Valuta. Dies bereicherte die obersten Schichten der deutschen herrschenden Klassen, brachte aber im Herbst 1923 Deutschland in die unmittelbare Nähe einer proletarischen Revolution. Nachdem die deutsche Bourgeoisie im Wege der Entwertung der Valuta die Expropriierung der Mittelschichten zu ihren Gunsten fast restlos durchgeführt hatte, ging sie ernstlich zur Stabilisierung der Valuta über. Dies wurde möglich durch die Niederlage des deutschen Proletariats im Herbst 1923. Diese zwei Tatsachen: die Niederlage des Proletariats und die Stabilisierung der Valuta, ermöglichten es der amerikanischen Bourgeoisie, die einen großen Überfluß an Geldkapital hat, das sich im Heimatland nur zu einem sehr niedrigen Zinssatz unterbringen läßt, in Deutschland Kapitalien profitbringend anzulegen: zu versuchen, Deutschland ökonomisch zu einer Kolonie der Vereinigten Staaten zu machen.

Die Sicherheit der in Deutschland angelegten amerikanischen Kapitalien erforderte aber, daß die Fähigkeit Deutschlands, Zinsen und Profite zu bezahlen, nicht durch einen neuerlichen Angriff Frankreichs unmöglich gemacht werde. Unter diesen Umständen entstand der Dawesplan. Der Dawesplan sollte also verschiedene Zwecke erfüllen: 1. die Möglichkeit einer amerikanischen Kapitalanlage in Deutschland schaffen und diese vor einem etwaigen französischen Angriff sichern; 2. Deutschland in den Zustand versetzen, überhaupt Reparationen zahlen zu können, ohne daß die Reparationszahlungen einen Zusammenbruch der deutschen Valuta herbeiführen; 3. die deutsche Industrie durch die Reparationszahlungen im Innern Deutschlands derartig belasten, daß es auf dem Weltmarkt der Industrie Englands und Frankreichs keine vernichtende Konkurrenz machen sollte.

Vergleichen wir diese Ziele miteinander, so sind die inneren Widersprüche derselben klar sichtbar. Der Dawesplan ist ein schwer zusammengeschweißtes

Kompromiß zwischen den Interessen der drei ausschlaggebenden imperialistischen Mächte: Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten. Das Interesse Frankreichs ist vor allem, Reparationszahlungen von Deutschland zu erhalten: Zahlungen, deren es zur Herstellung seines finanziellen Gleichgewichtes und zur Regelung seiner interalliierten Schulden aufs dringendste bedarf. England ist weniger an dem Empfang von Reparationszahlungen interessiert; bei dem großen Budget und den geordneten Finanzen Englands spielt der 22proz. Anteil an den deutschen Reparationen keine wichtige Rolle. Sein Hauptinteresse erfordert, daß die deutsche Industrie keine geringeren Steuern zahlen soll als die englische Industrie, daß im allgemeinen die Produktionsbedingungen der deutschen Industrie nicht günstiger sein sollen als jene der englischen, um die ohnehin schwerbedrängte englische Industrie vor der deutschen Konkurrenz einigermaßen zu schützen. Der Sinn des Weltkrieges für England war doch der, die drohende deutsche Konkurrenz aufs Haupt zu schlagen. Die Vereinigten Staaten haben keinerlei Interesse an Reparationszahlungen und haben ein geringes Interesse daran, der Entwicklung der deutschen Industrie Hindernisse in den Weg zu legen: Sie wollten nur eine sichere Basis für amerikanische Kapitalanlagen in Deutschland schaffen.

Der Dawesplan sollte allen diesen Forderungen gerecht werden. Er sollte die soziale Ordnung in Deutschland stabilisieren, er sollte Frankreich Reparationszahlungen und den Vereinigten Staaten Zinsen und Profite des anzuliegenden Kapitals sichern, andererseits aber England vor einer übermächtigen Konkurrenz der deutschen Industrie schützen.

Es ist leicht zu übersehen, daß der Dawesplan alle diese sich widersprechenden Zwecke nicht erfüllen kann. Deutschland kann Reparationen und Zinsen an das Ausland nur in der Form einer Ausfuhr von Waren und, der Natur der ganzen deutschen Volkswirtschaft entsprechend, nur in der Form der Ausfuhr von deutschen Industriewaren bezahlen, da Deutschland, mit Ausnahme von Kohle, weder landwirtschaftliche noch bergbauliche Rohstoffe ausführen kann, sondern im Gegenteil auf die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen angewiesen ist. Soll Deutschland im nächsten Reparationsjahre 1,2 Milliarden Goldmark, nach zwei Jahren aber bereits 2½ Milliarden Goldmark an Reparationen und außerdem Zinsen und Profite der in Deutschland angelegten Kapitalien bezahlen, so muß es eine stark aktive Handelsbilanz haben: d. h. eine sehr große Menge von Industriewaren auf dem Weltmarkt absetzen. Nachdem Deutschland für die Ausfuhr von Industrieartikeln einer erhöhten Einfuhr von industriellen Rohstoffen bedarf, müßte es in runder Summe seine Ausfuhr von Industriewaren um 6 Milliarden Goldmark jährlich erhöhen. Dies würde aber bei der bekannten Enge der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes für Industrieprodukte im Verhältnis zu dem vorhandenen Produktionsapparat eine ungemein scharfe Konkurrenz der deutschen Industrie gegenüber England, Frankreich, Belgien und den anderen europäischen Industrieländern bedeuten. Alle Zwecke, die sich der Dawesplan gesetzt hat, lassen sich unmöglich erfüllen. Entweder muß man auf Reparationszahlungen verzichten oder eine verstärkte Konkurrenz der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt mit in Kauf nehmen.

All dies ist klar und deutlich, scheint aber in Widerspruch zu stehen mit

den günstigen Resultaten, die die Durchführung des Dawesplanes bisher zeitigt hat. Tatsächlich hat sich die deutsche Wirtschaft seit der Verwirklichung des Dawesplanes sehr stark gefestigt, ohne daß die oben beschriebenen Folgen einer starken Konkurrenz auf dem Weltmarkt offensichtlich wären.

Indessen ist hieran nichts Verwunderliches. Wir stehen eben erst im Anfangsstadium der Auswirkung des Dawesplanes; im Anfangsstadium, das eben notwendigerweise diese günstigen Wirkungen nach sich ziehen mußte. Deutschland hat seit der Verwirklichung des Dawesplanes eine sehr große Summe an Auslandskrediten erhalten.* Was für eine Wirkung hatte diese Kreditgewährung auf Deutschland und auf die Weltwirtschaft? Nachdem nur ein ganz geringer Teil dieser Kredite in der Form von Gold nach Deutschland eingeführt wurde, bedeuten diese Kredite, daß Waren im gleichen Werte vom Weltmarkt nach Deutschland abgesetzt wurden. Dies bedeutet daher, daß die Absatzmöglichkeit der übrigen Welt nach Deutschland um die gleiche Summe erhöht wurde. Tatsächlich findet dieser Vorgang seine Widerspiegelung in der Gestaltung des deutschen Außenhandels, der seit dem Beginn der Durchführung des Dawesplanes eine gewaltige Passivität zeigt.

Ungefähre Ziffern der passiven Bilanz, ohne Gold- und Silbereinfuhr**

Jahr 1924	3600
November 1924	490
Dezember 1924	500
Januar 1925	600
Februar 1925	400

Die durch die Kredite erzeugte vermehrte Aufnahmefähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt erzeugte eine künstliche Besserung der Konjunktur. In Deutschland selbst dienten diese Kredite bzw. die Waren, die im Wege dieser Kredite nach Deutschland eingeführt wurden, vor allem dazu, den Mangel an zirkulierendem Kapital zu beheben. (In der Inflationsperiode wurden große Teile des zirkulierenden Kapitals in fixes Kapital verwandelt, so daß nach der Stabilisierung ein scharfer Mangel an zirkulierendem Kapital zutage trat: derselbe manifestierte sich in den bis auf 100% ansteigenden Jahreszinsen für Leihkapital.)

* Wie groß diese Summe ist, läßt sich nicht genau feststellen. Wir wissen aber den Betrag einzelner Elemente. Diese sind:

Eigentliche Dawesanleihe mit freier Zeichnung	800	Millionen	Goldmark
Sechs bis Anfang Februar 1925 öffentlich aufgelegte Anleihen in Amerika (Wirtschaftsdienst vom 20. März)	250	„	„
Kurzfristige Anleihen ohne freie Zeichnung	200	„	„
Aktienkäufe (Deutsche Bank 40 Millionen)	200	„	„
Kurzfristige Warenkredite	300	„	„

Zusammen 1750 Millionen Goldmark

Die Schätzungen der letzten Posten sind ziemlich ungewiß, dürften aber eher unter als über dem Tatsächlichen stehen. Das „Wallstreet Journal“ berichtet, daß allein in den Monaten Oktober/November 1924 der deutschen Industrie von den amerikanischen Banken über 200 Millionen Dollar = 840 Millionen Goldmark Kredite gewährt wurden. (Siehe Lapinski: Neue Phase des Imperialismus. Russisch, Seite 24.)

Seit der Niederschrift dieser Zeilen haben sich die an Deutschland gegebenen Kredite weiter erhöht: der Gesamtbetrag dürfte 2—3 Milliarden Goldmark ausmachen.

** Die Passivität des Außenhandels ist tatsächlich wahrscheinlich geringer als amtlich angegeben wird; wir geben stark abgerundete Zahlen!

Die Stabilisierung der Valuta machte außerdem jenen Vorrat von ausländischen Devisen und Banknoten, der sich in der Inflationsperiode als Zirkulationsmittel und als Reserve für ausländische Zahlungen in Deutschland angesammelt hatte, frei und er wurde ebenfalls zu Warenkäufen im Auslande, zur Deckung des Passivsaldo der Außenhandelsbilanz verwendet.

Auf diese Weise zeigten sich bisher fast nur die guten Folgen des Dawesplanes in einer Ankurbelung der deutschen Wirtschaft und einem vermehrten Ankauf ausländischer Waren durch Deutschland. Selbstverständlich können diese Wirkungen nicht von Dauer sein. Der Wendepunkt muß in der nächsten Zeit eintreten. Nachdem Deutschland die ersten Kredite verbraucht haben wird, wird es daran gehen müssen, die erhaltenen Kredite zu verzinsen und die im Dawesplan vorgesehenen Reparationsleistungen zu bezahlen, oder zumindest seinen „guten Willen“ in dieser Richtung zu zeigen. Es wird daher gezwungen sein, zu versuchen, seine Handelsbilanz aktiv zu gestalten, d. h. mehr Waren und vor allem mehr Fabrikate auszuführen. Diese Mehrausfuhr muß jährlich mehrere Milliarden betragen, um überhaupt eine Zahlung an das Ausland zu ermöglichen. Tritt dieser Wendepunkt ein, so wird sich das ganze Bild des Dawesplanes und seiner Wirkung auf den europäischen Kapitalismus jäh wandeln. Statt einen Überschuß von Waren vom Weltmarkt hereinzunehmen, wird Deutschland einen Überfluß an Waren auf den Weltmarkt werfen und dadurch die Krise der westeuropäischen Industrieländer, damit im Zusammenhang die Arbeitslosigkeit, verschärfen.

Selbstverständlich kann auch der Fall eintreten, daß Deutschland überhaupt keine oder nur sehr geringe Reparationen zahlen wird. Wir halten diesen Fall für den wahrscheinlicheren. Der Dawesplan setzt für Reparationszahlungen die Bedingung fest, daß durch dieselben die deutsche Valuta nicht entwertet werden darf. Um dies zu sichern, wurde das kunstvolle System des Transfers geschaffen. Das heißt, die zur Reparationszahlung nötigen Summen werden zwar von der deutschen Regierung dem jährlichen Weltprodukt des deutschen Volkes entzogen und in deutscher Mark in der Reichsbank auf Reparationskonto eingezahlt. Die Überführung dieser Summe nach dem Ausland darf aber nur dann und in solcher Weise erfolgen, daß dadurch die deutsche Mark nicht entwertet wird. Es ist leicht vorauszu- sehen, daß die deutschen Kapitalisten durch eine verdeckte Kapitalanlage im Auslande stets die Möglichkeit haben werden, die deutsche Mark an dem Rande der Stabilität zu halten, so daß jeder Versuch einer Transferierung in größerem Maßstabe zu einer Entwertung der deutschen Valuta führen müßte. Die deutschen Kapitalisten haben ein um so größeres Interesse an einem solchen Vorgang, als die bei der Reichsbank sich auf Reparationskonto ansammelnden Beträge an deutsche Kapitalisten ausgeliehen werden. Es ist ferner in Betracht zu ziehen, daß im Sinne des Dawesplanes nicht mehr als eine Milliarde Mark in bar sich bei der Reichsbank ansammeln und nicht mehr als insgesamt 5 Milliarden in deutschen Wertpapieren angelegt werden dürfen. Sind diese Grenzen erreicht, so tritt automatisch ein Stillstand in den Einzahlungen bei der Reichsbank ein: die Reparationszahlungen werden sistiert. Auf diese Weise ist es vorauszu- sehen, daß eine wirkliche Transferierung nicht stattfinden wird, keinesfalls in dem Maße, wie es der Dawesplan voraussieht, und wie es zur Herstellung eines Gleichgewichts des französischen Staatshaushalts notwendig wäre.

Auch auf diesem Punkte wird sich der Gegensatz zwischen den Interessen der imperialistischen Mächte verschärfen. Für Amerika besteht die Möglichkeit, die auf Reparationskonto sich in Deutschland ansammelnden Gelder durch eine Scheintransferierung in amerikanisches Kapital zu verwandeln. Der Vorgang wäre folgender: Amerikanische Kapitalisten kaufen Aktien von deutschen Industrieunternehmen, eventuell Häuser und Liegenschaften in Deutschland an. Sie tätigen diese Käufe in deutscher Mark, indem sie von der bei der Reichsbank auf Reparationskonto liegenden Summe Markbeträge gegen Dollarbeträge eintauschen. Auf diese Weise ist, rein finanziell betrachtet, der Transfers vollzogen. Deutsche Mark ist in amerikanische Dollars verwandelt. Ökonomisch betrachtet, ist aber der Transfers insofern doch nicht vollzogen, als keine Werte das Gebiet von Deutschland als Reparationsleistungen verlassen haben. Der Erfolg dieser Transaktion wäre, daß die amerikanische Kapitalanlage in Deutschland immer größer und größer und infolgedessen die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands von Amerika immer stärker würde. Selbstverständlich könnte dies auch nicht unbegrenzt weitergehen, und früher oder später muß ein Zeitpunkt eintreten, wo die Zinsen für diese amerikanischen Kapitalien zusammen mit den Reparationen gezahlt werden müssen, ein Zeitpunkt, in dem Deutschland mit dem Vorschlag einer neuerlichen Herabsetzung der Reparationsleistungen an die Entente herantreten wird.* Wir sehen aus alledem, daß der Dawesplan in der Praxis sich ganz anders auswirken wird, als man es sich ursprünglich vorstellte.

Wir sagten oben, daß der Einfluß, den der Dawesplan auf das Ausland ausüben muß, sich noch nicht ausgewirkt hat. Dies ist insofern nicht ganz richtig, als die Auswirkungen in der letzten Zeit beginnen, sich ziemlich scharf geltend zu machen. In dem Maße, als die Wirtschaft Deutschlands sich bessert, tritt der Druck der deutschen Industrie auf die umliegenden Länder immer schärfer hervor. Insbesondere ist dies in der Schwerindustrie der Fall. Kohlenproduktion und Kohlenexport Englands sind im Jahre 1924 fast genau um dieselbe Quantität geringer geworden, um die sich die Produktion Deutschlands gehoben hat. Ähnlich steht es auch mit der Eisen- und Stahlindustrie. Diese Auswirkung beginnt sich nunmehr auch auf die anderen Zweige der Industrie auszudehnen. Besonders viel beachtet wurde die Tatsache, daß vor einigen Wochen eine englische große Reederei sechs neue Motorschiffe à 10 000 Tonnen in Deutschland bestellt hatte. Die Preis-

* Wie stark bereits die Abhängigkeit Deutschlands von dem amerikanischen Kapital ist, zeigt ein Artikel in einer der großen amerikanischen Zeitschriften, „The Annalist“ vom 9. März 1925. Im Zusammenhang mit der Aufwertungsfrage in Deutschland wird hier ausgeführt, daß eine Aufwertung die Interessen der amerikanischen Geldgeber sehr nahe berührt, dies sowohl was die Unterzeichner der Dawesanleihe wie auch der privaten Kreditoren anbelangt. „Bevor Thyssen, die AEG oder irgendein großer Industriekonzern einen Cent in New York erhält, müssen sie ihre Bilanz vorlegen, die unter anderem auch den Betrag an Obligationen und Hypothekenschulden aufweisen muß. Diese Bilanzen waren basiert auf der Aufwertungsverordnung vom 14. Februar 1924, laut der die Vorkriegs-Goldhypotheken und Obligationen, die in entwerteter Papierwährung zurückgezahlt wurden, endgültig tot scheinen, während solche, die noch nicht ausbezahlt werden, bloß mit 15% des Originalgoldbetrages bewertet wurden. Sollte Dr. Luther, entsprechend den Forderungen der Kreditoren, diese 15% auf 30% erhöhen, so würden dadurch die neuen ausländischen Geldgeber geschädigt, die Bilanzen würden zurückgehend sich als unrichtig erweisen usw.“

differenz zwischen dem Angebot der deutschen Werften und den englischen Werften war eine ganz riesige: 60 000 Pfund per Schiff, also 1,2 Millionen Goldmark. Bei der ungemein schwierigen Lage des englischen Schiffbaues — es sind noch immer 31% der englischen Schiffbaugesellschaften ohne Bestellungen — hat diese Nachricht in England alarmierend gewirkt. Die ganze englische kapitalistische Presse schrieb tagelang über diese Angelegenheit. Dieser Tage bereits wurde eine gemeinsame Konferenz der englischen Schiffbauer und der Schiffbauarbeiter zusammenberufen, um über die Lage des englischen Schiffbaues zu beraten.

Es ist ganz klar, was es bedeutet, wenn die Kapitalisten Arbeiter irgendeines Industriezweiges zu einer solchen Beratung einladen. Es heißt: Ihr müßt entweder niedrigere Löhne annehmen oder in einen längeren Arbeitstag einwilligen oder in derselben Zeit mehr Arbeit leisten. Das ist der Sinn jeder derartigen gemeinsamen Konferenz. Mit anderen Worten: Die Tatsache der durch die Reparationsleistungen bedingten niedrigeren Lebenshaltung und langen Arbeitszeit der deutschen Arbeiter wird von den Kapitalisten aller konkurrierenden Länder zu dem Zwecke ausgenützt, ähnliche Arbeitsbedingungen den eigenen Arbeitern aufzuzwingen mit der Begründung, daß ohne dies die Arbeitslosigkeit überhaupt nicht behoben werden kann. Mit einer bemerkenswerten Schärfe wurde dies unlängst von dem früheren Minister in der englischen Arbeiterregierung Wheatley im Glasgower „Forward“ ausgeführt:

„Entweder müssen sich die britischen Arbeiter mit dem Existenzminimum der kontinental-europäischen Arbeiter begnügen, oder aber wir müssen unsere Wirtschaftsordnung umwälzen . . .“

Was vollzieht sich jetzt in der Kohlenindustrie? Unsere Bergleute haben den siebenstündigen Arbeitstag. Ihre deutschen Kollegen arbeiten neun Stunden. Die Transportkosten deutscher Ausfuhrkohle von Dortmund nach Glasgow belaufen sich auf die Kosten einer halben Stunde Arbeit pro Tag des Bergmanns. Auf diese Weise kann der schottische Fabrikant für denselben Preis $8\frac{1}{2}$ t deutscher Kohle erhalten gegen nur 7 t schottischer Kohle. Es ist selbstverständlich, daß der schottische Kapitalist die $8\frac{1}{2}$ t deutscher Kohle den 7 t schottischer Kohle vorziehen wird. Dieser Konkurrenz muß der schottische Bergbau unterliegen. Entweder müssen die schottischen Zechen stillgelegt werden, oder aber der schottische Bergmann muß neun Stunden arbeiten für einen Lohn, der dem deutschen Lohne gleichkommt. — Dieselben Aussichten stehen den meisten Industriezweigen Großbritanniens bevor, und ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß die Konkurrenz mit den Erzeugnissen der Schwitzarbeit das Lebensniveau der britischen Arbeiter auf das ihrer ausländischen Konkurrenten herabdrücken muß.“

Diese Darstellung Wheatleys ist zwar etwas agitorisch übertrieben, entspricht aber im Wesen den Tatsachen. Der Versuch der Durchführung des Dawesplans bedeutet vor allem die Herabsetzung der Lebensverhältnisse der mit Deutschland konkurrierenden Arbeiter.

Selbstverständlich bedeutet dies aber keine Lösung der Reihe von Krisen in den westeuropäischen Industrieländern. Wenn die Produktionskosten der Industrieprodukte durch eine Herabsetzung der Arbeitskosten der andern Länder auf das Niveau Deutschlands herabgesetzt werden, so bedeutet das keinesfalls eine Lösung des Problems der Überindustrialisierung West-

europas. Der einzelne Kapitalist sieht natürlich die Ursache dessen, daß er seine Waren nicht absetzen kann, in den niedrigeren Produktionskosten des Konkurrenten. Aber für die ganze Kapitalistenklasse bedeutet die Herabsetzung der Arbeitslöhne wohl eine Vergrößerung des Mehrwerts, aber keine Möglichkeit, die überflüssigen Produktionsanlagen und die riesige Arbeitslosenarmee zusammenzubringen und die Produktion zu erhöhen, da eben für die Produktion des ganzen Produktionsapparates für absehbare Zeit kein Absatz vorhanden ist. (Nach einiger Zeit wird ein gewisser Ausgleich eintreten, erkaufte durch gewaltige Leiden und Entbehrungen der europäischen Industriearbeiterschaft: Arbeitslosigkeit, Auswanderung, Rückkehr zur Landwirtschaft usw., wenn die Verschärfung der Klassengegensätze nicht früher zur Revolution führt.)

Es ist leicht vorauszusehen, daß die Kapitalisten der Industrieländer durch den Versuch, das Lebensniveau ihrer Arbeiterschaft auf das Niveau der deutschen Arbeiterschaft herabzudrücken, große Klassenkämpfe entfesseln werden. Aber selbst in dem Fall, daß sie in diesen Kämpfen Sieger bleiben, ist das Problem nicht gelöst. Sie werden daher früher oder später zu dem Mittel greifen, das die Imperialisten in solchen Fällen von jeher angewandt haben: sie werden mit der Waffe in der Hand darüber zu entscheiden versuchen, wem der für alle zusammen zu eng gewordene Absatzmarkt zufallen soll. Neue imperialistische Kämpfe sind — trotz der Abrüstungskomödie und dem Völkerbundsschwindel — auf dieser Basis ganz klar vorauszusehen.

Es ist daher kein Grund vorhanden zur Annahme, als ob die guten Wirkungen, die der Dawesplan bisher gezeitigt hat, anhaltend und endgültig wären, als ob der Dawesplan ein wichtiges Element der Stabilisierung des Kapitalismus wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Der Wendepunkt in der Wirkung des Dawesplanes steht nahe bevor. Aus einem Element der Stabilisierung wird der Dawesplan alsbald zu einem Element der Unruhe, der Verschärfung der Klassenkämpfe und der imperialistischen Gegensätze werden.

JAY LOVESTONE: DIE KLASSENSCHICHTUNG IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Eine Analyse der Klassenschichtung in den Vereinigten Staaten ist aus zwei besonderen Gründen zeitgemäß und instruktiv.

Der Weltkrieg hat die letzten Schranken der „glücklichen Isolierung“ zerstört, deren sich der amerikanische Kapitalismus einst gerühmt hat. Die rapide Entwicklung des nordamerikanischen Imperialismus im Laufe des letzten Jahrzehntes hat die Lebensbedingungen der Vereinigten Staaten und der übrigen Welt mehr als je zuvor in engste Abhängigkeit voneinander gebracht. Daher gewinnt die sich rapide herauskristallisierende Neugruppierung der Klassen, der politischen Kräfte, in den Vereinigten Staaten heute eine große internationale Bedeutung.

Ein Querschnitt

Seit die Vereinigten Staaten das finanziell und industriell führende Land der Welt sind, sind viele Versuche unternommen worden, um ein klares Bild der Verteilung ihrer ländlichen und städtischen Bevölkerung und ihrer Klassenzusammensetzung zu gewinnen. Erst im Jahre 1920 ergab die amerikanische Volkszählung eine Mehrheit der in Städten mit über 2500 Einwohnern lebenden Bevölkerung. Die Volkszählung im Jahre 1920 ergab eine städtische Bevölkerung von 51,4% der Gesamteinwohnerschaft, gleich 54 304 603 Köpfen, und eine Landbevölkerung von 48,6%, gleich 51 406 017 Köpfen. Selbst heute noch ist nur in 14 von den 41 amerikanischen Staaten die städtische Bevölkerung im Übergewicht.

Aber mit dem raschen industriellen Aufschwung wurde die Tendenz zum Überwiegen der städtischen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren recht bemerkenswert. Während des letzten Jahrzehnts wuchs die Zahl der Stadtbevölkerung der Vereinigten Staaten um 28,8% und die der Landbevölkerung nur um 3,2%. Die starke landwirtschaftliche Depression, die die Vereinigten Staaten während der letzten fünf Jahre durchmachten, hat diese Tendenz erheblich verschärft. Allein im Jahre 1922 war eine Abwanderung von ungefähr 1 200 000 Personen vom Lande nach den Städten zu verzeichnen, größtenteils infolge der furchtbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich die Farmer befanden.

Die erwerbstätige Bevölkerung

Laut der Volkszählung im Jahre 1920 leben in den Vereinigten Staaten 41 614 248 Personen im Alter von zehn Jahren aufwärts, die gegen Entgelt arbeiten. Dies zeigt einen Zuwachs von knapp gerechnet 9% gegenüber der erwerbstätigen Bevölkerung im Jahre 1910. Zur Zeit arbeiten 39,4% der Gesamtbevölkerung gegen Entgelt.

Prüfen wir die Verteilung der arbeitenden Bevölkerung, so finden wir, daß 12 818 524 Personen in Fabrik- und Handwerksbetrieben beschäftigt sind, 10 953 158 arbeiten in Land- und Forstwirtschaft und Viehzucht, 1 090 223 in der Mineralgewinnung, 3 063 582 als Transportarbeiter, 3 126 541 in kaufmännischen Betrieben und der Rest im Handel, in freien Berufen, als Haus- und Dienstpersonal und als Beamte.

Die Tendenz zur Industrialisierung

In den letzten zehn Jahren ist die Bevölkerung der Vereinigten Staaten um 15,6% gewachsen. In derselben Zeit erhöhte sich die Zahl der in der Industrie beschäftigten Personen um 31,6%, während die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten um 13,5% sank.

Eine Untersuchung dieser Tendenz über eine längere Periode von Jahren ist im höchsten Maße belehrend. Seit 1870 zeigt sich eine ständige Abnahme der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen. Im Jahre 1900 machten die in der Landwirtschaft Beschäftigten 35,7% aller Erwerbstätigen aus. Im Jahre 1910 sank dieses Verhältnis auf 33,2% und im Jahre 1920 auf 26,3%. Die fortgesetzte Entwicklung des Kapitalismus rief nicht nur gewaltige industrielle Unternehmungen ins Leben, die die landwirtschaftliche Bevölkerung in die Städte zog, sie bedeutete auch das Ende des freien Landes.

Die Produktion in der amerikanischen Industrie hat in immer größerem Maße einen sozialen Charakter angenommen und geht immer mehr zur Verwendung hochentwickelter arbeitsparender Maschinen über. In dieser Beziehung ist die amerikanische Landwirtschaft jedoch weit im Hintertreffen geblieben. Das Eindringen arbeitsparender Maschinen in die Landwirtschaft ist behindert gewesen durch die individuelle Produktion — die individuelle Farmwirtschaft —, die in der amerikanischen Landwirtschaft vorherrscht. Der Weltkrieg hat nur die Kluft vergrößert, die hinsichtlich der Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Organisation zwischen der amerikanischen Landwirtschaft und Industrie besteht. Der einzelne Farmer wird immer hilfloser gegenüber den Finanz- und Industriegewaltigen, die immer mehr und mehr den Boden sowohl als auch die Produktion und den Handel in ihre Gewalt bringen. Die wachsende Zahl verlassener Farmwirtschaften, die steigende Abwanderung vom Lande in die Städte, die immer höher anschwellenden Bankrotzziffern der Farmer sind ein weiteres sprechendes Zeugnis für die Proletarisierung der Farmermassen und ihre dadurch erzwungene Abwanderung in die Industriezentren.

Von 1910—1920 sank die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten um 1 705 924. In derselben Periode erhöhte sich die Zahl der in den Industrien, in der Erzgewinnung, im Transport und als Bureauangestellte Beschäftigten um 4 130 497. Der Prozentsatz der in den Industrien Beschäftigten stieg von 22,5% im Jahre 1900 auf 27,8% im Jahre 1910 und 30,8% im Jahre 1920. Der Prozentsatz der im Transport Beschäftigten stieg von 6,9% im Jahre 1910 auf 7,4% im Jahre 1920, im Bergbau von 2,5% auf 2,6%. Die Zahl der in den Bureaus Tätigen stieg von 1 737 035 oder 4,0% aller Beschäftigten im Jahre 1910 auf 3 126 541 (= 7,5%) im Jahre 1920.

Die Entwicklung einer Produktion auf großer Grundlage und eines Großhandels erweckt einen steigenden Bedarf an kaufmännischen Hilfskräften und erklärt in erster Linie das Wachsen der letztgenannten Kategorie der erwerbstätigen Bevölkerung.

Die Tendenz zur Proletarisierung

Die gigantischen Fortschritte der Vereinigten Staaten in ihrer industriellen Entwicklung haben zahlreiche Veränderungen in der Klassenzusammensetzung der amerikanischen Gesellschaft mit sich gebracht.

Die letzten Jahre haben ein positives Wachsen in der zahlenmäßigen Stärke der Lohnarbeiter gesehen. Von 1910—1920 stieg die Gesamtzahl der Lohnarbeiter — Handarbeiter und Bureauangestellte — von 22 406 714 auf 26 080 689, das ist eine Steigerung um 3 673 975. Heute bilden diese Elemente 62,7% oder die entscheidende Mehrheit der Erwerbstätigen. Es sind dies die Lohnarbeiter, die beschäftigt sind in der Industrie, der Erzeugung, den Bauindustrien, dem Transport, als ständige Maschinisten oder Heizer, im Handel, in den Bureaus, als landwirtschaftliche Arbeiter usw. Im Jahre 1910 machten diese Elemente nur 58,7% der Gesamtzahl der Erwerbstätigen aus.

Von diesen Lohnarbeitern bildet das Industrieproletariat den größten und ständig wachsenden Teil. Die Volkszählung in den Vereinigten Staaten zeigt, daß das industrielle Proletariat — die Lohnarbeiter im Bergbau und in den Steinbrüchen, in der Industrie, im Baugewerbe, im Transport und die ständigen Maschinisten und Heizer — von 12 800 325 im Jahre 1910 auf 15 540 486 im Jahre 1920 stieg. In diesem Jahrzehnt erhöhte sich das prozentuale Verhältnis des industriellen Proletariats zu der Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 35,5 auf 37,3. Heute bildet das industrielle Proletariat nahezu 60% (59,5) aller Lohnarbeiter. In dem vorhergegangenen Steuerjahr machte das industrielle Proletariat 57,1% der Lohnarbeiter aus.

Während das industrielle Proletariat zahlenmäßig wuchs, ist das landwirtschaftliche Proletariat — gemietete Farmarbeiter — absolut und relativ zusammengeschmolzen. Von 1910—1920 sank die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter von 3 143 773 (8,2% aller Erwerbstätigen) auf 2 500 612 oder 5,2%.

Gleichzeitig ist auch die Zahl der Lohnarbeiter in häuslichen und persönlichen Diensten sowohl absolut als auch relativ gesunken. In der Periode von 1910—1920 sank die Zahl dieser Lohnarbeiter von 3 185 907 (8,3%) auf 2 902 955 (6,9%). Diese Lohnarbeiter werden genau wie die landwirtschaftlichen Arbeiter unaufhörlich von den Reihen des industriellen Proletariats aufgesogen. Zu beachten ist, daß diese Art Lohnarbeiter selten zu Bureauarbeitern oder kleinen Geschäftsleuten aufsteigen.

Und eine Betrachtung der nicht zu den Lohnarbeitern zählenden Elemente legt weiteres Zeugnis ab von dem Wechsel in der Klassengruppierung in den Vereinigten Staaten. Die Zahl der Arbeitgeber und selbständig Arbeitenden, zu denen wir die Farmbesitzer, Industriellen, Bankiers, Eisenbahnmagnaten, Kaufleute usw. rechnen, ist gleichfalls absolut und relativ in der letzten Volkszählungsperiode gesunken. In den Jahren 1910—1920 sank diese Gruppe von 13 175 711 (34,7%) auf 11 974 369 (28,8%). Wir sehen

hier eine Abnahme von 1 201 342 im letzten Jahrzehnt. Die Abnahme erfolgte auf Kosten der Farmbesitzer und der Kapitalisten in der Industrie. Die Zahl der letzteren (der Bourgeoisie) sank von 989 395 im Jahre 1910 auf 652 308 im Jahre 1920 — ein Rückgang von 337 088 in diesem Zeitraum.

Gleichzeitig mit der Entwicklung der Industrie und der Zunahme des industriellen Proletariats wächst vorübergehend auch die Zahl der höheren Angestellten. Die Zahl der technischen Spezialisten, Chemiker, Bergwerksingenieure, Transportdirektoren, Farminspektoren, Ärzte, gewisser Typen von Mittelsmännern usw., die diese Gruppe der Erwerbstätigen bilden, stieg von 2 482 478 (6,5%) im Jahre 1910 auf 3 540 608 (8,5%) im Jahre 1920. Es ist daran zu erinnern, daß in diese Gruppe auch die im „Staatsdienste“ Tätigen rangieren — in weitem Maße die Regierungsbeamten. Die Tendenz zur Industrialisierung und Proletarisierung mit der sich daraus ergebenden Verschärfung der Klassenkonflikte bringt mit sich das Anwachsen einer riesigen Regierungsbureaucratie, eines gewaltigen Staatsapparates als Waffe der Bourgeoisie gegen die Arbeiter. Die Zahl der Staatsangestellten stieg von 476 347 im Jahre 1910 auf 801 826 im Jahre 1920 — eine Zunahme von 325 479 oder 58,3%.

Schlußfolgerung

Die Entwicklung des riesenhaften industriellen Apparates der Vereinigten Staaten schuf naturgemäß die Basis für das Wachstum einer großen und definitiv kristallisierten arbeitenden Klasse.

Die ausgesprochenen Tendenzen zur Industrialisierung und Proletarisierung der Farmermassen bewirken ein ständiges und schnelles Wachsen der städtischen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten.

Während die erwerbstätige Bevölkerung langsamer zunimmt als die Bevölkerung im allgemeinen, steigt die Zahl des industriellen Proletariats in einem schnelleren Tempo als die der Gesamtbevölkerung. Diese scharfe Tendenz zur Proletarisierung des Landes ist von ungeheurer Bedeutung. Gleichzeitig mit dem Wachstum des industriellen Proletariats ist eine riesenhafte Armee von Angestellten der Regierungsbureaucratie entstanden, ein riesenhafter zentralisierter Staatsapparat mit einer mächtigen Armee, einer Nationalgarde, Offiziersausbildungskorps, einer Flotte und Kriegsmarine. Beide Tendenzen sind Zeugnisse der Verschärfung der Klassenscheidung in der Zusammensetzung der amerikanischen Gesellschaft.

Zu dieser Entwicklung ist die Tatsache hinzuzufügen, daß die überwältigende Mehrheit der bankrotten Farmerbevölkerung, vom Lande in die Städte und in die Industrie getrieben, keine Einwanderer sind, sondern im Lande Geborene. Diese das Land und die individualistisch organisierte Landwirtschaft verlassenden Amerikaner strömen in die monopolisierten Grundindustrien, die auf sozialer Basis organisiert sind. Schon die die Einwanderung beschränkenden Gesetze und der Weltkrieg haben sich als ein mächtiger Faktor erwiesen für die Entwicklung einer einheitlichen Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten. Aber der Zuzug der einheimischen Farmermassen in die Industriezentren sollte sich als ein noch stärkerer und wirksamerer Antrieb für die Entwicklung eines einheimischen und einheitlichen Prole-

tariats erweisen. Nach vorsichtiger Schätzung haben innerhalb der letzten zehn Jahre nicht weniger als 6,5 Millionen Farmer ihre Wirtschaften verlassen und sind in die Städte gezogen.

Einmal in der Industrie tätig, sind diese einheimischen Arbeiter leicht geneigt, ihre sozialen und politischen Ansichten zu ändern. Ihr psychologischer sowohl als auch ihr wirtschaftlicher Zustand unterliegt einem gründlichen Wechsel. In der Regel ungelernt, wendet der proletarisierte einheimische Farmer sich den Industrien zu, in denen schwere, halb- oder nichtqualifizierte Maschinenarbeit verlangt wird. Hier kommt er mit den eingewanderten Arbeitermassen in den grundlegenden Industrien zusammen. Die schwer schätzbare politische Bedeutung dieses Massenzustroms einheimischer Elemente in die Grundindustrien kann nur gewürdigt werden, wenn man bedenkt, bis zu welchem Grade die eingewanderten Arbeiter in den Großindustrien bis zur Stunde vorherrschend sind.

Die eingewanderten Arbeiter machen sieben Zehntel der Arbeiter in der Steinkohlengewinnung aus, sie leisten sieben Achtel aller Arbeit in den Wollfabriken, liefern neun Zehntel aller Arbeit in den Baumwollfabriken, sie produzieren neunzehn Zwanzigstel der gesamten Kleidung, mehr als die Hälfte des Schuhwerks, sie bauen vier Fünftel aller Möbel, raffinieren neunzehn Zwanzigstel des gesamten Zuckers und machen endlich 60% aller Stahlarbeiter aus. Es ist offensichtlich, daß die Einbeziehung großer Massen politisch weniger unfreier (und in amerikanischen politischen Angelegenheiten erfahrener), enteigneter landwirtschaftlicher Massen in diese neue wirtschaftliche Umgebung eine revolutionäre Bedeutung hinsichtlich der Entwicklung einer einheimischen klassenbewußten, revolutionären Arbeiterklasse hat.

Wenn man weiter die in den letzten Jahren erfolgte rapide Herausbildung einer machtvoll zentralisierten Regierung in den Vereinigten Staaten in Betracht zieht, so wird man die neuen revolutionierenden, in der Nachkriegszeit erwachsenen Faktoren für die Entwicklung des Klassenbewußtseins des amerikanischen Proletariats gewahr werden. Wir brauchen nur die Rolle der Regierung bei der Niederwerfung der Streiks in der Textilindustrie, in den großen Eisenbahn- und Kohlengrubenstreiks von 1922 zu betrachten, um eine Idee zu erhalten von der Promptheit und Brutalität, mit der die amerikanische Regierung bei den Klassenkämpfen in den Vereinigten Staaten ihre gesamten militärischen, finanziellen und richterlichen Machtmittel in die Wagschale wirft, zum Vorteil der Bourgeoisie und gegen das Proletariat. In einem späteren Artikel gedenkt der Verfasser die deutliche Tendenz zur politischen Radikalisierung des Proletariats in den Vereinigten Staaten als Resultat der neuen ökonomischen Klassengruppierung in der amerikanischen Gesellschaft zu behandeln. Das Amerika, das die Welt vor dem imperialistischen Krieg kannte, vor dem Dawesplan, vor dem Erwachen einer mächtigen zentralisierten Regierungsgewalt, vor der definitiven Heraustriskalisierung eines mächtigen industriellen Proletariats, vor der schlimmsten Agrarkrise in der Geschichte der Vereinigten Staaten — dieses Amerika existiert nicht mehr.

A. MARTYNOW :

FERDINAND LASSALLE UND DIE DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE

(Zum hundertsten Geburtstage Lassalles)

Die Geschichte des Lassalleanertums ist ein getreues Abbild der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie überhaupt.

Die heute an Altersschwäche krankende Sozialdemokratie hat eine stürmische Jugendzeit hinter sich. Ist es doch Lassalle, der sie in seinem ersten politischen Auftreten verkörpert. „Herr Lassalle“, so schrieb der Dichter Heinrich Heine, „ist nun einmal so ein ausgeprägter Sohn der neuen Zeit, die nichts von jener Entsagung und Bescheidenheit wissen will, womit wir uns mehr oder minder heuchlerisch in unserer Zeit hindurchgelungert und hindurchgefasset. . . Wir, die Alten, beugten uns demütig vor dem Unsichtbaren, haschten nach Schattenküssen und blauen Blumengerüchen, entsagten und flonnten und waren doch vielleicht glücklicher als jene harten Gladiatoren, die so stolz dem Kampftode entgegengehen.“ Die größte Tat, die der „harte Gladiator“ Lassalle vollbrachte, war die Lösung der Arbeiter vom Liberalismus und die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei in Deutschland. 1868 schrieb Marx in einem Brief an Schweitzer: „Nach 15jährigem Schlummer rief Lassalle — und dies bleibt sein unsterbliches Verdienst — die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland.“ Lassalle gab der deutschen Arbeiterbewegung, die zu Beginn der sechziger Jahre hinter der Bourgeoisie hertrötelte, eine selbständige politische Plattform.

In seinen glänzenden Reden „Über Verfassungswesen“ und „Was nun?“ wies er den Liberalen die Fruchtlosigkeit ihrer Taktik nach. Er sagte, es wäre sinnlos, die Konstitution auf dem Papier anzubeten und der Macht das Recht entgegenzustellen. Eine wahre Konstitution werde durch das Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte bestimmt. Deshalb müsse man, wenn man den Absolutismus besiegen wolle, in erster Linie die konstitutionellen Illusionen zerstören, deshalb müsse man „aussprechen, was ist“, dem Absolutismus die Maske des vermeintlichen Konstitutionalismus herunterreißen, ihn, wenn er sich nicht mehr auf der Spitze der Bajonette halten kann, zum Zurückweichen zwingen und keine Kompromisse mit ihm schließen, sondern mit ihm kämpfen, den „Daumen aufs Auge, das Knie auf die Brust“.

Gleichzeitig mit seinem Versuch, die Liberalen

zum entscheidenden Kampfe vorwärtszutreiben, und kurz nach dem Scheitern dieses Versuches setzte Lassalle in seinen Reden „Das Arbeiterprogramm“, „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen“ und in seinem „Offenen Antwortschreiben an das Zentralkomitee“ in glänzender, populärer Form den Arbeitern die historische Mission ihrer Klasse und die Notwendigkeit eines selbständigen politischen Kampfes auseinander. In diesen Schriften, ebenso in dem Buche gegen Schulze-Delitzsch, macht er den deutschen Arbeitern den Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeit und denen des Kapitals klar, die Unzulänglichkeit jener kläglichen Selbsthilfe-Organisationen, mittels deren die Bourgeoisie unter Vermittlung des Schulze-Delitzsch versuchte, das Proletariat von seinem Befreiungskampfe abzulenken, dem Kampfe, der nur in politischer Form siegreich sein kann.

In seinem Kampfe gegen die liberale Bourgeoisie (leider nur hier) hat Lassalle praktisch das Gebot verwirklicht, das in seinem Drama „Balthasar“ dem Führer des ritterlichen Aufstandes, Franz von Sickingen, gibt: „Oh, nicht der Erste seid Ihr, werdet nicht der Letzte sein, dem es den Hals wird kosten, in großen Dingen schlaue zu sein. Verkleidung gilt auf dem Markte der Geschichte nicht, wo im Gewühl die Völker dich nur an der Rüstung und dem Abzeichen erkennen; drum hülle stets vom Scheitel bis zur Sohle dich kühn in deines eignen Banners Farbe.“ In seinem leidenschaftlichen Kampf gegen die liberale Bourgeoisie wandte Lassalle meisterhaft das von ihm geschaffene Prinzip der Offensivtaktik an. „Alle Kunst praktischer Erfolge“, sagte er, „besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt — auf den wichtigsten Punkt — zu konzentrieren und nicht nach rechts und links zu sehen.“ (Leider hat Lassalle bei der Anwendung dieser Taktik in seiner Sucht nach praktischen Erfolgen, je länger um so mehr, die revolutionären Perspektiven aus dem Auge verloren.)

Lassalle stürzte sich in das Gewirr des politischen Lebens Deutschlands und bahnte mit der Meisterschaft eines überwindlichen Kämpfers den Weg für eine selbständige Politik der Arbeiterklasse. Doch dieser „Gladiator“ hatte nicht nur eine kraftvolle rechte Hand, er hatte auch

eine linke. Lassalle beging große Fehler in Theorie und Praxis, die in der künftigen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie verhängnisvolle Bedeutung gewannen, Fehler, die nicht bloß durch seine spezifisch persönlichen Eigenschaften, sondern auch durch das rückständige nationale Milieu bedingt waren, in dem er die ersten Steine zum Fundament der deutschen sozialdemokratischen Partei legte, und über das er sich nicht erheben konnte wie Marx, der Internationalist bis ins Mark der Knochen.

Elnige Irrtümer Lassalles stellen nur die „Kinderkrankheit“ der deutschen Sozialdemokratie dar. Das sind die Fehler, die Marx in dem oben erwähnten Brief an Schweitzer feststellt: der sektiererische Geist der Lassalleschen Organisationen mit ihrem Kultus des Sektenhelden, Lassalles Vorliebe für angeblich wunderartige Universalmittel, die der Arbeiterklasse den sofortigen Sieg sichern (Einführung des allgemeinen Wahlrechts, Organisation von Produktivassoziationen, die vom Staat subventioniert werden). Diese jugendlichen Fehler und Illusionen überwand die deutsche Sozialdemokratie verhältnismäßig rasch. Mit der Zeit überwand sie auch dank den veränderten politischen Bedingungen den anderen, viel gefährlicheren Fehler des Lassalleantertums, sein zweideutiges Spiel mit Bismarck: Das von Bismarck erlassene Sozialistengesetz öffnete den deutschen Arbeitern die Augen und zeigte ihnen die wahre Grundlage der Bismarckschen Sozialdemagogie; andererseits schaffte die zur vollendeten Tatsache gewordene, von oben herab mit „Blut und Eisen“ unter preußischer Hegemonie bewerkstelligte Einigung Deutschlands eine der wichtigsten Fragen aus der Welt, die scharfe Gegensätze zwischen den Marxisten, den Eisenachern und den Lassalleanern hervorgerufen hatte. Von Lassalles idealistischer Deutung der Geschichte, von seiner Entstellung der marxistischen ökonomischen Theorie („ehernes Lohngesetz“) und von der daraus folgenden Verneinung der Gewerkschaftsbewegung war die deutsche Sozialdemokratie geheilt.

Der Marxismus schien also in der deutschen Sozialdemokratie den vollen Sieg über das Lassalleantertum davongetragen zu haben. Das fand seinen Ausdruck darin, daß das kompromißlerische Gothaer Programm, das bei der Vereinigung der Eisenacher und Lassalleaner als gemeinsame Plattform gedient hatte, im Jahre 1891 durch ein marxistisches, in Erfurt angenommenes Programm ersetzt wurde. Das fand seinen Ausdruck auch darin, daß die deutsche Partei im selben Jahre es für möglich hielt, die von Marx stammende Kritik des halblassalleanischen Gothaer Programms zu veröffentlichen, die man sechzehn Jahre verborgen gehalten hatte, um die Lassalleaner nicht zu reizen. Das fand endlich auch darin seinen Ausdruck, daß im nächsten Jahre, 1892, in London eine Gesamtausgabe der Werke Lassalles erschien mit einer laugen Vorrede von Bernstein, in der dieser unter unmittelbarer Lei-

tung von Engels eine glänzende und ziemlich scharfe Kritik der gesamten politischen Tätigkeit Lassalles gab.

Dieser Sieg des Marxismus über das Lassalleantertum in der deutschen Sozialdemokratie war aber nur ein formeller. Der Grundfehler der politischen Strategie Lassalles, den Marx in einem Briefe an Kugelmann 1864 als „Realpolitik“ charakterisierte im Gegensatz zur revolutionären Politik, ohne die „das Proletariat nichts ist“, als eine Politik, die nur das sieht, was „vor der Nase liegt“, die nur berechnet ist auf den praktischen Erfolg des Tages und nicht organisch verbunden bleibt mit dem in weiterer Ferne liegenden revolutionären Ziel der Bewegung, dieser Grundfehler in der deutschen Sozialdemokratie bestand unerschüttert weiter; wie eine schleichende Krankheit nistete er sich bei der Formulierung des Erfurter Programms ein, das mit keinem Worte von einer Republik, von einer Diktatur des Proletariats sprach, und trat offen hervor bei der ersten großen historischen Prüfung, als der Weltkrieg ausbrach. Wohl hatte der Marxismus zu Beginn der neunziger Jahre in der deutschen Partei den vollen Sieg davongetragen, und doch, als am Ende dieses Jahrzehnts Bernstein eine Revision des Marxismus vornahm und dabei Lassalle auf den Schild hob, verschwiegen die deutschen „orthodoxen Marxisten“, die den Krieg gegen die Bernsteinianer führten, seine Verwandtschaft mit den Lassalleanern. Einem Kapitel seines berühmten Buches „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ (1899), das auf der ganzen Linie den Marxismus einer Revision unterzog, hat Bernstein als Motto die opportunistischen Worte Lassalles vorangestellt: „Am 24. Februar 1848 brach die erste Morgenröte einer neuen Geschichtsperiode an. — Wer allgemeines Wahlrecht sagt, stößt einen Ruf der Versöhnung aus (d. h. der Klassenversöhnung. A. M.).“

Gleichzeitig unterzog Bernstein in der zweiten Ausgabe der Werke Lassalles seine alte, unter Engels' Diktat entstandene Vorrede einer gründlichen Umarbeitung. Es lag eigentlich klar zutage, daß die Bernsteinsche Revision des Marxismus nicht nur in dem inzwischen üppig aufgeblühten deutschen Kapitalismus, sondern auch in den alten, zähen Lassalleschen Traditionen der Partei wurzelte. Man hätte erwarten können, daß der „orthodoxe Marxist“ Kautsky, als er Bernsteins Attacke zurückschlug, gleichzeitig seine Kritik gegen jene Lassalleschen Elemente richten würde, die in der deutschen Sozialdemokratie noch nicht überwunden waren. Doch weit gefehlt, Kautsky tat dies nicht, und zwar bewußt. Als er damals die Briefe von Marx an Kugelmann herausgab, unterschlug er bewußt jenen Brief, in dem Marx sich mit der „Realpolitik“ Lassalles auseinandersetzt. Dieser Brief wurde erst 1918 anlässlich des hundertjährigen Marx-Jubiläums veröffentlicht. Weshalb aber unterschlug ihn Kautsky bei seinem Kampf gegen Bernstein? Deshalb, weil die „Real-

politik“ Lassalles der Teil des Lassalleschen Erbes war, der den eisernen Fonds der deutschen Sozialdemokratie bildete und ganz in ihren Organismus übergegangen war. Diese „Realpolitik“ machte den „Marxismus“ der deutschen Sozialdemokratie dünn und blutleer, sogar in der Periode seiner höchsten Blüte. Wohl lehnte die deutsche Sozialdemokratie die größten Fehler Lassalles ab, die offensichtlich mit dem Marxismus unvereinbar waren; doch jene Züge, die Lassalle und den Opportunisten der gesamten II. Internationale gemeinsam waren, und zu deren Aufrechterhaltung es genügte, in marxistischer Terminologie zu einigen Metaphern des Schwelgens seine Zuflucht zu nehmen, diese fehlerhaften Züge wuchsen organisch in die Praxis der deutschen Sozialdemokratie hinein. Es ist darum nicht zu verwundern, daß nach dem Sündenfall der deutschen Sozialdemokratie zu Beginn des imperialistischen Krieges das Lassalleanertum in der deutschen Partei wieder den Kopf erhob und der frühere „orthodoxe Marxist“ Cunow in seinem Werk „Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie“ offen die marxistische Auffassung des Staates fallen ließ und sie durch die Lassallesche Konzeption ersetzte. Nach dem Kriege riefen auch die bürgerlichen Demokraten, die sich der Sozialdemokratie angeschlossen, Mayer und Kelsen: „Zurück zu Lassalle!“ Gleichzeitig suchte Max Adler zu beweisen, daß der historische Idealismus Lassalles und der historische Materialismus von Marx zwei Seiten ein und derselben richtigen Auffassung der Geschichte seien. Der Lassallesche „moralische Zweck der Geschichte als Fortschritt zur Freiheit“ sei identisch mit der Marxschen „historischen Notwendigkeit, zu der die realen Verhältnisse treiben“, denn die Grundlage beider Konzeptionen sei der Begriff von der „sozialpraktischen Natur des Menschen“. (Es lebe der Machist Bogdanow!) Renner wieder suchte zu beweisen, daß Marx und Lassalle eine Arbeitsteilung vorgenommen hätten. Marx hätte die Perspektive für Jahrhunderte, Lassalle für Jahrzehnte gegeben, doch für Jahrzehnte, in denen wir heute noch leben. Endlich ist die gesamte deutsche Sozialdemokratie 1922 in ihrem Görlitzer Programm nicht nur von Erfurt nach Gotha zurückgeschritten, sondern noch weiter: sie nahm die schwächsten, die opportunistischsten Gedanken Lassalles wieder auf.

In der Morgenröthe ihrer Entwicklung war die deutsche Sozialdemokratie hauptsächlich für die revolutionären Ideen Lassalles empfänglich. In ihrer Abendröthe erstand in ihr wieder der Geist Lassalles, doch nicht der Geist des „Gladiators“ und Kämpfers Lassalle, der erbarmungslos gegen die liberale Bourgeoisie vorging, sondern der Geist des Apologeten der Staatlichkeit und der nationalen Idee.

Marx schreibt im „Kommunistischen Manifest“: „Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach

der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“ Daraus erhellt, daß das Proletariat nur dann siegen kann, wenn es in jedem Lande unter Führung seiner nationalen kommunistischen Partei kämpft. Das Fehlen nationaler kommunistischer Massenparteien war eine der wichtigsten Ursachen der Niederlage des Proletariats in der Revolution 1848. (Der „Bund der Kommunisten“ war keine nationale kommunistische Partei, sondern eine internationale Propagandagesellschaft.) Die Niederlage des Pariser Proletariats während der Kommune war wesentlich dadurch bedingt. Auch zerfiel die I. Internationale hauptsächlich darum, weil sie keine Vereinigung nationaler kommunistischer Parteien war. Für diese Aufgabe, d. h. für die Bildung nationaler sozialistischer Arbeiterparteien, war die Bewegung in Europa erst zur Zeit der II. Internationale reif. Den Weg dazu hatte Lassalle noch am Vorabend der I. Internationale gebahnt, als er 1863 den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ gründete. Endlich schuf er eine der notwendigen Voraussetzungen des proletarischen Kampfes in Deutschland und in der ganzen Welt, da die Arbeiterklasse anderer Länder dem Beispiel des deutschen Proletariats folgte. Doch die nationale Arbeiterpartei kann nur dann das Proletariat zum Siege führen, wenn sie von internationalem und revolutionärem Geist durchdrungen ist, und das hängt vor allem davon ab, welchen Geist sie bei ihrem Entstehen in sich aufnahm, denn durch ihn werden die nächsten Parteitraditionen bestimmt. Wenn wir von diesem Standpunkt aus die von Lassalle gegründete deutsche Sozialdemokratische Partei betrachten, sehen wir, daß sie von Anfang an einen unrevolutionären Geist mitbekam, und daß dies aus dem historischen Milieu heraus, in dem sie entstand, ganz erklärlich ist.

Anfangs der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war Deutschland ein wirtschaftlich und politisch rückständiges Land, zersplittert in eine Menge kleiner Staaten, das 1848 eine Bastardrevolution erlebt hatte, eine Episode der „Komödie der Weltgeschichte“, wie Johannes Scherr sich ausdrückte. Die Situation war auch während der liberalen Ära der sechziger Jahre in Deutschland keineswegs revolutionär. Das einzige, worauf Deutschland damals stolz sein konnte, war, daß es das Land der Philosophen war. Voltaire bereits hatte den Witz gemacht: „England herrscht auf dem Meere, Frankreich auf dem Lande, Deutschland in den Wolken.“ Die idealistische Philosophie spielte zwar in Deutschland eine revolutionierende Rolle. Sie war die Übertragung französischer revolutionärer Ideen in die deutsche Sprache. Der Umstand aber, daß die Ideen der großen französischen Revolution in Deutschland die Form der Idealphilosophie Kants, Fichtes und Hegels annahm,

daß die Schlachten, die in Frankreich auf der Erde geschlagen wurden, in Deutschland jahrelang sich in den Wolken abspielten, „in jenen lichten Sphären, wo die reinen Geister wohnen“, dieser Umstand erklärt die wirtschaftliche und politische Rückständigkeit Deutschlands und seinen für große Klassenkämpfe noch unreifen Zustand. Das bestimmte im voraus die Art der Einigung Deutschlands nicht durch eine bürgerliche Revolution von unten, sondern durch Kriege, die das junkerliche Preußen mit Österreich und Frankreich ausfocht. Lassalle trat in die politische Arena, als dieser Weg zur Einigung Deutschlands schon zu erkennen war, anfangs der sechziger Jahre, während des Verfassungskonfliktes zwischen der liberalen Bourgeoisie und der preussischen Regierung. Dieser Konflikt konnte nicht zur Revolution werden, nicht nur deswegen, weil die deutsche liberale Bourgeoisie nach 1848 es nicht mehr wagte, den revolutionären Kampf des Proletariats zu entfesseln, sondern auch deswegen, weil das deutsche Proletariat damals noch absolut unfähig war, die revolutionäre Initiative zu ergreifen und sich an die Spitze der revolutionären Bewegung zu stellen, wie das vierzig Jahre später in der Revolution von 1905 das gleichmäßiger zusammengesetzte und zahlreichere russische Proletariat tat. Dieses objektiv unrevolutionäre Milieu prägte der deutschen Sozialdemokratischen Partei seinen Stempel auf in der Periode ihrer Entstehung und vor allem der politischen Tätigkeit Lassalles, der das Fundament dieser Partei legte.

Lassalle, der schon 1848 Republikaner und Sozialist war, der persönlich teilnahm an dieser Revolution und seit jener Zeit mit Marx und Engels in ständigem Kontakt stand, aufmerksam alle Werke von Marx las und sich bis zu einem gewissen Grade als seinen Schüler betrachtete, reifte politisch in den fünfziger Jahren unter dem unmittelbaren Eindruck jener Bedingungen des politischen Lebens in Preußen, von denen wir sprachen. Marx, wie später auch Lassalle, hatte seine Bildung von der deutschen idealistischen Philosophie empfangen; doch er, der in der fortschrittlichen Rheinprovinz gelebt hatte und später nach dem Westen übersiedelt war, nahm dann die Erfahrungen der fortschrittlichen europäischen Länder, die Erfahrungen der großen französischen Revolution, die Ideen der französischen Sozialisten, die Erfahrungen der Chartistenbewegung in dem hochentwickelten kapitalistischen England in sich auf. Schon in der Periode von 1844—46 hatte er sich endgültig mit dem Idealismus Hegels auseinandergesetzt, wobei er dessen Dialektik beibehielt und historischer Materialist wurde, in seinem tiefsten Inneren vom Geist des Internationalismus ergriffen. Lassalle, aufgewachsen in einer rückständigen, östlichen Provinz Preußens, ohne nach 1848 den preussischen Boden zu verlassen, war und blieb teilweise ein Althegelescher

Idealist, teilweise Fichteaner und nahm die Ideen von Marx durch den Filter des Idealismus auf.

Ohne Zweifel hat Lassalle in den fünfziger Jahren, den Jahren der Reaktion, und dann in den sechziger Jahren bis zum Anbruch der liberalen „neuen Ära“, bis zu dem Augenblick, wo er endgültig den Glauben an die Kraft des deutschen Liberalismus verlor, die Hoffnung nicht aufgegeben, daß das deutsche Problem durch eine Revolution gelöst werden würde. Ohne Zweifel strebte er in dieser Richtung bis zu seiner berühmten „taktischen Wendung“ im September 1863. Doch dauernd sah er die deutsche Revolution und die Geschichte Deutschlands überhaupt durch seine idealistische Brille, und das mußte die Perspektiven der politischen Entwicklung, wie er sie sich vorstellte, verzerren. 1858 schrieb er die Tragödie „Franz von Sickingen“. Die Helden dieser Tragödie sind der Führer des niederen Adels, Franz von Sickingen, und sein Berater, der Humanist Ulrich von Hutten, die damals einen Aufstand der Ritterschaft gegen die deutschen Fürsten entfachten im Namen der Einigkeit Deutschlands und des Kampfes gegen den Katholizismus. Diese Tragödie schrieb Lassalle, wie er selber sagt, mit einer ganz bestimmten politischen Tendenz. Der Kampf der „Idee“ der deutschen Einigkeit und der „Idee“ des Humanismus gegen den Katholizismus und gegen die Zersplitterung Deutschlands, in deren Namen Franz von Sickingen und Ulrich von Hutten sich erhoben, mußte nach Ansicht des Autors aufklärend wirken in dem Ende der fünfziger Jahre beginnenden Kampf der preussischen Liberalen für die Freiheit eines einheitlichen Deutschlands. In der Person Huttens zeichnete Lassalle nach eigenem Geständnis sich selbst. Das Mißlingen des ganzen Aufstandes schrieb Lassalle der ungenügenden revolutionären Taktik Sickingens zu, dem Umstand, daß dieser sich nur auf das Rittertum stützte und nicht versuchte, sich an die Spitze der Nation zu stellen. Das war ein Fingerzeig für die Zeitgenossen, für die deutschen Fortschrittler, wie sie vorgehen sollten.

In seinem Briefwechsel mit Lassalle weist Marx anlässlich dieser Tragödie darauf hin, daß Lassalle die ganze Tragödie rein idealistisch aufgebaut habe, daß er den Kampf der Ideen an Stelle des Klassenkampfes in den Vordergrund gerückt und dadurch die historischen Perspektiven vollkommen entstellt habe. Indem er Menschen und Klassen danach beurteilte, wie sie selber von sich dachten, und welche „Ideen“ sie subjektiv verteidigten, betrachtete Lassalle Franz von Sickingen, den Führer der Ritterschaft, als Revolutionär, der zum Unglück nicht konsequent genug war, und das damalige Bauerntum als reaktionär. Deshalb wertete er die „lutherisch ritterliche“ Opposition höher als die „plebejische“. In Wirklichkeit lagen die Dinge ganz anders. Franz von Sickingen ver-

trat die Interessen der sterbenden ritterlichen Klasse. Darum war er nur in seiner Einbildung revolutionär; in Wirklichkeit verteidigte er die reaktionären Interessen. Das Bauerntum war keinesfalls eine im Abstieg begriffene Klasse. Trotz ihrer geistigen Rückständigkeit verteidigten das Bauerntum und die städtische Armut revolutionäre Interessen. In jener Zeit der Reformation nahmen sie, wenn auch in naivster Form, die Ziele der heutigen revolutionären Bewegung vorweg; sie hätten deshalb die Helden dieses Dramas werden müssen. Das war die Auffassung von Marx.

Diese potentiell revolutionäre Rolle des Bauerntums begriff Lassalle nie, im Gegensatz zu Marx und Engels. Deshalb erklärte er, als er endgültig mit den bürgerlichen Fortschrittleren brach, die nichtproletarischen Klassen für eine durchweg reaktionäre Masse. Als er nun an die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei ging, gab er tatsächlich die Richtung auf die Revolution überhaupt auf, denn seiner Ansicht nach hatte das Proletariat keinen Verbündeten für die Revolution.

1859, ein Jahr nach Erscheinen des „Franz von Sickingen“, veröffentlichte Lassalle sein „System der erworbenen Rechte“. Dieses Werk, gehüllt in die Form einer wissenschaftlichen, juristischen Untersuchung, stand im Zusammenhang mit den Aufgaben der Gegenwart und verfolgte revolutionäre Zwecke. Der Autor versuchte, das Recht der Revolution zu begründen auf die entschädigungslose Abschaffung der veralteten, erworbenen Rechte, soweit diese Rechte nicht durch persönliche Leistungen erworben sind oder soweit sie, wenn auch durch persönliche Leistungen erworben, doch auf veralteten Prinzipien beruhen, die dem neuen Geist der Zeit widersprechen. Subjektiv verfolgt Lassalle in diesem Werk ein ziemlich achtbares revolutionäres Ziel; und zeigt in Verfolgung dieses Zieles große Bildung und dialektische Meisterschaft. Da er aber von der rein hegelianisch-idealistischen Deutung ausging, kam er zu Ergebnissen, die nicht nur für die Revolution, sondern auch gegen sie ausgenutzt werden konnten. Er betrachtete als die einzige Quelle des Rechtes das allgemeine Bewußtsein eines ganzen Volkes, den allgemeinen Geist einer bestimmten Epoche. Nicht die Interessen einer bestimmten Klasse, bedingt durch die wirtschaftliche Lage dieser Klasse, sondern der „öffentliche Geist der Epoche“ ist für Lassalle die Quelle des Rechtes. Ausgehend von dieser idealistischen Auffassung, verteidigt Lassalle juristisch die entschädigungslose Abschaffung der feudalen Abgaben, soweit diese Abgaben in Widerspruch zu dem Geist der neuen Epoche getreten sind. Dieses Recht der Revolution abzuleugnen, heißt nach seinen Worten „Klassen oder Individuen das Recht zusprechen, dem öffentlichen Geist einen Tribut für seine Fort-

entwicklung aufzuerlegen“. Das stimmt. Wie aber den „öffentlichen Geist“ einer bestimmten Epoche feststellen? Folgt nicht aus dieser idealistischen Theorie, daß die revolutionäre Klasse, die die Macht ergreift, die heiligen, ewigen Prinzipien des Rechtes verletzt, wenn der „öffentliche Volksgeist“, sagen wir, auf Grund einer Abstimmung in einem reaktionären Parlament seinen Ausdruck findet und mit der revolutionären Machtergreifung nicht einverstanden ist? Wann jemals erkundigt sich eine Gesellschaftsklasse, die den Weg der Revolution beschreitet und revolutionäre Gewalt anwendet, im voraus danach, ob ihre Handlungen im Einklang stehen mit dem öffentlichen Volksgeist der gegebenen Epoche? Verhält sich die Sache nicht umgekehrt? Verhält sie sich nicht so, daß Kampf und Sieg der revolutionären Klasse selbst „den Geist der neuen Epoche“ gebären?

Derselbe Idealismus verursacht die Halbheit jener Ansichten, die Lassalle in seinen sozialistischen Agitationsreden an die deutschen Arbeiter äußert. Die Rede über „Das Arbeiterprogramm“ hielt Lassalle zweifellos unter dem Einfluß der Ideen des kommunistischen Manifestes. Eine flüchtige Lektüre der Rede genügt aber, um festzustellen, daß sie, ihrer Form und historischen Anschaulichkeit nach glänzend, den revolutionären Gehalt des kommunistischen Manifestes verdünnt und ihm das Blut abzupft. Schon der Untertitel „Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“ zeigt, daß Lassalle an diese Frage vom idealistischen, formellen, juristischen und nicht vom materialistischen, wirtschaftlichen Standpunkte herantritt. Er vertauscht den Begriff der Arbeiterklasse gegen den Begriff des Arbeiterstandes, und das bleibt nicht ohne praktische Bedeutung. Da Lassalle in seiner Agitation für das allgemeine Wahlrecht nicht den Produktions-, sondern den Besitzmaßstab, die Höhe des Einkommens in Betracht zieht, rechnet er die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung zum „Arbeiterstande“, obwohl zu den armen Steuerzahlern dann auch Kleinhändler, Handwerker, niedere Beamte, Kleinbauern usw. gehören; da er wirtschaftlich keinen Unterschied macht, macht er auch politisch keinen. Aber gerade auf die monarchistischen Stimmungen dieser Elemente im Gegensatz zum Proletariat spekulerte Bismarck später, als er das allgemeine Wahlrecht einführte. Weiter betrachtete Lassalle das Dreiklassenwahlrecht in Preußen, diese rein juristische Kategorie, dieses juristische Privileg auf Grundlage des Besitzcensus, als spezifisches Charakteristikum der bürgerlichen Gesellschaft und der bürgerlichen Klassenherrschaft innerhalb dieser Gesellschaft. Daraus folgt, daß, wenn das Dreiklassenwahlrecht durch das allgemeine Wahlrecht ersetzt wurde, das Parlament aufhörte, die Waffe der bürgerlichen Klassenherrschaft

zu sein, und zu einem Werkzeug der „großen Assoziation der untersten Klassen“ wurde. Unter diesem Aspekt mußte z. B. das französische Imperium Napoleons III. oder das bismarckisch-deutsche Imperium ebenfalls „eine große Assoziation der untersten Klassen“ sein; hatten doch beide das allgemeine Wahlrecht eingeführt.

Derselbe philosophische Idealismus entstellte Lassalles Auffassung von der Natur des Staates. Während die von Manchesterstimmungen erfaßte Bourgeoisie die Einmischung des Staates in das wirtschaftliche Leben negierte und ihm bloß die Rolle des „Nachtwächters“ überließ, trat Lassalle im Gegensatz zu ihr als „Apologet der „Staatsidee“ auf, indem er jedem Staate moralische Zwecke zuschrieb. „Der Zweck des Staates“, sagt er, „sei, durch die Vereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen, solche Zwecke, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne niemals erreichen könnten, sie zu befähigen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen sämtlich als einzelne schlechthin unersteiglich wäre.“ Der Staat bedeutet seiner Meinung nach „die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechtes zur Freiheit“. Das ist „die wahre und höhere Aufgabe des Staates“. Diese Aufgabe wurde „seit allen Zeiten durch den Zwang der Dinge selbst von dem Staate, auch ohne seinen Willen, auch unbewußt, auch gegen den Willen seiner Leiter, mehr oder weniger ausgeführt.“ Diese „höhere“ Vorstellung vom Staate betrachtete Lassalle als eine spezifische Idee des „vierten Standes“, d. h. des Proletariats, im Gegensatz zu der vulgären bürgerlich-liberalen Auffassung des Staates als „Nachtwächters“. Ist es nötig, klarzulegen, welcher Abgrund die Staatsauffassung des Idealisten Lassalle und die Auffassung des historischen Materialisten Marx trennt, der der Ansicht war, daß der Staat „seit allen Zeiten“ ein Werkzeug der Klassenherrschaft und der Klassenunterdrückung war.

In der Theorie war Lassalle Idealist, und deshalb war er in der Praxis trotz seines kämpferischen, revolutionären Temperaments ein ziemlich nüchterner „Realpolitiker“. Das ist ganz begreiflich. Obwohl die idealistische Philosophie in Deutschland die Trägerin der Freiheitsideen war, begünstigte sie doch gleichzeitig, da sie das Abbild der Rückständigkeit Deutschlands und der mangelhaften Entwicklung der Klassengegensätze in diesem Lande war, die Verwischung der Klassengegensätze. Indem die deutschen Idealisten sagten: „Kämpfe für die Freiheit!“ dachten sie im stillen: „Das ist nur gelistig gemeint!“

Seine besondere Neigung zur „Realpolitik“ verriet der Idealist Lassalle schon in seinem ersten politischen Werk: „Der italienische Krieg und die Aufgaben Preußens“, das er 1859 schrieb.

Angesichts des bevorstehenden Feldzuges Napoleons III. gegen Österreich, angeblich zur Befreiung Italiens, in Wirklichkeit aber zur Erreichung dynastischer und annexionistischer Ziele geplant, forderte Lassalle Preußen auf, das von Napoleon bedrohte Österreich nicht zu unterstützen, sondern die für Österreich entstandene schwierige Lage auszunützen und die kleinen deutschen Staaten unter seine Hegemonie zu bringen. Während Napoleon im Süden Italien von der österreichischen Herrschaft befreite, sollte Preußen im Norden Schleswig-Holstein „befreien“.

Lassalle entwarf also in diesem Werke das Programm, das Bismarck später verwirklichte, die Einigung Kleindeutschlands unter dem preußischen Stiefel. Soll das heißen, daß Lassalle schon 1859 bewußt Bismarcksche Politik trieb und schon damals auf die Einigung Gesamtdeutschlands auf der Grundlage einer Revolution von unten verzichtete? Keineswegs. Wie aus seinem Briefwechsel mit Marx hervorgeht, ließ sich Lassalle damals wie schon früher leiten von der Idee der Bildung einer einigen, ungeteilten deutschen Republik, die auf dem Wege der Revolution zu erringen sei. Sein Werk war ein bewußtes taktisches Manöver. Er erwartete, daß die preußische Regierung Österreich gegen Napoleon III. zu Hilfe kommen, und daß dieser Krieg gegen Napoleon III. die patriotischen Gefühle des monarchistisch gestimmten Deutschland entfachen werde, das Frankreich seiner revolutionären Vergangenheit wegen haßte. Um diesem Ausbruch patriotischer Gefühle vorzubeugen, der das deutsche Volk mit den deutschen Patrioten vereinigt hätte, um den Krieg mit Frankreich im voraus unpopulär zu machen und für den Kriegsfall die Unzufriedenheit des deutschen Volkes mit seinen Monarchen zu wecken, die es in diesen Krieg hineingezogen hatten, macht Lassalle einen geschickten Schachzug, indem er die öffentliche Meinung Preußens in andere Bahnen zu lenken sucht, in der Berechnung, daß die preußische Regierung diese Bahnen gutheißen werde. Um den Ausbruch patriotischer Gefühle beim deutschen Volke zu verhindern, bemüht sich Lassalle also, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben; in dem Wunsch, ein ganz besonders praktischer „Realpolitiker“ zu sein, stellt er der monarchistischen Ideologie eine andere gegenüber, stellt er dem monarchistischen Franzosenfressertum die preußisch monarchistischen Traditionen Friedrichs des Großen entgegen. Subjektiv will Lassalle 1859 der Sache der Revolution dienen, objektiv aber macht er schon damals gemeinsame Sache mit der preußischen Reaktion, und dies um so mehr, als er in dem Werk über den italienischen Krieg mit keiner Silbe seine geheimen revolutionären Absichten verrät. Ein klassisches Beispiel von „Realpolitik“ hinter dem Rücken der Arbeiterklasse und der Volksmassen, trotzdem die

subjektive Absicht bestand, ihren Interessen und der Revolution zu dienen!

Dieselbe „Realpolitik“ trieb Lassalle auch später, als er nach dem Bruch mit der liberalen Bourgeoisie eine selbständige Arbeiterpartei aufzubauen begann. Um dieser Partei ein ausgeprägtes Gesicht zu geben, um sie durch Einheitlichkeit der Ziele zusammenschweißen, stellte er zwei Kampfparolen auf: die Erringung des allgemeinen Wahlrechts und dann nach Erreichung dieses Zieles den staatlichen Schutz der Produktivassoziationen als Weg zum Sozialismus. Warum wählte Lassalle gerade diese beiden Kampfparolen, und warum rief er die Arbeiter auf, ihre ganze Energie auf diese Ziele zu konzentrieren, ohne nach rechts und links zu schauen und ohne andere nebenherlaufende Ziele unmittelbar zu verfolgen? Nur weil sie angesichts der politischen Situation die beste Aussicht auf unmittelbare, praktische Verwirklichung boten. Lassalle stellte diese Losungen als Kampflosungen auf, in der Berechnung, daß ihre Verwirklichung nicht auf starken Widerstand seitens Bismarcks stoßen werde, der in seinem Kampfe gegen die liberale Opposition Verbündete brauchte.

Die Parole des allgemeinen Wahlrechts war die Parole der revolutionären Chartistenbewegung in England. Auch Engels hielt es, gleichzeitig mit Lassalle, für zweckmäßig, diese Parole aufzustellen, doch nicht für sich allein, isoliert, sondern in Verbindung mit anderen Parolen, mit der Forderung der Koalitionsfreiheit, der Pressefreiheit usw., und in Verbindung mit der unverhüllten Anerkennung wichtigerer, revolutionärer Zukunftsaufgaben. Engels und Marx erkannten, daß das allgemeine Wahlrecht als isolierte Parole eine Falle für das Proletariat werden konnte, daß Bismarck, der mit der zuverlässigen monarchistischen Stimmung der Bevölkerungsmehrheit rechnete, nach dem Muster Napoleons III. die Aufkrotierung dieses Rechtes für seine monarchistischen Ziele ausnützen konnte. Deshalb hielt Engels es für notwendig, diese Parole mit anderen Forderungen zu verbinden, die das Proletariat und die Volksmassen überhaupt in den Kampf gegen das Bismarcksche Regime hineinziehen mußten.

Doch gerade diese Taktik war für Lassalle unannehmbar, denn sie hätte die Chancen des unmittelbaren, praktischen Erfolges der Sache auf ein Minimum reduziert, und Bismarck wäre niemals auf sie eingegangen. Als nun Bismarck eine Verfügung erließ, die die Pressefreiheit beschränkte, und das Verbot eines Presseorgans nach zweimaliger Verwarnung billigte, eine Verfügung, die darauf ausging, der liberalen, bürgerlichen Opposition durch Ruinierung der Zeitungsverleger den Mund zu schließen, trat Lassalle mit einer Rede hervor, in der er nicht etwa Bismarck angriff wegen seiner reaktionären Verfügung, sondern die Liberalen, weil ihre

Zeitungen nicht den Mut hätten, in Ehren zu sterben, sondern es vorzögen, vorübergehend keine politischen Artikel zu drucken, um nicht unterdrückt zu werden. Damit noch nicht genug, schrieb Lassalle seinem Freunde Lewy, er veröffentliche diese Rede nur „für ein paar Personen in Berlin“. (Für Bismarck am Ende?)

Weiter, welchen Zweck hatte die isolierte Parole der Produktivassoziationen unter Subventionierung des Staates, die Lassalle Louis Blanc entlehnte? Durch Staatskredit gestützte Produktivassoziationen als eine gewisse Übergangsform zum Sozialismus lehnte auch Marx im Prinzip nicht ab; damit jedoch aus dieser Einrichtung eine Übergangsform zum Sozialismus werde, mußte nach Ansicht von Marx der Staat selbst sich in den Händen der Arbeiterklasse befinden: der Gedanke aber, daß der Bismarcksche, preußische Staat nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts ein Arbeiterstaat sein werde, lag Marx unendlich fern. Deshalb betonte er später in einem Brief an Schweitzer, daß diese Einrichtung an sich eine reaktionäre Einrichtung sein könne: wurde doch damals diese Forderung auch von Buchez aufgestellt, dem Haupt des französischen katholischen Sozialismus.

Lassalle wollte natürlich aufrichtig die Arbeiterklasse dem Sozialismus entgegenführen, doch er wollte dies auf dem leichtesten Wege, um in kürzester Frist greifbare, praktische Erfolge zu erzielen. Aber mit fataler Notwendigkeit brachte dieser Weg Lassalle, dessen Hoffnungen auf die liberale Bourgeoisie gescheitert waren, und der nie irgendwelche Hoffnungen auf das Bauerntum setzte, zur Annäherung an Bismarck und die preußische Monarchie. Obgleich subjektiv Republikaner, sank er infolge seiner opportunistischen Politik immer tiefer in den Sumpf. Als die schlesischen Weber, von ihrer Not getrieben, eine Deputation an den preußischen König sandten, um seinen Schutz zu erbitten, und als der König ihnen ein paar unbestimmte Versprechungen gab, betonte Lassalle nicht nur, daß der Empfang der Deputation durch den König den Erfolgen seiner Agitation zu verdanken sei, sondern lobte in einem Referat vor Arbeitern rückhaltlos das Verhalten des Königs. Als die bürgerlichen Fortschrittler in Sollingen die Versammlung, in der er auftrat, zu sprengen versuchten, wobei sie von Lassalles Anhängern mit Messern überfallen wurden, und als der liberale Bürgermeister daraufhin in der Versammlung erschien und sie mit Hilfe eines Polizeiaufgebots auflöste, wandte sich Lassalle unverzüglich mit einem Telegramm an Bismarck, in dem er um strengste Bestrafung der Liberalen bat; als das Gericht nun die Arbeiter, die in der Versammlung mit Messern vorgegangen waren, verurteilte, schlug Lassalle diesen vor, ein Gnadengesuch an den König einzureichen, worauf die Arbeiter aber nicht eingingen; ahnten sie ja nicht, daß dieses Gesuch die strategischen Pläne

Lassalles fördern sollte, der mit allen Mitteln den König zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts geneigt zu machen suchte. Zur Erreichung dieses Zieles war Lassalle jedes Mittel gut genug. Um dieses Zieles willen besuchte er persönlich Bismarck und führte mit ihm lange „propagandistische“ Gespräche, die natürlich nicht Bismarck, sondern ihn selbst an Händen und Füßen banden. In seiner Verteidigungsrede vor Gericht (März 1864) geht Lassalle so weit, daß er den Verfassungskonflikt zwischen der preußischen Regierung und dem Parlament als einen Konflikt zwischen Königtum und einer „Clique“ bezeichnete und das Königtum auffordert, nicht der „Clique“ zu weichen, sondern „das Volk auf die Bühne zu rufen, um sich auf dieses zu stützen“. „Es braucht sich hierzu“, sagt Lassalle, „nur seines Ursprungs zu erinnern, denn alles Königtum ist ursprünglich Volkskönigtum gewesen...“ Ein Königtum von der Schöpfung der Bourgeoisie könne das freilich nicht; aber ein Königtum... auf den Knäuel eines Schwertes gestützt, könnte das vollkommen wohl, „wenn es entschlossen ist, wahrhaft große, nationale, volksgemäße Ziele zu verfolgen“. Bernstein zitiert in der oben erwähnten Vorrede diese Worte und bemerkt dazu: „Das ist die Sprache des Cäsarismus.“ Man kann ihm nur zustimmen.

Lassalle starb, als er politisch schon am Rande des Abgrundes stand. Von dem reichen Erbe, das er ihr hinterließ, lehnte die Sozialdemokratie diese hoffnungslose cäsaristische Richtung ab, die er kurz vor seinem Tode einschlug. Doch Lassalles hoffnungslose Ansichten über die deutsche Revolution nach seinem Bruch mit den Fortschrittler, seine opportunistischen Ansichten über den Staat, sein fetischistisches Festhalten an dem allgemeinen Wahlrecht, seine Überzeugung, daß die Sozialdemokratie den Sozialismus verwirklichen könne mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts und nach Eroberung einer parlamentarischen Mehrheit, auf friedlichem Wege, also ohne den „demokratischen“ Staatsapparat, einen Apparat, der über den Klassen stehe, zu zerstören, sein deutscher Patriotismus, all diese Ideen durchtränkten die ganze Praxis der deutschen Sozialdemokratie, die in den deutschen Staatsorganismus nur ein wichtiges Korrektiv einfügen, das allgemeine Wahlrecht für Preußen, diesen Herd der Reaktion, erobern wollte, im übrigen aber, dauernd von der sozialistischen Revolution nur Worte machend, sich der Hoffnung hingab, daß diese Revolution irgendwann und irgendwie von selber kommen werde. Die tief opportunistische Natur dieser Lassalleschen Traditionen, die immer wieder neue Nahrung sog aus den parlamentarischen Erfolgen, die die Partei unter den Bedingungen eines fest stabilisierten Kapitalismus, in der Epoche der II. Internationale errang, diese opportunistische Natur trat mit krasser Deutlichkeit zutage, als sich die deutsche Sozialdemokratie zu Beginn des Weltkrieges vor das Problem des Kampfes um

die Macht, um die Diktatur des Proletariats gestellt sah.

In den letzten Tagen seines Lebens war Lassalle im Begriff, einen verhängnisvollen Schritt zu tun. Er beabsichtigte, in einer öffentlichen Arbeiterversammlung zu Hamburg eine Resolution durchzubringen, die Bismarck den Segen erteilen sollte zur gewaltsamen Annexion von Schleswig-Holstein. Hätte er dazu noch Gelegenheit gefunden, dann hätte er sein in vieler Hinsicht glänzendes und ruhmvolles Leben in der schändlichen Rolle eines Bismarck-Agenten beendet; getragen von grenzenlosem Vertrauen zu sich selber, getragen von seiner Selbstvergötterung und von dem Gedanken, daß er, Lassalle, die Arbeiterpartei sei, getragen von dem Glauben, daß er, durch welchen Schmutz er immer wate, unbefleckt bleiben werde, rechnete er auch noch in diesem Augenblick subjektiv, in seinem tiefsten Innern damit, daß er letzten Endes das Proletariat doch an allen gefährlichen Klippen vorbei in den Hafen des Sozialismus steuern werde, gestützt, wenn nicht auf die Aktivität und das Bewußtsein der Arbeitermassen, so doch auf seine eigene strategische und diplomatische Kunst.

Zu seinem Glück verhinderte ihn die Kugel, die seinen physischen Tod herbeiführte, an dem Auftreten in Hamburg und rettete ihn damit vor dem politischen Tode. Doch das, was Lassalle nicht mehr vollbringen konnte, hat die deutsche Sozialdemokratie, die seine opportunistische Staatsidee in sich aufgenommen hatte, nachgeholt.

Am 4. August 1914 bewilligte die deutsche Sozialdemokratie dem deutschen Kaiser und preußischen König die Kredite und gab ihm ihren Segen für einen reaktionären Krieg, genau so, wie Lassalle im Jahre 1864 dem preußischen König und Bismarck seinen Segen geben wollte.

Heute ist die deutsche Sozialdemokratie zum lebenden Leichnam geworden. Blicken wir auf ihre Jugendjahre zurück, auf die Zeit, da Lassalle das Fundament der Partei legte, dann erkennen wir klar die historisch begrenzte Rolle, die Lassalle in der Arbeiterbewegung spielte. Es ist sein großes historisches Verdienst, daß er die schwere Arbeit der Organisation einer selbständigen Arbeiterpartei auf sich nahm. Doch dann wurde das Lassalleanertum für viele Jahre die schleichende Krankheit der deutschen Sozialdemokratie. Nach dem Kriege trat es als eine ganz bestimmte Ideologie der Konterrevolution wieder zutage. In der heutigen Epoche der großen Kämpfe des Proletariats um seine Diktatur können nur diejenigen Marxschüler die einst von Lassalle entfaltete Fahne in Ehren behaupten, die, nachdem sie den Marxismus aus zweiter Hand, von der deutschen Sozialdemokratie, empfangen hatten, alle Spuren des Lassalleschen Opportunismus aus ihm entfernten und von dem Lassalleschen Erbe nur das sich aneigneten, was dem Geist der Marx'schen

Lehre entspricht. Solche Marxisten sind die Leninisten.

Lassalle schweißte den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ in eiserner Disziplin zusammen. Ebenso sind die bolschewistischen Parteien durch eiserne Disziplin fest zusammengeschmiedet. In der sektiererischen Lassalleschen Organisation aber wurde der Zentralismus dadurch erreicht, daß ihr „Präsident“, Lassalle, ihren Statuten entsprechend, außerordentliche Vollmachten besaß. Die bolschewistischen proletarischen Parteien sind nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut. Faktisch beruht ihre große zentralisierte Macht nur auf dem Kampfecharakter der Partei und auf der natürlichen Zuchtwahl der Führer im Prozeß des erbarmungslosen Kampfes gegen nichtproletarische Ideologien.

Es ist das historische Verdienst Lassalles, daß er das feste Fundament einer nationalen Arbeiterpartei legte, indem er seine Taktik und Strategie geschickt auf die konkreten historischen Bedingungen anwandte. Entsprechend zeichnen sich die Bolschewiki durch die Schmiegsamkeit ihrer Taktik aus, die nach Maßgabe der veränderten politischen Situation sich schnell ändert; doch im Unterschied von Lassalle lassen die Bolschewiki bei keiner Änderung ihrer Taktik die revolutionären Perspektiven der Bewegung aus dem Auge und trennen niemals den nationalen Kampf der Arbeiterklasse von seinen internationalen Wurzeln.

Lassalle hatte die Fähigkeit, „in jedem Augenblick die Kraft auf einen Punkt zu konzentrieren“. Die Bolschewiki haben sich diese Kunst der Offensivtaktik angeeignet. Doch im Unterschied von Lassalle lassen sie, indem sie um die Erringung der nächstliegenden praktischen Erfolge kämpfen, niemals die Endziele aus dem Auge und ordnen unter allen Umständen ihre ganze Arbeit diesen revolutionären Endzielen unter.

Dergestalt benutzen die Leninisten das Lassallesche Erbe. Was hat die Sozialdemokratie dagegen diesem Erbe entnommen?

Der theoretische Führer der deutschen Sozialdemokratie, Kautsky, stellt Marx und Lassalle einander gegenüber und sucht zu beweisen, daß er im Unterschied von Cunow u. Co. Marx konse-

quent trou geblieben sei. Man muß aber die Akrobatenkunst bewundern, die dieser Greis an den Tag legt, um zu beweisen, daß er dem Marxismus bis zum Grabe die Treue gehalten habe. In alten, längst verflossenen Zeiten, als Kautsky noch den „orthodoxen Marxismus“ gegen Bernstein verteidigte, erklärte er dessen Abweichung von Marx damit, daß Bernstein lange in England, dem klassischen Lande des liberalen Reformismus, gelebt habe und infolgedessen den Marxismus, der von den Traditionen Frankreichs, des klassischen Landes der Revolution, genährt wurde, nicht mehr begreifen könne. Jetzt, wo Kautsky in Bernsteins Armen still entschlafen ist, stellt er seine alte Argumentation auf den Kopf. In seinem Artikel „Lassalle und die Gräfin Hatzefeld“ (Juniheft 1924 der Zeitschrift „Die Gesellschaft“) schreibt Kautsky, der sein Gedächtnis verloren hat: Der Unterschied zwischen Marx und Lassalle ist dadurch zu erklären, daß Marx englischen Beispielen, insbesondere chartistischen folgte, während Lassalle sich von französischen, blanquistischen leiten ließ. Daher Lassalles Vorliebe für die „Diktatur“, während Marx, ein treuer Ideologe des Proletariats, stets Anhänger der „Demokratie“ war. „Hier (im Bestreben des Proletariats für eine demokratische Organisation seiner Arbeit)“, ruft er aus, „und nicht im Elend der Arbeit liegt die tiefste Wurzel des Sozialismus.“

Armer Kautsky! Armer theoretischer Führer der Sozialdemokratie! Er ahnt nicht, daß er, indem er diese Worte niederschrieb, indem er das Pfand für die Verwirklichung des Sozialismus nicht in dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung, sondern in ihrem Kampf um die Demokratie sieht, damit den Marxismus (seinen Marxismus) endgültig unter den Boden bringt und ihn durch das Schlimmste ersetzt, was das Lassalleanertum an sich hat. Behauptete denn nicht Lassalle im Gegensatz zu Marx, daß die Vorstellung von dem modernen demokratischen Staate als von einer Arena zur „Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit die spezifische Idee des Arbeiterstandes“ sei?

SIROLA : ZUM TODE DES REVISIONISTEN BRANTING

„Seinen entsprechenden Ausdruck erreicht der Bourgeoisozialismus erst da, wo er zur bloßen rednerischen Figur wird. (Kommunistisches Manifest)

Wir lesen im Kommunistischen Manifest davon, daß das Volk, als es an den Wänden einiger „Sozialisten“, die es betrügen wollten, feudale Wappen entdeckte, mit lautem, unehrerbietigem Lachen auseinanderlief. Im Jahre 1925 aber folgten in Stockholm 100 000 Proletarier dem königlichen Prinzen, der mit seiner Teilnahme am Trauerzug dem toten schwedischen Sozialdemokraten Hjalmar Branting seine Dankbarkeit erwies für dessen Verrat an der Sache der Arbeiterklasse.

Nicht einmal diese „Teilnahme“ des obersten Hohenpriesters des Kapitals mit seinen faschistischen Adjutanten, die zu jener Zeit eine ungeheure Aussperrung vorbereiteten, veranlaßte diese selben Proletarier, nach verschiedenen Richtungen — diesmal nicht mit Gelächter, sondern mit Abscheu — auseinanderzulaufen.

Ein derart empörendes Schauspiel war nur möglich infolge der außerordentlichen Umstände und der besonderen Eigenschaften jenes Menschen, an dessen Grab die Vertreter der revolutionären Arbeiterbewegung nicht die Möglichkeit hatten, die Wahrheit auszusprechen, obgleich ohne diese jede Würdigung und Beurteilung seines Lebens und seiner Tätigkeit falsch sein muß.

In dem sozialdemokratischen „Weltbürger“, über dessen Leichnam der Hauptprediger der königlichen Kathedrale am 1. März einen feierlichen Trauergottesdienst abhielt, hat unsere Epoche einen der gefährlichsten Verräter an der Arbeiterklasse und am Sozialismus verloren.

Hjalmar Branting wurde am 23. November 1860 geboren. Sein Vater war Professor, seine Mutter eine vornehme Adlige. Der Knabe erhielt seine erste Ausbildung in der exklusivsten Aristokratenschule des Landes. An der Universität beschäftigte er sich mit Astronomie.

Anfangs der achtziger Jahre begeisterte er sich für Politik. Es fällt dies mit jener Epoche zusammen, in der der Liberalismus in Schweden seine Blütezeit durchlebte. Der Tag seiner Volljährigkeit war für Branting ein Anlaß, demonstrativ eine bedeutende Summe für das „Arbeiter-Institut“ zu stiften, das damals heftigen Angriffen von selten der Dunkelmänner in der Stockholmer Stadtvertretung ausgesetzt war. Branting betel-

ligte sich auch an der Bewegung für Religionsfreiheit und wurde wegen eines Artikels, den er in seiner Zeitung veröffentlichte, zu 3½ Monaten Gefängnis verurteilt.

1888 trat er an Stelle des Schneiders Palma der Redaktion der Zeitung „Sozialdemokraten“ bei, die die Propaganda für neue Formen der Arbeiterbewegung führte. Hjalmar Branting übernahm die Leitung der Agitation für Erweiterung des Wahlrechts und wurde 1896 mit den Stimmen der Liberalen in den Riksdag gewählt. Die revolutionäre Welle des Jahres 1917 fand ihn auf dem Posten eines Finanzministers im Koalitionskabinet. Er war dann Premierminister in drei sozialdemokratischen Regierungen, 1920-21, 1922-23 und 1924-25. Den Gipfel seines Ruhmes erklomm er, als er im Herbst 1924 in den Vorsitz des „Völker-Bundes“ gewählt wurde. Er starb am 24. Februar 1925.

„Was die reine Demokratie und ihre Rolle in der Zukunft betrifft, so bin ich der Meinung, daß sie in Deutschland eine weit untergeordnetere Rolle spielt als in den Ländern mit älterer industrieller Entwicklung. Das wird sie jedoch nicht hindern, im Augenblick der Revolution als äußerste bürgerliche Partei... für einige Zeit die Bedeutung des letzten Rettungsankers für die ganze bürgerliche und auch feudale Wirtschaft zu gewinnen... In einem solchen Augenblick wird sich die ganze reaktionäre Masse hinter sie stellen und sie stärken, denn alles, was reaktionär ist, wird dann die demokratische Maske anlegen... So war es in allen Revolutionen: Die zahmste, gemäßigtste Partei, die noch fähig ist, die Führung in die Hand zu nehmen, stellt sich an das Staatsruder... Jedenfalls ist im Augenblicke des Umsturzes und am Tage danach unser einziger Gegner — die um die reine Demokratie gruppierte reaktionäre Masse.“ (Fr. Engels: „Das politische Erbe“. Krassnaja Nowj, Moskau 1923, Seite 13—14.)

Vier Jahrzehnte hindurch Führer der Arbeiterbewegung gewesen zu sein und nach seinem Tode die Achtung und laute Anerkennung sämtlicher Kapitalisten der Welt zu erlangen — das ist nicht jedem gegeben. Um dieser Anerkennung willen mußte Ebert offen in der Rolle eines Sozialverrätters auftreten und den ihrem Wilhelm ergebenen Monarchisten wieder zur Macht verhelfen. Und Ole Lian (in Norwegen), dessen Verdienste die Kapitalisten

ebenfalls würdigten, war sogar gezwungen, eine Zeitlang den „Kommunisten“ zu spielen, um im Interesse des Kapitalismus arbeiten zu können. Branting aber erwies seine Dienste dem Kapitalismus, ohne seine „Idee“ allzusehr zu vergeßlichen, wie das die ihm gewidmeten Nachrufe fast einstimmig bestätigen.

Worin bestand nun diese „Idee“, die ihrem Träger solch glänzenden Ruhm eintrug? Sie ist uns wohlbekannt unter dem Namen: „Demokratie“. Branting war ihr Bannerträger schon damals, als sie die Arbeiterklasse in den Kampf führte. Ungeheure Massen der schwedischen Arbeiter folgten ihr, als sie sich, nach den oben angeführten Worten Engels', in „den letzten Rettungsanker der Bourgeoisie und selbst des Feudalismus“ verwandelte, und als hinter ihr „die ganze reaktionäre Masse sich versteckte“, die sich die demokratische Maske vorgebunden hatte.

Branting sah in der Demokratie immer nur den Blitzableiter im Klassenkampf. Um dieser „guten Sache“ willen wagte er sogar 1920 — als er schon die Koalitionsregierung als Übergangsform zum Sozialismus predigte — einen dreitägigen Generalstreik zu proklamieren. Es gelang ihm leicht, nach der russischen und deutschen Revolution 1917-18, die bürgerliche „Demokratie“ durchzusetzen und von der erschrockenen herrschenden Klasse das allgemeine Wahlrecht, natürlich „mit den notwendigen Garantien“ — hohes Mindestalter zur Wahlberechtigung, Beibehaltung des Oberhauses und, versteht sich, des Königtums —, als Konzession zu erzwingen. Übrigens fürchtete er auch selbst immer „über-eilte Reformen“, und als das allgemeine Wahlrecht eingeführt war, posierte er das in alle Welt als einen Triumph der „friedlichen Taktik“. Für sein so überaus „demokratisches“ Vaterland, dessen rechter Regierung gegenüber er noch 1914 das „ganze Volk“ zur Loyalität aufforderte, war er bereit, eine „rekonstruierte Armee“ zu schaffen, in der die Söhne der Werkstätigen nur eine verhältnismäßig niedrige militärische Ausbildung erhalten, während die Vertreter der oberen Klassen, die Studenten, zu Reserveoffizieren erzogen werden sollten. In dieser neuen Armee sollte den Spezialwaffen (Genietruppen usw.) die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Für ihre Ausrüstung gedachte man jene Mittel zu verwenden, die durch die Einschränkung der Zahl der Rekruten erspart werden konnten, die auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht einberufen werden. Die sozialdemokratische Regierung brachte nicht einmal den Mut auf, die adligen Garderegimenter aufzulösen! Sie erlaubte dadurch den faschistischen Offizieren, dem Mittelpunkt der bewaffneten Verteidigung der herrschenden Klassen, ihre Tätigkeit gegen das Proletariat fortzusetzen.

Den „Jugendsünden“ Brantings, die er später wieder voll und ganz gutgemacht hat, kann die Klasse der Großbourgeoisie Schwedens — mit ihren Verzweigungen nach der Seite der vor-

nehmen Adligen einerseits und der reichen Bauern andererseits — liebevollstes „Verständnis“ entgegenbringen. Sind doch selbst die allergrößten Faschisten ebenfalls zur Demokratie und zur Sozialdemokratie gegangen. Eines nur kann die herrschende Klasse Branting nicht verzeihen: daß er 1909 den Fehler begangen hat, die Proklamierung eines Generalstreiks als Abwehr der Arbeiter gegen den frechen Angriff der Unternehmer gegen die Arbeiterbewegung und sogar gegen das Versammlungs- und Vereinsrecht zuzulassen. Freilich erlitten die Arbeiter dank der Halbheit Brantings eine schwere Niederlage. Jedenfalls aber blieb jener Generalstreik ein Fleck auf seinem — vom Standpunkt der Bourgeoisie! — sonst gänzlich blanken Schilde. Wenn die Bourgeoisie auf seinen breiten Rücken blickte, mit dem er sie verteidigte — wie einer von Brantings Nekrologen so treffend von ihm sagt —, konnte sie sich eben nicht vorstellen, daß er dem Druck der Massen einmal auch hatte nachgeben können, sei es auch nur, um letzten Endes die Herrschaft der Ausbeuter zu retten.

Bei der gewaltigen Aussperrung, die jetzt, kurz nach seinem Tode, durchgeführt wurde, begingen seine Schüler schon keinen solchen „Fehler“ mehr. Der Nachfolger Brantings lehnte die Forderung der Arbeitermassen, den Vorstoß der Unternehmer mit der Proklamierung eines Generalstreiks zu beantworten, ruhig und gelassen ab.

Der Gipfelpunkt der Brantingschen Politik der Illusionen war seine besondere Vorliebe, „Friedensreden“ zu halten. Es war das ein sehr unschuldiger Sport, weil ja die Neutralität Schwedens von niemandem ernstlich bedroht war. Von größerem Interesse ist eine andere Tatsache — nämlich die, daß er in der Maske eines Friedensapostels auftreten konnte, obwohl er kurz vorher, im imperialistischen Kriege, ganz offen als Agent der Entente — und damit auch des Zaren — arbeitete. Der Frieden von Versailles bot ihm leichte Gelegenheit, sich „die größte Hochachtung“ der Deutschen zu gewinnen, nur weil er „einige Einseitigkeiten“ des Gewaltfriedens mißbilligte. Und als er sich im Rate des „Völker-Bundes“ erhob, um seine Meinung über die freche Demonstration Mussolinis auf Korfu zum Ausdruck zu bringen, belohnten sämtliche Vertreter der imperialistischen Staaten seine Rede mit langanhaltendem Beifall, weil der diplomatische „Protest eines gerechten Menschen“ der äußeren Aufmachung und Ausschmückung des „Heiligen Bundes“ eben durchaus entsprach. Painlevé sagte von Branting, daß er „in vielen schweren Fragen die Rolle eines Schiedsrichters übernehmen konnte, wobei jede Seite überzeugt sein durfte, ein Urteil zu hören, das dem Geiste der Humanität entspricht“. Das Dekorum des „Völker-Bundes“ erforderte das Vorhandensein eines solchen „Idealisten“ zur Unterstützung der Illusionen über den „Bund der Völker“, der zur Beseitigung aller Schwierigkeiten immer die aller-

günstigsten Formulierungen findet und die Widersprüche mit Leichtigkeit überbrückt.

Besonderes Lob spendete man Branting als dem „Beschützer der kleinen Nationen“. Dem Schreiber dieser Zeilen ist es noch in Erinnerung, wie die Stellungnahme der finnischen Sozialdemokratie in der Frage des Kampfes Finnlands gegen Kerenskis Imperialismus dem „Holländisch-Scandinavischen Komitee“ in Stockholm eine „unangenehme Überraschung“ bereitete. Huysmans gab das vor der ganzen Öffentlichkeit zu, während Branting die von der finnischen Sozialdemokratie aufgestellten Forderungen, die ja eigentlich seiner „Idee“ hätten entsprechen müssen, die aber mit seinem „idealistischen Realismus“ (Benesch) nicht übereinstimmten, nur mit leerem, süßsauerlichem Lächeln aufnahm. Im Gespräch mit seinen finnischen Genossen sprach er jedoch seine „Besorgnisse“ gegenüber einem solchen „zu weit gehenden Experiment“, wie es die Forderung der demokratischen inneren Autonomie sei, aus. Kurz vorher nämlich hatte er das Bestreben einer solchen Forderung bestritten und erklärt, Finnland erstrebe nur die „Wiederherstellung seiner verletzten Rechte“, das heißt, eine einigermaßen sichtbare Unabhängigkeit vom zaristischen Absolutismus (innerhalb des russischen Reiches). Ein so genügsamer, bescheidener „Freund der kleinen Nationen“ war immer ein willkommener Gast bei jeder feierlichen Theaterspielerei, wie sie die abgebrühtesten Imperialisten „für das Volk“ veranstalten.

Die proletarische Revolution in Rußland war der Prüfstein auch für Branting; sie war jener Felsen, an dem seine dekorative Schönrednerlei zerschellen mußte. Branting hätte nichts dagegen gehabt, daß die Arbeiterklasse des kleinen Schwedens dem Proletariat eines anderen Landes den Dolchstoß versetzte und gleichzeitig eine Gemeinheit gegen sich selbst beging. Und so billigte er — trotz der großen Kunst, womit er sonst seine Gedanken hinter seinen Worten zu verbergen wußte — offen die bewaffnete Intervention gegen Sowjetrußland. Neben dieser offenen konterrevolutionären Handlung erscheint es beinahe als Kleinigkeit, daß sein Parteigenosse, der Marineminister in seinem ersten Kabinett, der „proletarische Baron“ und gegenwärtige schwedische Gesandte in London, Herr Palmstjern, es gestattete, daß längs der schwedischen Küste deutsche Waffentransporte für die finnischen Weißgardisten und gegen die von der finnischen Sozialdemokratie geleitete Revolution durchgeführt wurden. Der „Psychologie“ Brantings entsprach es durchaus, daß den Offizieren und Unteroffizieren der schwedischen Armee „Urlaub“ erteilt wurde, damit es der finnischen Mörderarmee nicht an einem genügenden Kommandantstab gebrach, wie auch, daß aus Schweden gegen die „teuren Parteigenossen“ Brantings Waffen ausgeführt wurden.

Weiter oben wiesen wir auf jene Eigenschaften

hin, die Branting in den Augen der Imperialisten und Reaktionäre so überaus wertvoll machten. Er hatte jedoch noch eine besonders wichtige Eigenschaft, die seinen zynischen Verrat den breiten Kreisen des arbeitenden Volkes als „Idealismus“ und „Geradheit“ erscheinen ließ. Dies war seine absolute Prinzipienlosigkeit. Branting konnte z. B. über Marx und Engels schreiben und sie mit höchstem Lob überhäufen, um dann im Schlußwort (wie dies in seiner Einleitung zu Engels': „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ der Fall war) zu erklären, daß die Grundlage ihrer Lehre — über die Unüberbrückbarkeit der Klassengegensätze, über Revolution und Staat usw. — jetzt bereits „veraltet“ sei! In seinem Urteil über die Tätigkeit Lenins konnte er eine Blume auf dessen Grab niederlegen und sagen, Lenin sei es besser als den Menaschewiki gelungen, das russische Volk zu begreifen. Die Meinung seiner besten Freunde, Macdonald und Benesch, denen zufolge Branting „niemals von seinen Prinzipien abgewichen sei“, kann nur dann verstanden werden, wenn man in Betracht zieht, daß er überhaupt keine Prinzipien gehabt hat. Deshalb sagte Chamberlain von ihm, daß er (Branting) „ein Idealist war, der niemals das Gefühl für den Realismus verlor“. Das bedeutet, daß er dort oben, „in der Welt der Ideen“, ein Idealist war — „unten“ im wirklichen Leben aber — ein Realist, oder richtiger: ein ganz gewöhnlicher Opportunist. Bei einer solchen dualistischen Weltanschauung vermag der erhabenste „Idealist“ im realen Leben die niederträchtigsten Handlungen zu begehen. Es ist hierbei charakteristisch, daß Branting in seinem ganzen Leben kein einziges theoretisches Werk geschrieben hat. Nur der äußerste „Praktizismus“, verbunden mit geschickter, aber leerer Schönrednerlei, konnte eine solche Karriere seines Lebens ermöglichen.

Der heutige Renegat des Kommunismus, Höglund, der 1920 in seiner Broschüre „Branting als Bolschewikenfresser“ ganz richtig bemerkte, daß es nur in einem Lande politischer Dummköpfe möglich sei, eine konterrevolutionäre Politik für reinsten Marxismus auszugeben, erging sich nach dem Tode Brantings (dieses „Konterrevolutionärs“) in Lobeshymnen! Auch das ist durchaus natürlich. Die Lorbeeren des Verstorbenen, in dessen Fußtapfen zu treten er sich erfolglos bemüht, lassen ihm keine Ruhe.

Manche versuchen, Branting damit zu „entschuldigen“, daß er trotz seiner Bürgerlichkeit doch nicht so weit gegangen sei wie sein Parteigenosse, der ebenfalls vor kurzem verstorbene Fritz Ebert. Das ist freilich richtig. So grob und ungeschlecht ist er nicht gewesen. Aber eben deshalb erweckt er um so mehr Abscheu mit seiner glatten, diplomatischen Tugendhaftigkeit. Uns interessiert die Untersuchung nicht, ob er sich selbst „aufrichtig“ betrog, oder ob er in seinem Sozialfaschismus ein bewußter Betrüger

war. Wir müssen die Wahrheit sagen, und das um so rücksichtsloser, je tiefer die Illusionen in den Massen Wurzel gefaßt haben. Im Grunde gibt es keinen Unterschied zwischen der schwedischen Sozialdemokratie und dem deutschen „Barmatismus“. Die auch in Schweden häufig aufeinanderfolgenden Enthüllungen von Verbrechen, Spekulationen, Schiebereien, Verschleuderungen beweisen, daß der Auflösungsprozeß der schwedischen Sozialdemokratie weit vorgeschritten ist; und daß die Nachfolger Brantings sich auch nicht scheuen würden, unter denselben Verhältnissen wie in Deutschland auf Arbeiter schießen zu lassen, daran dürfte wohl niemand mehr zweifeln.

Branting war eine der „Säulen“ der II. Internationale. Er hatte mehr Fähigkeit und Möglichkeit als andere, die Arbeitermassen irrezuführen, und er tat es mit einer Entschlossenheit, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Seinen

Anhängern wird es mit Hilfe seiner Autorität noch lange gelingen, einen Teil der Arbeiter zu betrügen. Die schwedischen Zeitungen haben sich beeilt, den Vorschlag zu machen, sein Bild auf dem „Friedensdenkmal“, das in Stockholm von Arbeitern errichtet werden soll, neben diejenigen von Karl Liebknecht, Jean Jaurès und Lenin aufzustellen. Es wird interessant sein, zu sehen, ob die Gesinnungsgenossen Brantings genügend Frechheit aufbringen werden, diese Bilder wirklich nebeneinanderzustellen — und das, nachdem Branting selbst erklärt hat, daß Lenin und MacDonald (dieser liebevolle Bruder Brantings in allem, was Arbeiterverrat heißt) so verschieden voneinander seien wie Feuer und Wasser. Wir wollen hoffen, daß unsere kommunistischen Genossen stark genug sein werden, eine solche Schändlichkeit zu verhindern.

Leningrad, 11. März 1925

CLARA ZETKIN: ZUM TODE VON JULIAN MARCHLEWSKI

Ein Revolutionär ist von uns gegangen, der ein Leben lang in den vordersten Schlachtreihen des revolutionären Proletariats gekämpft, und der im heißen Meinungsstreit in Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung den werktätigen Massen stets wegweisend das Banner des internationalen revolutionären Marxismus vorangetragen hat. Genosse Marchlewski ist nicht mehr. Nachdem ihn schweres Leiden schon seit längerer Zeit vom Kampfplatze gerissen hatte, ist er nun von uns gegangen in Tagen, wo das internationale Proletariat unter schwersten Bedingungen sich für seine große Generalabrechnung mit der Bourgeoisie sammeln, rüsten und vorstoßen muß, wo daher eine revolutionäre Vorhut unter der Führung der Kommunistischen Internationale angespannt um klare Erkenntnis und zielsichere Praxis ringt. Wie wertvoll wäre in dieser Situation die Stimme eines Mannes wie Genosse Marchlewski, der zeitlebens ein ganzer revolutionärer Kämpfer war, und der mit gründlicher theoretischer Schulung eine große Summe praktischer Erfahrung des revolutionären proletarischen Klassenkampfes verband. Die Kenntnis, die Schulung und die Erfahrung dreier Länder, die verschiedene Stufen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung darstellen.

Die Internationalität hat das Lebenswerk des Genossen Marchlewski geprägt. Nicht nur in dem Sinne, daß es seinen Inhalt, seine Richtung durch die Ideologie des revolutionären Marxismus empfing, die gleichbedeutend ist mit Internationalität. International war dieses Lebenswerk

auch nach seinem äußeren Um und Auf. Polen, Rußland, Deutschland hatten ihren unmittelbaren Anteil daran, ein jedes aber derart, daß stets die internationale Einheit des geschichtlichen Geschehens, die internationale Solidarität des proletarischen Klassenkampfes das übergeordnete Gesetz blieb. Ganz gleich, wo Genosse Marchlewski zeitweilig durch Arbeit und Kampf sich selbst die Urkunde seines Bürgerrechts schrieb: er war stets der internationale Kämpfer, der für die eine große Heimat der sozialen Revolution die Waffen führte. Ein zweiter hervorstechender Grundzug seines Wirkens war seine enge innere Verbindung mit dem Proletariat. Er war unter den Arbeitern einer der ihrigen, er war mit ihren harten, freudearmen Existenzbedingungen und vielgestaltigen sozialen Nöten vertraut, mit ihrer Psychologie und dem Reifegrad ihres Klassenbewußtseins. So konnte er sich wie wenige in ihre Gedankenwelt einfühlen und für sie zu einem vorzüglichen Popularisator und Lehrer des revolutionären Marxismus werden.

Das Schicksal des Genossen Marchlewski ist unlöslich mit einer bedeutsamen Entwicklungs- etappe der revolutionären Arbeiterbewegung Europas verknüpft. Von den sozialrevolutionären Ideen mächtig erfaßt, die in den achtziger Jahren des vorigen Säkulums in Russisch-Polen die Elite der jungen Generation in Atem hielten, arbeitete der Jüngling nach beendigem Realgymnasium mehrere Jahre als Färber in Textilfabriken, zuerst in Warschau, dann in Sachsen, in der hochentwickelten Erzgebirgsindustrie, 1889 abermals

in Warschau. Seine gärenden, anfangs verworrenen sozialistischen und revolutionären Ideen haben sich in diesen Jahren erheblich geklärt und befestigt. Von entscheidendem Einfluß darauf waren seine Beziehungen zu polnischen und russischen Sozialisten und sein unermüdeliches, blienfleißiges Studium der Meisterwerke des wissenschaftlichen Sozialismus wie auch im großen Buch des Lebens, das die Arbeit in den Fabriken weit vor ihm aufgeschlagen hatte.

Der Proseß des Reifens ist so weit vorgeschritten, daß Genosse Marchlewski 1889 in Warschau sich begeistert dem „Bund polnischer Arbeiter“ anschließt und bald einer seiner Führer wird. Es ist die erste Organisation, die den kühnen Versuch unternimmt, trotz des zaristischen Gewalt- und Schreckensregiments die Proletarier Russisch-Polens auf breiterer Grundlage zu erfassen, sie für den Kampf für die Tagesforderungen der ausgebeuteten Massen zu sammeln. In seinem beruflichen Wirkungskreise als Meister in einer der größten Textilfabriken zu Lodz setzt Genosse Marchlewski 1890 seine Tätigkeit für die revolutionäre Sammlung und Erlebung der Arbeiter mit so verkehrendem Eifer und so gutem Erfolge fort, daß er schon im darauffolgenden Jahre mit Genossen Adolf Warski zusammen verhaftet wird. Ein Jahr steckt er im Kerker, ein Jahr des Lernens und der Selbstverleugung, dann erfolgt seine Ausweisung, weil festgestellt wird, daß er kein russischer Untertan ist. Er geht nach Zürich und setzt dort an der Universität seine Studien systematisch fort.

Für einen Mann von der revolutionären Überzeugungstreue und der unerschütterlichen Kampfentschlossenheit des Genossen Marchlewski bedeutete das keineswegs einen Verzicht auf sein Ziel, die polnischen Proletarier zum Sturm gegen den Kapitalismus in Reih und Glied ihrer Brüder der anderen Länder zu rufen und zu organisieren. In der Schweiz schließt er sich mit den Genossen Warski, Leo Jogiches-Tyyska und namentlich auch mit Genosin Luxemburg zu einem Freundschafts- und Kampfbund zusammen, der sich im Laufe der Jahre nicht lockert, und aus dem nur der Tod die einzelnen reißt. Fest und innig mit Arbeitern in der Heimat verknüpft — es sei nur der unvergeßliche Genosse Kaspchak genannt — werden die vier in der Folge die Begründer der Sozialdemokratie Polens und Litauens, sind sie ihre theoretischen politischen Führer und ihre unermüdelichen praktischen Werkleute. Die Geschichte dieser Partei ist Genossen Marchlewskis Lebensgeschichte, ist sein bestes Wissen, Wollen, Ringen und Kämpfen, verkörpert in wachsenden Tausenden revolutionärer proletarischer Klassenkämpfer. An jeder entscheidenden Etappe der äußeren und inneren Entwicklung der Polnisch-Litauischen Sozialdemokratie leuchtet auch der Name Marchlewski.

Es kann nicht die Aufgabe dieser flüchtigen Zeilen sein, sogar nur andeutungsweise zu schät-

zen, was diese Partei — aus der in Vereinigung mit anderen proletarischen Organisationen die jetzige Kommunistische Partei Polens hervorgegangen ist — dem Wissen, dem Talent und der selbstlosen Hingabe des Verstorbenen verdankt. Ebensovienig auch, die Verästelungen und Verknüpfungen aufzuzeigen, die jederzeit bestanden zwischen Werden und Wachsen der Sozialdemokratie Polens und Litauens und damit Gen. Marchlewskis Werk und der Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in Rußland. Für die II. Internationale war die Gründung der Sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens eine geschichtlich wichtige Tat. Sie brachte zum Ausdruck, daß ein ansehnliches Bataillon der modernen Proletarier Europas aus dem Nebelkreis kleinbürgerlicher, ja bourgeoiser Ideologie heraustrat in die klare, lichtvolle Erkenntnis des revolutionären Marxismus. Dieser Fortschritt hatte seine besondere Bedeutung sowohl in der vermittelnden Stellung des polnischen Proletariats zwischen den Arbeitern des Westens und Ostens als auch in dem raschen und riesigen Aufblühen der Industrie Russisch-Polens.

Die unvergängliche historische Leistung der Sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens war, daß sie im heißen, sähnen Kampfe mit der bürgerlich-nationalistischen PPS die Ideologie des revolutionären Marxismus herausarbeitete, zum Gemeingut des fortgeschrittensten Teils des polnischen Proletariats und zum Leitstern ihrer Politik, ihrer Praxis machte. Genosse Marchlewski aber hat als erkenntnistheoretischer Theoretiker wie als Organisator sein gut Teil Verdienst an dieser Leistung. Die Frage soll hier nicht aufgerollt werden, inwieweit die Führer der Sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens und insbesondere ihr genialster theoretischer Kopf, Rosa Luxemburg, die revolutionäre Seite des Nationalitätenproblems übersehen haben. In jenen Jahren stellte die historisch gegebene Situation der Sozialdemokratie Polens und Litauens als sehr konkrete Hauptaufgabe des Tages: den Nationalismus der Sozialistischen Polnischen Partei niedersuringen und die polnischen Arbeiter mit der Überzeugung zu erfüllen, daß die internationale revolutionäre Solidarität oberstes Gesetz ihres Handelns sein müsse. Ihre Losung mußte sein: Wir brauchen keine Einheitsfront mit den polnischen Schlichtschitzen und Kapitalisten für die Wiederherstellung Polens. Es muß eine Einheitsfront mit den russischen, deutschen, österreichischen Proletariern für die soziale Revolution gebildet werden. Tatsachen haben seither glänzend bestätigt, daß die Sozialdemokratie Polens und Litauens in ihrem Kampfe gegen die Sozialistische Polnische Partei historisch und politisch recht hatte. Der Nationalismus der Dasszynski und ihresgleichen hat nichts gemein mit der revolutionären Anerkennung und Berücksichtigung des Nationalitätenprinzips, wie sie von Lenin theoretisch begründet worden ist und in

der Sowjetunion ihre praktische Lösung gefunden hat. Dieser Nationalismus ist durch und durch bürgerlichen Wesens, ist eine Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Das Verhalten der Sozialistischen Polnischen Partei zu den Litauern, Weißrussen und Ukrainern ist eine ununterbrochene Beweiskette dafür.

Als Kämpfer für den revolutionären Marxismus und seine junge proletarische Organisation in Polen trat Genosse Marchlewski zum ersten Male in der II. Internationale hervor. Er unterlag zunächst, um später doch zu siegen: Auf dem Internationalen Kongreß zu Zürich 1898 war er Mandatsträger der „Warschauer Organisation sozialdemokratischer Arbeiter“, die die nämlichen Ziele vertrat wie die in Paris von Rosa Luxemburg, Warski, Tyszka und Marchlewski herausgegebene Zeitschrift, die die ideologische Grundlage für die bald darauf erfolgte Gründung der Sozialdemokratie Polens und Litauens schuf.

Die Tagung lehnte den Rechtsanspruch dieser Organisation ab, ebenso wie auch das Mandat Rosa Luxemburgs seitens der Pariser Gruppe, weniger noch, weil sie ungenügend und einseitig unterrichtet war, als vielmehr, weil sie die weitreichende grundsätzliche Bedeutung der aufgeworfenen Frage nicht erkannte. Sicherlich äußerte sich in der Entscheidung, daß die II. Internationale damals nichts weniger war als die Verkörperung des revolutionären Marxismus. Noch waren in ihr starke Überreste kleinbürgerlicher, utopischer Ideologien und Schulen mächtig. Noch war der Klärungsprozeß für die Theorie und Praxis der revolutionären proletarischen Klassenkämpfe nicht einmal so weit vorgeschritten, daß der wissenschaftliche Marxismus wenigstens in papiernen Resolutionen über die Konfusion siegte. Und kaum daß dies der Fall war, machten sich neue Tendenzen zur Verbürgerlichung der II. Internationale geltend, Tendenzen, deren Grundlage der kraftgeschwollene Imperialismus war und seine Auswirkung in der Arbeiterklasse.

In dieser Situation ist es hoch zu bewerten, daß aus dem „Bund polnischer Arbeiter“ in einer kurzen Spanne Zeit die Sozialdemokratische Partei Polens und Litauens hervorging, ihren Platz in der II. Internationale eroberte und mit unerschütterlicher Treue und ungestümer Leidenschaft stets auf dem Posten war, wenn es darum ging, für den revolutionären Marxismus gegen Opportunismus und Revisionismus zu kämpfen. Genosse Marchlewski aber war einer der zuverlässigsten Streiter und Führer in diesem Kampfe. Er focht entschieden, ohne Zögern und Schwanken an der Seite der revolutionären Minderheit der deutschen Sozialdemokratie, an der Seite der bolschewistischen Partei Rußlands. So auf dem Internationalen Kongreß zu Stuttgart 1907, wo er mit Lenin und Rosa Luxemburg zusammen die sich vorbeireitende schimpfliche Kapitulation der II. Inter-

nationale vor dem bürgerlichen Patriotismus, dem kapitalistischen Imperialismus zurückzuschlagen versuchte. Ebenso energisch beteiligte er sich an den Tageskämpfen zwischen den beiden unversöhnlichen Richtungen, Tageskämpfe, die, je länger, um so mehr, zu den ständigen Erscheinungen in der Arbeiterbewegung der einzelnen Länder gehörten. Das wichtigste Blachfeld dieser Kämpfe wurde bald Deutschland, die deutsche Sozialdemokratie. Hier hat Genosse Marchlewski jahrelang im heißesten Schlachtgetümmel des Ringens mit dem Opportunismus der Praxis, dem Revisionismus der Theorie gestanden.

Die Auffassung Rosa Luxemburgs und Parvus' vom Entwicklungsgang der Revolution bestimmte auch Genossen Marchlewski, nach Deutschland übersiedeln. Hier war er außerdem Polen ein gut Stück näher und konnte in Oberschlesien und Posen auf große Teile der polnischen Arbeiter unmittelbar einwirken. 1895 ging er mit Parvus nach Dresden an die „Sächsische Arbeiterzeitung“, wurde von dort im Herbst 1898 ausgewiesen und ließ sich in München nieder. Schon ehe er seinen Wohnsitz in Deutschland nahm, war er unter dem Pseudonym Karaki Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ und anderer sozialdemokratischer Organe. Sein Tätigkeitsfeld als Schriftsteller erweiterte sich rasch. Er wurde Mitarbeiter der „Leipsiger Volkszeitung“, der „Bremer Bürger-Zeitung“; seine Abhandlungen und Artikel wurden von sehr vielen Partei- und Gewerkschaftsblättern nachgedruckt. So übte er einen weitreichenden Einfluß aus auf die grundsätzliche und taktische Einstellung der deutschen Arbeiter zu den Aufgaben, mit denen sie sich auseinandersetzen mußten.

Es war selbstverständlich, daß Marchlewskis Tätigkeit in Deutschland eine Unterbrechung erfuhr, als 1905 die Revolution sich in Rußland erhob. Genosse Marchlewski eilte sofort nach Warschau, mit jeder Faser seines Wesens ein aufopfernder Diener der Revolution, ein entschlossener Führer, ein unermüdlicher Organisator, ein nie versagender und verzagender Kämpfer. 1906 verhaftet, 1907 aus dem Gefängnis entlassen, nahm er im gleichen Jahre an dem Kongreß der russischen Partei in London teil. Die Kämpfe der Revolutionszeit hatten ihn fester als je mit ihr verbunden. Zum zweiten Male schlug der Revolutionär sein Ziel in Deutschland auf und setzte hier den Kampf fort gegen die Mauerung der deutschen Sozialdemokratie zu einer bürgerlichen demokratisch-sozialistischen Reformpartei, später, nach Kriegsausbruch, gegen den offenen Verrat der Partei, bis er 1916 verhaftet, ins Gefängnis gesperrt und schließlich zur Sicherstellung der wilhelminisch-imperialistischen Reichsherrschaft in das Konzentrationslager zu Havelberg gesteckt wurde.

Schon diese dürftigen Angaben über die äußere Lebensgestaltung des Genossen Marchlewski lassen erkennen, von welch großer, fruchtbarer

Bedeutung sein Wirken in Deutschland gewesen ist. Diese Bedeutung wird durch den Umfang wie den Inhalt des Wirkens gegeben. Genossen Marchlewski theoretische und schriftstellerische Betätigung fiel in die Jahre des Triumphzuges des Imperialismus in Deutschland. Der Imperialismus schuf die Grundlage dafür, daß der seichteste, haltloseste Opportunismus der Praxis in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie die revolutionären Grundsätze des Marxismus mit Füßen trat, daß schließlich Bernsteins Revisionismus den dreistörigsten Versuch unternahm, eine wissenschaftliche theoretische Basis für diese Praxis zu gestalten. In steigendem Maße verdrängte der Reformismus den revolutionären Marxismus. Wachsende Massen des deutschen Proletariats verloren die klare Erkenntnis der unabwieslichen Notwendigkeit, der entscheidenden geschichtlichen Bedeutung der sozialen Revolution. Der Wille zur Revolution starb vergiftet dahin, die unerschütterliche Entschlossenheit zum revolutionären Kampf. Ein revolutionsfeiges Geschlecht wuchs heran, bereit, für jedes erbärmliche Linsengericht von Reformen sein stolzes Erstgeburtsrecht zu verkaufen, Kämpfer und Sieger für die proletarische Revolution zu sein.

Es ist das bleibende Verdienst des Genossen Marchlewski, in dem Ringen zwischen bürgerlichem Reformismus und revolutionärem Marxismus den deutschen Arbeitern ein Lehrer und Führer, ein beispielgebender Kämpfer gewesen zu sein. Mit schneidiger Klinge kämpfte er gegen Bernsteins Revision der marxistischen Grundlehren wie gegen jede Preisgabe des revolutionären Klassenstandpunktes bei dem praktischen Tageswerk. Er stand seinen Mann und stand ihn ganz in den stürmischen Auseinandersetzungen um die Neutralität und die Aufgaben der Gewerkschaften, um die Budgetfrage und die süddeutsche Sonderstellung und Extratouren, um die Fragen der Steuern und Zölle, des Wahlrechtskampfes, des Massenstreiks usw. usw. Besonders hervorzuheben ist die Klarheit und Bestimmtheit, mit der er die Tragweite und die Gefahren der imperialistischen Entwicklung den Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen trachtete, die Entschiedenheit, mit der er den Kampf aufnahm gegen die Konzessionen der Sozialdemokratie an den Imperialismus, in denen bereits der spätere Verrat seine Schatten vorauswarf.

Gewiß, Genosse Marchlewski war im Kampfe gegen den Reformismus nicht wie Rosa Luxemburg ein selbständiger Theoretiker und Pfadfinder, er warf sich auch nicht mit dem elementaren Ungestüm Parvus' auf den Feind. Aber er war als Theoretiker klarblickend und bestimmt, als Kämpfer ausdauernd und treu. Er erwies sich vor allem als ein theoretischer Vermittler besten Stils zwischen den proletarischen Massen und dem revolutionären Marxismus. Er war ein meisterhafter Popularisator, der es verstand, das Abstrakte und Allgemeine auch dem

Einfachen und Ungelehrten als konkret Fühbares und Bestimmendes in ihrem persönlichen Leben erkennen zu lassen. Er stellte damit die lebendige Verbindung her zwischen den Tagesnöten der Arbeiter und den Tageslosungen ihrer Kämpfe und der unabirraren Einstellung ihrer Erkenntnis, ihres Willens und Handelns auf die gewaltige Generalschlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Sein ernstes, umfangreiches nationalökonomisches und historisches Wissen kam ihm dabei ebenso zuzustatten wie seine klare, feste wissenschaftliche Schulung. Genosse Marchlewski blendete nicht, aber er klärte auf, überzeugte, er schulte. Was er in jenen Jahren des Kampfes den deutschen Arbeitern gegeben, hat mit die Voraussetzungen und Grundsteine gelegt für den Aufbau der Kommunistischen Partei, lebt unvergänglich weiter in der Ideologie der revolutionären Vorhut des Proletariats.

Als die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie den imperialistischen Raub- und Machtkrieg der deutschen Bourgeoisie segneten, gehörte Genosse Marchlewski von der ersten Minute an zu den sehr wenigen, die sich sofort um Rosa Luxemburg scharten, um das Proletariat für das Ziel zu sammeln, das Völkermorden durch die soziale Revolution zu enden. Er war einer der aktivsten „Spartakisten“, unermüdlich und unerschrocken, um die energischsten Elemente des deutschen Proletariats ideologisch und organisatorisch zusammenschließen. Die militärischen und politischen Lakaien der Bourgeoisie — inbegriffen die Führer der Sozialdemokratie — ließen ihn dafür büßen. Die siegreiche Oktoberrevolution in Rußland gab ihm die Freiheit zurück. Die Sowjetregierung erreichte durch Austausch mit deutschen Gefangenen seine Entlassung aus dem Konzentrationslager. Genosse Marchlewski stellte sich sofort wieder in Reih' und Glied der Revolutionskämpfer. Als nach dem militärischen Zusammenbruch des deutschen Imperialismus der revolutionäre Stoßtrupp des deutschen Proletariats, organisiert im Spartakusbund, der sich bald zur Kommunistischen Partei umformte und erweiterte, zum Siege drängte, um mit der Bourgeoisie „russisch zu reden“: da ging Genosse Marchlewski als unser Vertreter ins Ruhrrevier, mit der Aufgabe, die Lohnsklaven der Berg- und Hüttenherren in Sowjets zu organisieren. Es war dies ein ebenso ehrenvoller als verantwortungsreicher Auftrag. Genosse Marchlewski erfüllte ihn mit Geschick, Treue und echt revolutionärem Heldenmut unter größten Gefahren.

Wie stets, verließ er den Posten erst auf Befehl, als er absolut unhaltbar geworden war. Seiner würdig, schließt die Arbeit im Ruhrrevier sein unmittelbares Wirken für die Revolution in Deutschland ab. Sein Leben klingt harmonisch aus in rastloser Betätigung für die Sicherung und Weiterentwicklung der proletari-

sehen Revolution in der Sowjetunion, für ihr Fortschreiten und ihren Sieg als Weltrevolution. Sein Wirken für die Kommunistische Partei Polens, für die Revolutionierung und Befreiung der Arbeiter und Bauern seines Stammlandes fügt sich international zum Ringe zusammen mit seiner Betätigung für den Triumph des ersten Proletarier- und Bauernstaats in der Geschichte, für die Vorbereitung und Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution. Die innigste Verschlingung des Nationalen und Internationalen zu einheitlichem revolutionären Streben bleibt das Merkmal, das nie übertönte Leitmotiv seiner Lebensarbeit bis zum Ende. Der Dienst für die proletarische Revolution hat die letzten Atome von Marchlewskis Kraft getrunken.

Die Kommunistische Internationale hat mit dem Genosen Marchlewski einen ihrer Besten verloren. Der Verstorbene war eine ideale Verkörperung des revolutionären Kämpfers. Wie bei Lenin und Rosa Luxemburg gab es daher bei ihm keinen Gegensatz zwischen dem Revolutionär und dem Menschen. Revolutionär und

Mensch waren eins. Genosse Marchlewski vereinigte die Güte und Reinheit des verstehenden, kulturell hochstehenden Menschen mit der unerbittlichen Festigkeit und Treue des überzeugungsklaren Kämpfers. Er war ein „Ritter der Revolution ohne Furcht und ohne Tadel“, nie vom eitlem Wunsch besessen, zu glänzen und zu führen, stets darauf bedacht, zu arbeiten, zu kämpfen, der Revolution zu dienen. Der Wert seines Wesens und seines Wirkens brachte ihn kämpfend und führend in die vordersten Reihen. Das deutsche wie das polnische und internationale Proletariat darf niemals vergessen, was es dem Lebenswerk des selbstlosen revolutionären Kämpfers und Führers Marchlewski verdankt. Dieses Lebenswerk steht unverwischbar verzeichnet auf den ruhmvollen Seiten der proletarischen Geschichte. Es sichert Marchlewski seinen Platz im Pantheon der proletarischen Revolution, in dem großen Herzen der Arbeiter aller Länder, die heute Kämpfer sein müssen, um morgen Sieger, Befreite, Schöpfer des Kommunismus zu sein.

G. K-R.:

ÜBER DEN BERICHT DER ENGLISCHEN GEWERKSCHAFTSDELEGATION

(Verlegt vom Generalrat der englischen Trade Unions. 1925. XXII — 246 S.
Deutsch: Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8)

Seit der russischen Revolution befindet sich Sowjetrußland unaufhörlich im Brennpunkte der öffentlichen Aufmerksamkeit und der internationalen Kritik.

Über diesen proletarischen Staat haben sich schon ganze Ströme Abwaschwassers ergossen, während andererseits sich die großen Errungenschaften der russischen Revolution in die Herzen der Arbeiter der ganzen Welt unauslöschlich einprägten.

Es ist gegenwärtig über Rußland ein Buch erschienen, dessen Autorität und Glaubwürdigkeit keinem Zweifel unterliegt — sogar vom Standpunkte jener, die das in Rußland vor sich gehende bis jetzt nicht im wahren Licht sehen wollten. Keine Verleumdung und kein Verschweigen seitens der sozialdemokratischen Führer wird den Barmat-Sozialdemokraten angesichts dieser Tatsache helfen. Es handelt sich um den offiziellen Bericht der offiziellen Delegation der größten und ältesten Gewerkschaften der Welt — der englischen Trade Unions.

Wer sind diese Leute, die in der Zeit vom 7. November bis zum 19. Dezember 1924 im Auftrage englischer Arbeiterorganisationen ganz Sowjetrußland kreuz und quer durchreist haben? Auf der ersten Seite des Berichts befindet sich ein kurzer Lebenslauf der Delegationsmitglieder. Unter diesen Leuten sehen wir Ben-Tillett, Generalsekretär des Dock-Arbeiterverbandes, lebenslängliches Mitglied des Generalrats des Transportarbeiterverbandes seit 1889, der seit 1917 Mitglied des englischen Parlaments und seit 1922 Mitglied des Generalrats der Trade Unions ist.

Dann folgt das Delegationsmitglied John Turner, alter Teilnehmer an der Arbeiterbewegung, einer ihrer Führer. Seit 1886 befand er sich unter dem Einfluß seines engsten Freundes Kropotkin und wurde theoretischer Führer der Anarcho-Kommunisten. Ein wütender Gegner jeder Art Zentralgewalt und staatlicher Organisation, einer der Hauptthetzer gegen Sowjetrußland im Zusammenhang mit der angeblichen Verfolgung anderer sozialistischer Strömungen seitens der Bolschewiki, Mitglied des Generalrats der Trade Unions seit 1921.

Ferner Herbert Smith, 19 Jahre hindurch Vorsitzender des Bergarbeiter-Verbandes von Süd-Yorkshire und seit 1921 Vorsitzender der britischen Bergarbeiterföderation. Vorsitzender der Bergarbeiterinternationale.

John Bromley, Sekretär des vereinigten Verbandes der Maschinisten und Heizer, Mitglied des Zentralkomitees der englischen Arbeiterpartei in den Jahren 1920—21, Mitglied des Parlaments seit 1924.

Fred Bramley (Sekretär der Delegation), langjähriger Redakteur sozialistischer Zeitungen, Sekretär des Generalrates der Trade Unions seit 1923, Mitglied einiger Regierungskommissionen.

Und zuletzt der Vorsitzende der Delegation A. A. Purcell, Mitglied der sozialdemokratischen Föderation während vieler Jahre, Parlamentskandidat seit 1910, bekannt als Theoretiker der Genossenschaftsbewegung, vom Gewerkschaftskongreß in Wien 1924

zum Vorsitzenden der Amsterdamer Internationale gewählt. In den Jahren 1923—24 Vorsitzender des Generalrats der englischen Trade Unions; im Jahre 1924—25 Vizevorsitzender des Generalrats. Nahm teil an der englischen Delegation, die 1920 Rußland besuchte.

Also: Es sind alles Leute, die seit einer Reihe von Jahrzehnten das höchste Vertrauen des englischen Proletariats genießen, hervorragende Gewerkschaftsführer, anerkannte Führer der Massen, mit einem Wort — Leute, die in Deutschland längst Barmat gekauft hätte.

Zur Verfügung dieser Leute während ihrer Reise standen von ihnen aus England mitgebrachte Sachverständige: Harold Greenfield, A. R. Macdonald, George Jung, bürgerliche Anhänger des Sozialismus, die während einer Reihe von Jahrzehnten noch im zaristischen Rußland verschiedene Stellen bei verschiedenen Gesandtschaften bekleideten und die russische Sprache vorzüglich beherrschten.

Auf 275 großen Seiten in Folio berichten sie, was sie in Rußland gesehen haben: Das sind keine persönlichen Eindrücke. Laut Aussage der Delegation selbst ist jede Zeile allseitig und kritisch durchdacht und durch Unterschrift von der gesamten Delegation bestätigt. Diese Leute sagen über sich selbst folgendes: „Die Delegation bestand aus Leuten, die kraft politischer Traditionen geneigt sind, sich zur kommunistischen Philosophie und Praxis sehr kritisch zu verhalten, aus Leuten, die spezielle Kenntnisse, jeder mindestens in einem Zweige der Industrie, besitzen, und die mehr als einmal fremde Länder bereist haben mit dem Ziele, das zu beleuchten, was in ihnen vorgeht.“

Voraussehend, daß gewisse antibolschewistische „Informatoren“ es sich nicht nehmen lassen werden, über Sowjetrußland Gerüchte zu verbreiten, als ob die Bolschewiki der Delegation nur „Potemkinsche Dörfer“ gezeigt hätten — wie schon der „Vorwärts“ wiederholt schrieb — erklärt die Delegation auf Seite 2 des Vorworts, daß sie Ausweise in Händen hatte, die jedes einzelne Mitglied berechtigten, ohne vorherige Benachrichtigung, ohne Kontrolle und Führer und mit eigenmächtig ausgewählten Übersetzern jede Behörde, jeden Betrieb, jedes Gefängnis usw. zu besuchen und ohne Hindernisse jeden beliebigen Menschen unter vier Augen zu sprechen. Die reiche Zahl der besuchten und im Bericht geschilderten Stellen, Behörden, Wohnungen usw., zeugt von der vollkommenen Unmöglichkeit, auf schnelle Hand überall da ein Potemkinsches Dorf zu errichten, wohin die britischen Delegierten sich begaben.

Wie sehen nun die Urteile der Delegation darüber aus, was sie in Rußland unter den oben geschilderten Verhältnisse gesehen haben? Lassen wir die Delegation selbst reden.

Auf Seite 3 des Vorworts lesen wir: „Am stärksten springt in die Augen die charakteristische Eigenschaft des gegenwärtigen Regierungssystems, eigene Fehlgriffe einzugestehen.“

Auf Seite 1 lesen wir:

„Die russische Revolution entwickelt sich in unaufhörlichem, mächtigem Tempo, und das bezieht sich wie auf ihre ökonomischen und politischen, so auch auf ihre sozialen Organisationen.“

Auf derselben Seite finden wir folgende Charakteristik:

Die jetzigen Errungenschaften der Revolution finden ihren Ausdruck im neuen Staatssystem, das schon jetzt mächtig ist und die größten Perspektiven im Sinne eines weiteren Gedeihens in sich birgt.“

Und hier der Eindruck, den die Delegation von den russischen Kindern erhalten hat:

„Die Kinder sahen glücklich aus. Zweifellos sorgt man gut für sie. Sie schauen mit weit geöffneten Augen in die Welt, und diese Augen leuchten vor jugendlicher Freude. Wir bemerkten unter ihnen keine Merkmale eines tiefen Leidens; es werden augenscheinlich doppelte Anstrengungen gemacht, um das Leben der Jugend glücklicher und fröhlicher zu gestalten.“ (Einleitung S. 13.)

Die Delegation besuchte die Naphthawerke in Baku, die den Sachverständigen, die die Delegation begleiteten, aus der Periode des Zarismus gut bekannt sind. Sie schildern die damaligen Wohnungsverhältnisse als die schauerhaftesten, die sie je auf der Welt gesehen haben. Im Zusammenhang damit erinnern sie sich als Zeugen jenes unbeschreiblichen Luxus, in dem gleich daneben die Besitzer dieser Naphtha-Werke schwelgten. Und als Kontrast:

„Wir hatten die Möglichkeit, die neuen Wohnungen zu besuchen, die die Sowjetrepublik in unseren Tagen auf Kosten des Profits aus der Naphtha-Industrie für die Arbeiter gebaut hat. Die Wohnungsverhältnisse dieser Menschenmasse haben sich so kraß geändert, daß aller Grund vorhanden ist, von einer Revolution auf diesem Gebiete zu sprechen, der eine ernste Beachtung gebührt.“ (Einleitung, S. 20.)

Der Bericht im ganzen umfaßt drei große Abschnitte: Bericht über die allgemeine Lage, Bericht über die Lage auf dem Gebiete der Arbeit und Bericht über die transkaukasischen Republiken. Jeder dieser Abschnitte besteht aus drei Teilen — einer allgemeinen Beschreibung und unten angeführten Beispielen. Am Ende jedes Kapitels, das die verschiedenen Fragen behandelt, ist der Schlußabsatz „allgemeinen Schlußfolgerungen“ gewidmet.

Charakteristisch ist die Meinung der englischen Delegierten über das Sowjetsystem.

Auf Seite 17 des Berichts wird gesagt:

„Die Delegation kam zu dem Schluß, daß das Sowjetsystem der Volksvertretung und seine Struktur der konstitutionellen und persönlichen Rechte sehr weit davon entfernt ist, ein antidemokratisches System im weiteren Sinne dieses Wortes zu sein, und daß in vieler Hinsicht das Sowjetsystem dem Individuum eine wirklichere und vernünftiger Möglichkeit bietet, an den Staatsgeschäften teilzunehmen, als das System des parlamentarischen oder des Parteiregimes.

Dem gegenwärtigen Deutschland, das von Gnaden amerikanischer Bankiers und mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei den Weg der Stabilisierung betreten hat — um den Preis der Umwandlung in eine Daweskolonie, wird es besonders interessant sein, die Schlüsse der Engländer hinsichtlich der Valutastabilisierung in Rußland zu hören.

„Der allgemeine Schluß, zu dem man bei vollkommen leidenschaftsloser Betrachtung des Finanzsystems der Union der SSR gelangt, läßt sich dahin zusammenfassen, daß sich dieses Finanzsystem nicht nur vollkommen richtig entwickelt, sondern auch, daß es die Staaten des europäischen Kontinents bedeutend überholt hat — jene Staaten, die gegenwärtig bemüht sind, aus dem ihnen zuteil werdenden Vertrauen ausländischen Kapitals für sich Nutzen zu ziehen.“ (S. 40.)

Und sehen wir uns an, wie es mit dem geschmähten Niedergang der russischen Industrie steht, den die deutschen Sozialdemokraten immer bemüht sind, mit der Unfähigkeit des Sowjetsystems zum Aufbau zu erklären? Einer ganz anderen Meinung sind die Engländer, die man eines Unverständnisses hinsichtlich des industriellen Fortschritts kaum verdächtigen kann:

„Was den Zustand der Industrie betrifft, so ist die Delegation zu folgenden Schlüssen gelangt: Die Entwicklung hat nicht aufgehört; und das ökonomische System fördert den ökonomischen Wiederaufbau, der jetzt dank dem Frieden möglich geworden ist. Das Verhältnis zwischen der jetzigen und der Vorkriegsproduktivität entwickelt sich in Rußland im Vergleich mit anderen Ländern des Kontinents sehr günstig, und die mächtige Energie und die Bemühungen der Sowjetregierung wiegen zusammen mit der Erneuerung von Produktionsmitteln den Mangel an Kapital zum Teil auf. (S. 59)“.

Das Gutachten der Delegation ist dort doppelt günstig, wo die Errungenschaften auf sozialem Gebiet berührt werden. Für den deutschen Arbeiter, der in elenden Wohnungen

zu hausen gezwungen ist, insofern er nicht zur oberen Schicht der Arbeiteraristokratie gehört, wird es besonders interessant sein, folgende Zeilen auf S. 135 zu lesen:

„Was das Gebiet der Volksgesundheit, der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und des Gefängnisssystem betrifft, so ist die Delegation der Meinung, daß die Sowjetregierung in dieser Hinsicht höchst beachtenswerte Resultate erzielt hat. Obwohl vor der Revolution Rußland in dieser Beziehung das vielleicht rückständigste Land Europas war, hat es gegenwärtig in vieler Hinsicht das allgemeine Niveau Europas erreicht (die Engländer kennen nicht die Wohnhöhlen und Gefängnisse der deutschen Republik. G. K.). Wenn es auch weiterhin in demselben Maße wie bisher gedeihen wird, so ist der Tag nicht mehr fern, wo es zum Vorbild werden wird, in dessen Befolgung die Staaten, die in dieser Beziehung in Europa am meisten fortgeschritten sind, eine ziemlich radikale Reorganisation vornehmen werden müssen.“

Im Rahmen eines kurzen Artikels ist es unmöglich, weitere Beispiele ähnlicher Art aneinanderzureihen. Führen wir noch einige Auszüge an über die Gewerkschaften, die laut Leipart u. Co. in Sowjetrußland in den Klauen eines fürchterlichen Terrors unter der Peitsche der Diktatur der Kommunisten elend vegetieren. Die Mitglieder der englischen Delegation wird wohl kaum jemand verdächtigen, daß sie ohne Empörung die Unterjochung der Gewerkschaften in einer Arbeiterrepublik mitanschen könnten. Wenn wir in den Bericht blicken, wundern wir uns:

„Den stärksten Eindruck machte auf die Delegation die Lage und die Tätigkeit der Gewerkschaften unter dem Sowjetsystem. Von der Notwendigkeit, ihre Haupttätigkeit auf den Schutz der Arbeiter vor der Ausbeutung seitens der Unternehmer zu konzentrieren — wie das in anderen Ländern der Fall ist — in bedeutendem Maße befreit, haben die russischen Gewerkschaften die Möglichkeit erhalten, sich mit der Vorbereitung der Arbeiter für die Rolle der Staatsbürger und Herrscher zu beschäftigen“ (S. 147).

Seite 142 enthält die Schilderung der Lage der organisierten Arbeiter im System des Staates im ganzen:

„In Rußland sind die Arbeiter die wahren Besitzer und Leiter der Industrie; obwohl ihre Verwaltung bürgerlichen Spezialisten anvertraut ist, verbleibt die Kontrolle in Händen der Arbeiter.“

Dem kritischen Auge der Delegation sind einige Schattenseiten des jetzigen Zustandes in Sowjetrußland nicht entgangen, aber es ist beachtenswert, daß der allgemeine Eindruck die Delegation zwingt, sich mit Verständnis zu diesen Schattenseiten zu verhalten und die vorhandene Tendenz zur Besserung dieser Seiten zu erkennen. Auf diese Art und Weise ist dieser Bericht eins der wertvollsten Dokumente und eine der populärsten Beschreibungen Sowjetrußlands.

Wer in die Errungenschaften der Revolution tiefer eindringen will — der soll dieses Buch lesen und sich ein selbständiges Urteil über Sowjetrußland bilden, nachdem er die völlig unvoreingenommenen Urteile der keineswegs aus Kommunisten bestehenden englischen Delegation kennen gelernt hat: gleichzeitig wird er die ganze Niederträchtigkeit der Verleumdung erkennen, die von der internationalen Sozialdemokratie so verschwenderisch über Sowjetrußland verbreitet wird.

S T. K R I W Z O W :

D E R I I I . L E N I N - A L M A N A C H

(Verlegt vom Leningrader Staatsverlag. 1925. 586 S.)

Das Problem der Bolschewisierung der westeuropäischen kommunistischen Parteien stellt diesen besonders scharf die Frage des Studiums der Bolschewisierung der russischen Sozialdemokratie. In diesem Sinne liefert das Material des III. Lenin-Almanachs viel Belehrendes und Wertvolles. Aus den gebrachten Briefen Lenins an polnische Genossen (Luxemburg, Tyszka und Marchlewski) wird es klar, daß, wenn auch einige deutsche Sozialdemokraten an die bolschewistische Konzeption der treibenden Kräfte der russischen Revolution nahe herankamen (erinnern wir uns an das Buch Kautskys über dieses Thema), das Monopol auf Beleuchtung der russischen Ereignisse in der deutschen Presse dennoch in Händen der Menschewiki und Trotzki's verblieb. Aus dem Versuche Lenins, sich in der deutschen Presse zu äußern, wurde nichts. Und in jenen Zeiten war die Stimme der deutschen Sozialdemokratie die grundlegende in der sozialistischen Weltbewegung. Alle übrigen der Zweiten Internationale angehörenden Parteien richteten sich nach dieser Stimme.

Aus dem Material zur nationalen Frage, das ungeheure prinzipielle Bedeutung besitzt, wollen wir eine interessante Stelle herausnehmen. In einem Brief an Kiknadse von Ende 1916 schreibt Lenin: „Der Marxismus steht auf dem Boden der Tatsachen, nicht auf dem der Möglichkeiten. Der Marxismus muß nur genau und unbestritten erwiesene Tatsachen zu Prämissen seiner Politik machen. So verfährt denn auch unsere (Partei-)Resolution.' Wenn man statt ihrer „eine Unmöglichkeit“ darbietet, so antworte ich: falsch, unmarxistisch, Schablone. Jegliche Veränderungen sind möglich.“ (S. 477.)

Und in Bekräftigung dessen weist Lenin auf seine Erwiderung an R. Luxemburg noch 1902 hin, in der Frage der Formulierung des Parteiprogramms. Ist diese Tatsache ein Zufall oder nicht? Unserer Meinung nach nicht. In dieser Tatsache zeigt sich die Totalität des Leninismus als der vollkommensten Form des Marxismus unserer Tage.

Seine Erwiderung an R. Luxemburg schrieb Lenin in dem Artikel: „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie,“ erschienen in Nummer 4 der „Sarja“. Dieser Artikel selbst ist in ursprünglicher Form in diesen Almanach aufgenommen. Und die Stelle gegen R. Luxemburg haben wir in der Einleitung auf Seite 336, in der Frage der „Realisierungsmöglichkeit“ des sozialdemokratischen Programms. Martynow, der damalige Führer der Ökonomen, einer russischen Spielart der Revisionisten, bestritt eben vom Standpunkt der „Realisierungsmöglichkeit“ das Agrarprogramm der „Iskra“. Worauf Lenin erwiderte, daß es unsere Aufgabe bei den Bauernforderungen ist, auf Grund wissenschaftlicher Daten das Maximum dieser Forderungen festzustellen. (S. 336.) Also auch hier ist die Hauptsache eine wissenschaftlich festgestellte Tatsache und nicht diese oder jene Möglichkeit.

Am Beispiel dieses Artikels ist es interessant, zu verfolgen, wie sich im Streit über diesen Artikel die künftige Trennung der russischen Sozialdemokratie in den revolutionären Berg (Bolschewismus) und die opportunistische Gironde (Menschewismus) zeigt. Auf Grund genau festgestellter Tatsachen kam Lenin zu dem Schluß, daß, solange in der russischen Wirtschaft das Abarbeitungssystem (sein Wesen ist auf S. 344 geschildert) herrschen

wird, dessen Grundlage die „Abschnitte“ sind, d. h. der 1861 zugunsten der Gutsbesitzer den Bauern weggenommene, ihnen notwendige Boden, man von einer bürgerlichen Entwicklung des Dorfes im weiten Sinne des Wortes nicht zu reden braucht. Darum die Folgerung: Zur Entwicklung bourgeoiser Beziehungen im Dorfe (die im Vergleich mit den damals in ihm noch herrschenden halbfeudalen Beziehungen fortschrittlich waren), muß man vor allem die Abschnitte liquidieren. Wir haben schon oben gesehen, daß die Ökonomen darauf erwiderten: unmöglich. Aber nicht nur seitens der Ökonomen; dasselbe hören wir auch von Axelrod. Im Briefe an Lenin (S. 169) schreibt er: „Die Frage der Rückgabe der Abschnitte chokiert mich ein wenig, obwohl sie mir gleichzeitig als Agitationsmittel bedeutend erscheint. Sie chokiert mich nicht durch ihren Radikalismus, sondern durch ihren Utopismus.“ Wir sehen, Axelrod reicht hier den Ökonomen die Hand.

Hieraus werden wir verstehen, welche Aufnahme der sogar äußerst bedingte Vorschlag Lenins fand, als die weitgehendste Forderung für das Agrarprogramm „die Nationalisierung des Bodens“ aufzunehmen (S. 252—354). Auf die kategorische Forderung der gesamten (ohne Ausnahme) Redaktion der „Iskra“ hin wurde diese Stelle entfernt, aber dem ging eine solche Zuspitzung der Beziehungen innerhalb der Redaktion voraus, daß die Spaltung unvermeidlich schien. Formell war das hauptsächlich ein Zusammenstoß zwischen Plechanow und Lenin, weshalb Lenin schrieb (S. 395): Der Verfasser der Bemerkungen erinnert mich an jenen Kutscher, der da meinte, daß, um die Pferde gut zu lenken, man öfters und stärker die Zügel zeren müsse. Natürlich bin ich nicht mehr als ein Pferd“, als eines der Pferde des Kutschers — Plechanow, aber es passiert doch, daß auch das eingeschüchterteste Pferd den allzu eifrigen Kutscher abwirft.“

Zum Bruch kam es diesmal nicht, wie auch anläßlich des Programms (siehe den II. Lenin-Almanach). Aber es ist äußerst charakteristisch, daß die Scheidewand sich gerade auf der Linie des Bauernprogramms zeigte. Es handelte sich wesentlich darum, wer der Verbündete des Proletariats in der künftigen bürgerlichen Revolution sei: das Klein- und Großbürgertum in der Stadt (künftige Einstellung der Menschewiki) oder das Kleinbürgertum auf dem Lande (Bolschewiki). Dieser Frage wird viel Aufmerksamkeit gewidmet in der Korrespondenz der Redaktion der „Iskra“, die im selben Almanach enthalten ist.

Die Frage war scharf zugespitzt in der Frage Struwe und des Verhältnisses zu ihm im Zusammenhang mit dem Artikel Lenins „Die Semstwoverfolger und die Hannibals des Liberalismus“ („Sarja“ 2/3, Dezember 1901). Der Artikel war dem Versuche eines gemeinsamen Vorgehens der „Iskra“ mit dem russischen Liberalismus gewidmet, was seinen Ausdruck darin fand, daß die „Iskra“ die Aufzeichnungen Wittes „Selbstherrschaft und Semstwo“ mit einem Vorwort von Struwe herausgab. Lenin bewertete den Semstwo-Liberalismus als analog dem Ökonomismus (219), woraus auch dann die Polemik entstand gegen den Judas, den Truthahn, das Kalb usw., unter welchen Namen Struwe figuriert. Darauf erwidert Axelrod: „Wenn man die Unterstützung seitens der Liberalen schätzt, so muß man den Ton des Artikels mildern.“ — wobei es sich erweist, daß in einer solchen Kardinalfrage, wie das Verhältnis zum russischen Liberalismus — „wir uns selbst die Frage bis jetzt nicht genügend geklärt haben und nicht übereingekommen sind hinsichtlich einer ligne de conduite“ (S. 208 ff.). Und währenddessen mußte es aus dem Briefe Lenins an Plechanow anläßlich der Besprechungen mit Struwe hinsichtlich der gemeinsamen Herausgabe des „Ssowremennoje Obosrenije“ (siehe S. 128—130) völlig klar geworden sein, daß der Liberalismus die Unterstützung nicht als einen zweiseitigen, sondern einseitigen Akt auffaßt („Wir werden herumlaufen, um die Aufträge des Judas-Struwe zu erledigen, der durch sein Wirtschaften in dem „Ssowremennoje Obosrenije“ . . . glänzende liberale Karriere machen und den Versuch unternehmen wird, nicht nur die schwerfällige „Sarja“, sondern auch die „Iskra“ beiseite zu schieben — S. 129).

Interessant ist die Position Plechanows in dieser Frage: wie immer, bewertet er theoretisch, algebraisch die Bedeutung des russischen Liberalismus in der Person Struwes ganz richtig, aber in der Praxis — arithmetisch — da versagt er. Gerade von ihm stammt folgende glänzende Charakteristik Struwes in der künftigen Rolle eines Wrangelschen Ministers: „Werter Genosse, schonen Sie unsere politischen Feinde nicht. Für einen von uns wird man die Totenmesse lesen müssen, wie der Kaufmann Kalaschnikow sagt: Unser Kampf ist ein Kampf bis zum Tode; zertreten Sie der Schlange den Kopf, solange Sie es können“ (S. 244). Und derselbe Plechanow schreibt zur gleichen Zeit (S. 203): „Man soll jetzt nicht auf den Liberalen schlechthin schimpfen. Das ist untaktisch; man muß von dem schlechten Liberalen an den guten appellieren, wenn auch das Vorhandensein eines solchen uns zweifelhaft wäre“ . . .

Also ist es klar zu ersehen, daß sich in den taktischen Grundfragen der künftigen Revolution die Linien eines Risses zeigten.

Geschah das zufällig oder nicht? Gewiß nicht. Und wir sehen, wie die Gruppe der „Oswoboschdenije Truda“ („Befreiung der Arbeit“) die Bedeutung der „Iskra“ als organisierenden Zentrums nicht einsieht. Plechanow rügt sogar Lenin, weil für diesen die „Sarja“ Aschenbrödel sei, das er der „Iskra“ opfere. Man lese die Briefe Plechanows, und man wird sehen, daß an erster Stelle bei ihm rein literarische, theoretische Fragen stehen, die mit seinen literarischen Erzeugnissen so oder anders verbunden sind. Die Gruppe „Oswoboschdenije Truda“ lebte von alten Erinnerungen, stellte den realen russischen Arbeiter nicht dar und stellte sich nicht vor, daß der Leninsche Plan der „Iskra“ als organisierenden Zentrums in der Verlassenheit der sibirischen Verbannung gereift war, als Resultat seiner Arbeit als Praktiker in Rußland und als Resultat der Ideenverwirrung, die in der örtlichen russischen sozialdemokratischen Arbeit am Ende der neunziger Jahre herrschte.

Das vorliegende Sammelbuch enthält Artikel von Lenin, die für die „Rabotschaja Gazeta“ („Arbeiterzeitung“) bestimmt waren, und die erst jetzt das Licht der Welt erblicken. Zwei Momente in ihnen lenken die Aufmerksamkeit auf sich: die Notwendigkeit des theoretischen Kampfes gegen die russische „Bernsteiniade“ und der detaillierte Plan einer allrussischen periodischen Zeitung als allrussisches Enthüllungsorgan. Noch ein Moment: „Wir sind der Meinung, daß für die russischen Sozialisten eine selbständige Verarbeitung der Marxschen Theorie besonders notwendig ist, denn diese Theorie liefert nur die allgemeinen leitenden Sätze, die im besonderen auf England anders als auf Frankreich, auf Frankreich anders als auf Deutschland, auf Deutschland anders als auf Rußland angewandt werden“ (15/16).

Wir versuchen an einer Reihe von Beispielen die Geschlossenheit, das Monolithische des Leninismus zu zeigen. Das Beispiel der Zeitung ist höchst bezeichnend: Lenin schreibt dies 1899, führt es durch im Anfang des XX. Jahrhunderts (die alte „Iskra“); erinnern wir uns an die Bedeutung, die die alte „Prawda“ im Aufschwung der Jahre 1912—1914 hatte, und die gegenwärtige Arbeiterkorrespondentenbewegung, erinnern wir uns daran, was Lenin im Briefe an die französische Sozialistische Partei über Zeitungen schrieb (siehe Band XVII, S. 283/284, Russ. Ausg.).

Es ist unmöglich, in einem kleinen Aufsatz den ganzen reichhaltigen Inhalt des Almanachs zu erschöpfen. Wir haben unsere Bemerkungen absichtlich auf die Fragen der Bolschewisierung der russischen Sozialdemokratie konzentriert. Diesen Fragen sind noch 10 Thesen gewidmet, die sich auf die Versuche eines Teiles der Bolschewiki beziehen, nach der Revolution von 1905 die theoretische Lehre Marx' auf dem Gebiete der Philosophie — seinen dialektischen Materialismus — zu liquidieren und sie durch den Machismus zu ersetzen. In diesen Thesen haben wir eine knappe, aber vollständige Aufstellung des ganzen Inhalts der marxistischen Philosophie.

Diese Thesen sind im Zusammenhang mit einer Reihe philosophischer Abweichungen unter den westlichen Kommunisten noch jetzt aktuell.

Aus dem veröffentlichten Material (S. 534) geht hervor, daß die „Kinderkrankheit des ‚Radikalismus‘ im Kommunismus“ noch eine zweite Überschrift trug („Versuch eines populären Gesprächs über marxistische Strategie und Taktik“) und außerdem Lloyd George gewidmet war „in Anerkennung seiner fast marxistischen und für die Kommunisten und Bolschewiki der ganzen Welt jedenfalls außerordentlich nützlichen Rede vom 18. III. 1920.“

Einige Fragen müssen besonders die Komintern interessieren: die nationale Frage (reichhaltiges Material) und eine Reihe von Plänen zu einer Arbeit Lenins über die „Diktatur des Proletariats“.

Diese wichtigen und komplizierten Fragen in einer kleinen Bemerkung gebührend zu behandeln, hat keinen Sinn: sie sind einer speziellen Bearbeitung würdig. Die vom Genossen L. B. Kamenew besorgte Redaktion der Sammelbücher wird jetzt zum Vorbilde für alle Veröffentlichungen dieser Art.

Abschließend wollen wir nochmals wiederholen, daß die Bearbeitung des Materials des Sammelbuches den Leninismus in der Praxis zeigt und seine Handhabung lehrt.

L. B.:

RICHARD LEWINSOHN (MORUS), DIE UMSCHICHTUNG DER EUROPÄISCHEN VERMÖGEN

Berlin 1925. S. Fischer Verlag. 356 S.

Lewinsohn ist Redakteur des Handelsteiles der demokratischen „Vossischen Zeitung“, bekannt durch seine ökonomischen Betrachtungen, die er unter dem Pseudonym Morus in der bürgerlich-radikalen „Weltbühne“ veröffentlicht. Selbstverständlich ist er weder Marxist noch Sozialist und gibt sich für einen solchen auch nicht aus: er ist einfach pazifistisch gestimmter Journalist und Ökonomist, der, ohne die bestimmten Grenzen zu überschreiten, ziemlich treffende Worte zur Charakterisierung des Großkapitals findet.

Der Titel des Buches Lewinsohns entspricht nicht ganz seinem Inhalt. Der Verfasser analysiert nicht so sehr die Umschichtung der Kapitalien in Europa als die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse in Deutschland. Von den anderen Ländern wird nur Österreich ziemlich genau charakterisiert, während hinsichtlich Englands, Frankreichs usw. nur summarische Daten angeführt werden. Das erklärt sich auch aus dem Charakter des Buches, da Lewinsohn vor allem die von der Inflation geschaffenen Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen behandelt.

Selbstverständlich gibt der bürgerlich-radikale Ökonomist Lewinsohn keine erschöpfende Analyse der Hauptursachen der durch die Inflation geschaffenen Umschichtungen. Ebenso kann er kein vollständiges Bild der Klassenbeziehungen vor, während und nach der Inflation entwerfen (durch welche Beziehungen letzten Endes die Eigentumsverhältnisse bestimmt werden). Insoweit er ökonomisch-theoretische Untersuchungen anstellt, verliert er sich in den Widersprüchen der Vulgarökonomie. Seine Geldtheorie ist eine reine Quantitätstheorie: die Entwertung des Geldes ist für ihn eine Folge der durch die Notenpresse geschaffenen zusätzlichen Kaufkraft usw. Ebenso ist auch seine Terminologie die des Handelsjournalismus. Als Pazifist ist er Anhänger der „Erfüllungspolitik.“

Besonders wertvoll in seinem Buche ist, daß er eine Reihe lebendiger Skizzen und Schilderungen der von der Inflation hervorgerufenen Erscheinungen gibt. Wie Meiers in seinem Geschichtsbuche der amerikanischen Milliardäre das Wachsen amerikanischer Trustkönige schildert, so entwirft Lewinsohn ein ziemlich grelles Bild von der Entstehung der Reichtümer der Inflationskönige: Stinnes, Otto Wolff, Herzfeld u. a. Die Materialien über Kapitalkonzentration während der Inflationsperiode werden genauer und systematischer dargelegt in anderen speziellen Untersuchungen (z. B. bei Ufermann), aber bei Lewinsohn finden wir die Schilderung der Spekulationsmanöver und -methoden, mittels deren Stinnes und seinesgleichen ihre Kolossalvermögen zusammengeräubt haben.

Besonders interessant sind die Artikel über Landwirtschaft und über das Schicksal der verschiedenen dynastischen Vermögen. Nichts charakterisiert die deutsche Nachkriegs-Sozialdemokratie besser als die Tatsache, daß der bürgerliche Schriftsteller Lewinsohn in der unerbittlichsten Weise die Politik der Sozialdemokratie angreift, die sogar bürgerlich-radikale Forderungen nicht verwirklicht hat. Er schreibt über die Agrarpolitik der Koalitionsregierungen: „Die deutsche Republik kann also auf diesem Gebiete den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, daß sie sich an Ängstlichkeit und an Rückständigkeit von keiner Macht der Erde übertreffen läßt. Sie ist von allen jungen Republiken die einzige, die es verabsäumt hat, durch eine gründliche Agrarreform die Bauern und die Landarbeiterschaft für sich zu gewinnen.“ (S. 163.) „Die Siedlungspolitik der Sozialdemokratie, mit soviel Reklame angezeigt, erlitt völliges Fiasko. Trotz guter Entschädigung ist von den großen Gütern noch nicht der fünfzigste Teil dessen hergegeben worden, was in dem Gesetz vorgesehen war. Die Großgrundbesitzer können also beruhigt sein: von Staats wegen sind ihnen ihre Latifundien sicher.“ (S. 160.)

Noch schmachvoller war das Verhalten der republikanischen Regierungen in der Frage der Vermögen der gestürzten deutschen Fürsten. Lewinsohn schreibt: „Geschichtlich gesehen, bedeutet die Abfindung der deutschen Fürsten . . . ein Unikum . . . Das Verfahren, das Bismarck im Jahre 1866 gegenüber den Welfen und den Kurhessen anwandte, sah wesentlich anders aus. Damals wurde das Vermögen des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen-Kassel, insgesamt 16 Millionen Taler, von Preußen eingezogen und als „Reptilienfonds“, als Geheimfonds, vor allem zur Bekämpfung der Welfenbewegung, verwandt. So verfuhr eine Monarchie mit einer anderen. Die deutsche Republik aber zog es vor, aus lauter Rechtsbedenken den abgesetzten Monarchen selbst die Mittel zur monarchistischen Propaganda zur Verfügung zu stellen. Denn nicht alle entthronten Fürsten werden sich mit dem harten Los abfinden, sorgenlose Millionäre zu sein.“ (S. 186.)

Nach Schilderung der Inflation gibt Lewinsohn auch eine kurze Beschreibung der Deflations- oder — dem üblichen Ausdrucke nach — „Stabilisierungs“-Anfänge. Hier beschreibt er u. a. die Bereicherungsgeschichte Jacob Michaels, des glücklichen Konkurrenten der Barmats und Kutiskers.

Die Untersuchung Lewinsohn schließt ab mit dem Moment der Annahme des Dawesplans. Der Dawesplan und seine Wirkung auf die europäische Wirtschaft wird im vorliegenden Buche nicht analysiert.

Das Kapitel über Sowjetrußland enthält neben einer ziemlich tendenziösen Schilderung der inneren Lage der Sowjetunion interessante Daten über die russische Emigration und ihre kommerziellen Geschäfte. Es erweist sich, daß eine ganze Reihe emigrierter russischer Industriellen und Großbankiers, die noch vor dem Kriege einen Teil ihres Vermögens im Auslande untergebracht hatten, auch jetzt Millionäre geblieben sind.

Die hinter den Kulissen vor sich gehende Tätigkeit der Herren Emigranten, die Banken in Frankreich und England gegründet haben, macht sich auch bei den Verhandlungen über russische Schulden bemerkbar.

UM DEN OKTOBER

INHALT

TROTZKI: Die Lehren des Oktober /
KAMENEW: Leninismus oder Trotz-
kismus? / SINOWJEW: Bolschewis-
mus oder Trotzismus? / BELA KUN:
Die ideologischen Grundlagen des
Trotzkismus / STALIN: Gegen den
Trotzkismus / BUCHARIN: Über die
Theorie der permanenten Revolution /
KUUSINEN: Eine mißglückte Schil-
derung des deutschen Oktober

228 Seiten

Preis broschiert 3 GM, gebunden 4 GM

VERLAG CARL HOYM NACHF.

PROTOKOLL DES 5. KONGRESSES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Erscheint Ende Juni

2 Bände, zusammen
etwa 1100 Seiten

Preis: brosch. 10 GM
gebunden 14 GM

THESEN UND RESOLUTIONEN DER ERWEITERTEN EXEKUTIVE MÄRZ/APRIL 1925

Erscheint Ende Mai

128 Seiten

Preis 1,50 GM

VERLAG CARL HOYM NACHF.

N. LENIN

Ausgewählte Werke

SAMMELBAND

I N H A L T

I.
Die Aufgaben
der Sozialdemokratie

II.
Die Organisation der Partei und
Kampf gegen die Opportunisten

III.
Zwei Taktiken
der Revolution 1905

IV.
Der Parlamentarismus und die
Taktik der Bolschewiki

V.
Der imperialistische Krieg
1914—17

VI.
Die Eroberung der Macht

VII.
Die Diktatur
des Proletariats und die
Kommunistische Internationale

784 Seiten

Preis broschiert 6 GM, gebunden 8 GM

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK

WIEN VIII, Albertgasse 26

Zweigstelle BERLIN 48, Friedrichstraße 225

Buchdruckerei Gustav Fischer G. m. b. H., Berlin SW 61